

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 30 A.

Zum elften Verbandstage.

Winterliche Ruhe herrscht auf den Bauten, während die Vertreter der deutschen Bauarbeiter in Leipzig zusammentreten. Schon schien es, als wäre der derbe deutsche Winter mit seiner Schneefülle und seinem klingenden Frost aus dem Lande in die Berge geflüchtet und hätte uns dafür eine charakterlose, von Schmutz und Nebel begleitete Regenzeit geschickt. Aber es schien nur so. Jetzt haben wir unsern Winter wieder: süßhohe Schnee in Norddeutschland und einige Grade Frost. Hoffentlich wird nicht gleich wieder Wasser daraus. Wir begrüßen den Winter diesmal als einen Verbündeten. Die vielerorts beobachtete lebhaftere Bautätigkeit in den letzten Monaten hat ihre guten Gründe. Die Unternehmer befehlen sich, ihre Bauten noch schnell unter Dach und Fach zu bringen, ehe der Nachspruch des Unternehmerbundes die Entlassung aller Bauarbeiter verfügt. In dieser Voraussicht ist auch noch manches Stück Arbeit begonnen worden, mit dem man während des milden Winters noch fertig zu werden hoffte. Der eingetretene Witterungsumschwung wird da manche Hoffnung bei den Unternehmern gefestigt haben. Allerdings kann man dem keine allgroße Bedeutung beimessen: Die den Ausgang der Lohnbewegung in letzter Linie bestimmenden Faktoren sind ganz anderer Natur, und ein sehr wichtiger davon ist die Widerstandskraft der Arbeiter. Auf diesem Gebiete werden auch zum guten Teil die Aufgaben des Leipziger Verbandstages liegen.

Zuerst wird sich das Interesse der Teilnehmer jedoch auf eine andere Frage richten. Die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Verbande der baugewerblichen Hilfsarbeiter wird gleich am Anfang der Verhandlungen endgültig entschieden werden. Es kann heute, nachdem die Kollegenchaft in mehr als tausend Versammlungen mit überwiegender Mehrheit für die Verschmelzung votiert hat, kaum noch zweifelhaft sein, wie die Entscheidung ausfallen wird. Die Verschmelzung wird beschlossen, mit großer Mehrheit, vielleicht mit Einstimmigkeit beschlossen werden. Es ist jetzt nicht mehr nötig, und man wird auch auf dem Verbandstage gern darauf verzichten können, die grundsätzliche Bedeutung der Verschmelzung zu diskutieren. Die Frage ist für uns längst entschieden. Wer im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen so aufeinander angewiesen ist, wie die Arbeiter des Baugewerbes, der gehört zusammen, für den ist die Trennung unpraktisch, unökonomisch und schädigend. Gegen diese einfache Wahrheit kommt man mit Gegenargumenten nicht auf. Das zeigen uns am besten die Gegner der Verschmelzungsbestrebungen im Baugewerbe, die ihre Zuflucht zu beweislosen Behauptungen nehmen, für die sie aber nur bei blindgläubigen, gedankenlosen Leuten einen Resonanzboden finden können. Wir hoffen, daß sich weder unser noch der Verbandstage der Bauhilfsarbeiter von dieser verzweifelten Verteidigung eines unhaltbaren Standpunktes beunruhigen lassen wird, und wir hoffen in unserm jugendstarken Optimismus weiter, daß die in Leipzig zu beschließende Verschmelzung gerade die erste Schritte zu einer neuen, durch die Verhältnisse gebotenen Organisationsform bedeutungsvoll werden wird. Mit Worten wird man neuer Zeitströmungen nicht Meister.

Wird also die grundsätzliche Fragestellung in der Verschmelzung leicht zu lösen sein, so ist es aber doch schwieriger, in den Einzelheiten der neuen Organisation das zu treffen, was den allgemeinen Wünschen und Bedürfnissen am meisten entspricht. Wir sollten

uns zunächst einmal darüber klar werden, daß wir zwar in allen Punkten zur Vollkommenheit streben müssen, daß wir sie aber nie erreichen können. Es wird stets absolut unmöglich sein, die Einrichtungen unserer Organisation so zu gestalten, daß alle Wünsche befriedigt sind. Angesichts der überschwänglichen Fülle der Anträge zum Statut ist es nötig, diese Selbstverständlichkeit zu betonen. Damit ist natürlich nichts gegen die Einbringung von Anträgen gesagt; nur muß man darauf vorbereiten, daß sehr viele dieser Anträge nicht angenommen werden können. Jedes Statut kann immer nur ein Kompromiß zwischen den weit auseinandergehenden Wünschen einerseits und zwischen den Bedürfnissen und Möglichkeiten andererseits sein. Jetzt, wo sich zwei Organisationen zusammenschließen, die neben manchem Gemeinsamen doch auch manches Abweichende hatten, ist dies ganz besonders ins Auge zu fassen. Die Kardinalfragen bei der Statutenberatung werden die Krankenunterstützung und der Wochenbeitrag bilden. Die Krankenunterstützung hat in unserm Verbandsverbande von allen Unterstützungen die größte Bedeutung gewonnen. Sie ist in hervorragendem Maße eine soziale Unterstüzung geworden. Zwar hat jede Unterstüzung eine für die Organisation verbundene Kraft; aber am größten ist diese, das wissen die Zweigvereinsleiter am besten, bei der Krankenunterstützung. Ihre verbundene Kraft wird durch die vorgeschlagene Ausdehnung auf die Wintermonate bedeutend erhöht werden; aber wir werden dies auch mit einer schönen Summe Geldes zu bezahlen haben, die durch die vorgeschlagene Beschränkung der Unterstüzung auf zwölf Wochen um nicht vieles kleiner wird. Wie die Verbandsvorstände zu diesen Vorschlägen kamen, ist jedem bekannt, der die Statuten beider Verbände kennt; ein Kompromiß zwischen dem, was bisher bestand und dem, was in Zukunft möglich und notwendig ist.

Der Entscheidung über den Wochenbeitrag sehen wir als einem Prüfstein entgegen. Der Vorschlag lautet auf eine Erhöhung. Man spricht das Wort nicht mehr gern als nach all dem, was man aus Kollegenkreisen darüber gehört hat. „Steuererschraub!“ „Schraube ohne Ende!“ Wenn man das so hört, vielleicht gerade, nachdem man über die Entwicklung der Arbeitskämpfe gesprochen hat; wenn einem die ganze Gegenwart lebendig geworden ist, wo auf beiden Seiten immer gewaltigere Massen in den Kampf treten, wo die Betätigung, nicht die Veteuerung, höchsten Opfermutes die fundamentale Voraussetzung unseres Vormarsches ist — wenn man dann statt der Sprache entflammter Herzen solche Schlagworte hört, dann möchte man resigniert sagen: Laßt es uns aufgeben; wir sind nicht der Felsen, an dem sich unser herrsch- und habgieriges Unternehmertum die Köpfe einrennen muß; wir sind der weiche Ton, den es kneten kann, wie es ihn haben will. Aber man täte unsern Verbandsmitgliedern ein großes Unrecht an, wenn man solche Einzelfälle für typisch halten wollte. Die große Masse unserer Kollegen ist felsenhart, sie ist hart geworden in vielen heißen Kämpfen und in unablässigem Ringen gegen Unternehmertum und Schlitane. Und die Glutitze des herannahenden großen Kampfes wird auch den weichen Ton glas hart werden lassen.

So hoffen wir: Der Verbandstage wird seine Ohren verschließen den Einwänden der Engherzigen und Kleinlichen. Er wird sich nicht täuschen über den Ernst der Lage. Wir stehen vor einer Entwicklung des Klassenkampfes, in der wir uns nur durch erhöhte

Anspannung unserer Kräfte behaupten können. Entweder — oder! Entweder wir bringen die gesteigerten Opfer, die der gesteigerte Kampf von uns fordert, dann werden wir der Zeit gerecht und bekommen, was sie uns geben kann; oder wir bringen diese Opfer nicht und lassen uns unter dem Hohngelächter der Zeit vom Unternehmertum den Fuß auf den Nacken setzen. Ein Drittes gibt es nicht; man müsse sonst schon an die Unmöglichkeit denken, das ganze Unterstüzungswesen fallen zu lassen.

Hat der Leipziger Verbandstage diese Punkte entschieden, so wird die Hauptarbeit der Statutenberatung getan sein. Von Wichtigkeit scheint uns dann jedoch eine von dem bisherigen Zustande abweichende Festslegung der Streikunterstüzung zu sein. Heute wird jeder, der einige Monate vor Beginn einer Bewegung der Organisation beiträgt, in der Streikunterstüzung ebenso behandelt wie der Kollege, der schon zehn Jahre und länger zur Organisation gestanden hat. Das ist im Grunde genommen nicht gerecht; zum andern aber kann eine Abstufung der Unterstüzung nach der Dauer der Mitgliedschaft dem leichtfertigen Austritt vorbeugen. Dem Verbandstage werden Anträge hierzu unterbreitet werden.

Die Lohnbewegung! Was kann der Leipziger Verbandstage hierin tun? Den Bericht über die zentralen Verhandlungen entgegennehmen, das Scheitern der örtlichen Verhandlungen konstatieren, sich über die Lage, über die Haltung der Verbandsvertreter, über die künftig einzunehmende Haltung aussprechen — das und noch mehr kann und wird er tun; aber einß vermag er nicht zu tun, nämlich, was die Unternehmer unter Androhung der Aussperrung von ihm fordern: die Anträge der Unternehmer zum Vertragsmuster anzuerkennen. An anderer Stelle drucken wir den Beschluß der Sitzung des Bundesvorstandes ab. Er hat sich auf neue auf seine aufreizenden Anträge verpflichtet; das Baugewerbe kann nach seiner Ansicht nicht länger ohne einen Vertrag nach seinen Vorschlägen arbeiten, und darum wird er, wenn sich die Arbeiter nicht seinem Willen fügen, die Schließung der Betriebe anordnen.

Keine Neugierde, fürwahr! Aber eine Herausforderung, eine Drohung, ein Einschüchterungsversuch! Machen Sie sich keine Illusionen, meine Herren! Seit dem Friedensschlusse im Jahre 1908 wußten die Bauarbeiter, was ihnen im Jahre 1910 bevorstand. Sie wußten es und haben sich dazu vorbereitet. Darum ist der Beschluß der Unternehmer durchaus nicht dazu angetan, uns irgendwie einzuschüchtern, er kommt uns im Gegenteil sehr gelegen; denn nun ist die Lage doch auch für die Erwigblinden klar. Wie der schmetternde Trompetenschlag des feindlichen Herolds, der die Kriegserklärung bringt, so ist dieser Beschluß des Unternehmerbundes zu bewerten. Er gilt dem Leipziger Verbandstage!

Der wird diese Antwort geben: Die Bauarbeiter sehen in den Anträgen des Unternehmerbundes zum Vertragsmuster ein Verrat auf ihre Freiheit, auf ihre Menschenwürde, auf das Recht der Arbeit an den Kulturgütern. Sie lehnen diese Anträge ohne weitere Diskussion ab und erwarten die angebotene Aussperrung in der Zuvorsicht, daß der Uebermut der Unternehmer zerbrechen wird an der opferwilligen Solidarität der Arbeiter.

So wird der Leipziger Verbandstage sprechen. So muß er sprechen, wenn er erfüllt ist von dem lobenswerten Kampfesgeist, in dem wir ihm unsern Willkommensgruß entbieten.

Von den Verhandlungen.

Der Sieg der Scharfmacher! So mühten wir eigentlich diesen ersten Teil überfliegen. Die Männer der Schürzen-Landart im Unternehmertum haben gefiegt, der Versuch einzelner Unternehmer, der Bewegung eine friedliche Wendung zu geben, ist abgeklungen worden.

In der vorigen Nummer nahmen wir Notiz von einer Neußerung des „Zentralblattes“, die nur den Sinn haben konnte, daß man in Unternehmertreuen nach einem Auswege suchte, der es möglich machte, die Tarifbewegung friedlich zu beendigen. Wird es zu einem Kampfe kommen, der in seinen Folgen unübersehbar ist, oder wird man ohne zentrale Regelung doch wieder anknüpfen, wo man vor zwei Jahren aufhörte? Es ist ungewiß. So schrieb das „Zentralblatt“. Es war ungenügend; ungenügend nämlich, ob die Wäner im Unternehmertum Eindrücke genug machten, um die Scharfmacher zur Umkehr zu bewegen. Da brachte die „Deutsche Arbeiterzeitung“ (Berlin) in ihrer Wochenübersicht vom 12. Januar eine Wendung, die sich zwar in besterform, aber für den Kundigen doch genügend deutlicher Weise gegen das „Zentralblatt“ und seine Leute wendete. „Man könnte auf den Vorschlag kommen, die Kräfte diesmal dadurch zurückzubalten, daß man von Arbeitgeberseite auf eine zentrale Regelung der Tarifverträge verzichtet oder eine gänzliche Tariflosigkeit eintreten ließe. Hierfür kann aber nicht dringend genug gewarnt werden. Ein solches Vorgehen würde nichts mehr und nichts weniger bedeuten, als daß sich der große Entscheidungskampf, der vor der Tür steht, in eine Reihe von Einzelkämpfen auflöst“ usw. Hinter dieser Zurückweisung standen natürlich andere Leute als der harmlose Gurlitt. Das zeigte sich bald.

Am 25. Januar gab der Arbeiterbund folgendes bekannt:

Der Vorstand des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe hielt am Montag, 24. d. M., im preussischen Abgeordnetenhaus eine Sitzung ab.

Die gesamten Forderungen des neuen Tarifmusters wurden nochmals eingehend besprochen und die Berichte der amtierenden Vorstandsmitglieder aus den von ihnen vertretenen Verbänden entgegengenommen.

Die Berichte ergaben eine vollständige Einkünfte über die Notwendigkeit, das bereits festgestellte Tarifmuster zur Geltung zu bringen, und der Generalversammlung in Straßburg zur Annahme zu empfehlen.

Wenn die Generalversammlung am 24. Februar den Vorschlag ihres Vorstandes beigestimmt haben wird, sollen erneut Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen stattfinden.

Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Organisationen die Notwendigkeit der neuen Fassung des Tarifmusters einsehen und anerkennen werden, da die Arbeitgeber nicht in der Lage sind, unter anderen Bedingungen weiterzuarbeiten, sondern gesungen sein würden, im Falle des Nichtzustandekommens des Vertrages ihre Geschäfte zu schließen.

Damit hat das Scharfmachertum im Unternehmertum über die friedfertigen Elemente gefiegt. Es hatte es sehr eilig, eine Klärung herbeizuführen, damit die Beforgnis nicht noch weiter fröh. Durch die Geschäftslage selbst war diese Eile nicht gerechtfertigt; die örtlichen Verhandlungen waren nicht abgeschlossen, und bis zur Generalversammlung des Bundes hatte man noch einen vollen Monat Zeit. Es handelte sich also lediglich darum, die unzufriedenen Ele-

mente in den eigenen Reihen zur Ruhe zu bringen. Ob das durch diesen Beschluß des Bundesvorstandes erreicht ist, muß man abwarten. Gewiß mag den weniger kapitalkräftigen Baugewerbetreibenden das Herz um so länger gegen die Rippen klopfen, je näher der Zeitpunkt des Kampfes kommt; aber man hat auch schon genug sehen müssen, daß sie dem großen Proletariat gegenüber ohnmächtig sind und in der Erkenntnis ihrer Machtlosigkeit keinen ersten Widerstand gegen die Pläne der Großen moegen. So wird es auch diesmal gehen. Die im Schatten stehenden Unternehmer kommandieren, und die Keinen Zapper müssen gehorchen und — hüßen. Vielleicht holt sich mancher von denen, die jetzt dem Scharfmacherling getreulich folgen leisten, im nächsten Jahre das Mitgliedsbuch des deutschen Bauarbeiterverbandes, um wieder, nachdem ihn die Ausperrung als Wlad auf den Strand geworfen hat, mit Hammer und Säge zu arbeiten. Mit Günst und Erlaubnis!

Von den örtlichen Verhandlungen liegen folgende Berichte vor:

G a u m a n n e i m. Der Kreisverband für das pfälzliche Baugewerbe teilte unter dem 21. Dezember 1909 mit, daß er am 29. oder 30. Dezember eine Vorbesprechung betreffs der örtlichen Verhandlungen wünnische. Diese Vorbesprechung fand dann am 30. Dezember in Kaiserslautern statt. Außer uns waren Vertreter des Bauhilfsarbeiterverbandes sowie der christlichen Organisation zugegen. (Die Zimmerer kommen nicht in Frage.) Der Vorstand des Kreisverbandes äußerte nur den Wunsch, daß die Verhandlungen für alle Orte der Pfalz an einer Stelle stattfinden sollten. Wir erklärten, daß wir hierzu keine Vollmacht hätten und nicht glaubten, daß unsere Kollegen darauf eingehen würden. Der Kreisverband ließ hierauf seinen Wunsch auf Verhandlungen an einer Stelle fallen. Es wurde hierauf festgelegt, welche Orte für die Pfalz in Frage kämen. Der Kreisverband nannte Kaiserslautern, Zweibrücken, Homburg, Landau, Pirmasens, Neustadt, St. Ingbert und Speyer. Als erster Verhandlungsort wurde Kaiserslautern bestimmt. Eine längere Diskussion entspann sich über die Zulassung der Bauhilfsarbeiter. Die Unternehmer wollten mit diesen keine Verträge abschließen, sie meinten, sie beschäftigen sehr wenig Bauhilfsarbeiter. Von unserer Seite wurde verlangt, daß der neue Vertrag auch für die Bauhilfsarbeiter mit abgeschlossen werden müsse. Die Unternehmer zu den Verhandlungen zuzulassen. Die Unternehmer in Neustadt kündigten nun am 31. Dezember den Tarif, die Speyerer jedoch nicht. Dieser Ort scheidet sonach aus der Bewegung aus. Die Verhandlungen fanden vom 5. bis zum 21. Januar statt. In Kaiserslautern wurde angefangen, weil sich die Unternehmer der anderen Orte nach Kaiserslautern (dem Sitz des Kreisverbandes) richten wollten, um die Bestimmungen möglichst einheitlich zu bekommen. Der Kreisverband wollte den Vertrag von Kaiserslautern auch auf den ganzen Amtsbezirk, etwa 25 Orte, ausdehnen. Die Unternehmer der kleinen Orte sind aber nicht organisiert, die Maurer nur zum Teil. Deshalb konnte niemand eine Garantie für spätere Einhaltung des Vertrages übernehmen. Wir lehnten es deshalb ab, das Vertragsgebiet soweit auszuweiten. Eine Verzögerung der Arbeitzeit unter zehn Stunden wollten die Unternehmer natürlich nicht. Dafür gaben sie zu, daß Montags die Arbeitzeit früh 7 Uhr beginnt und Samstags um 5 Uhr endet wird. In den Tagen vor hohen Feiertagen soll um 4 Uhr Arbeitsstopp sein. Die Arbeitzeiteinteilung soll für das ganze Jahr geregelt werden. Lohnrechnungen wollen die Kaiserslauterner nicht zahlen, dafür wollen sie aber Staffellöhne haben. Wir haben ihnen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir Lohn-

erhöhung wollen und Staffellöhne unter keinen Umständen annehmen. Eine Einigung darüber wurde nicht erzielt. In der Frage der Leberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie der Zuschläge hierfür einigten wir uns. Die Lohnzahlung soll jedoch vierzehntägig bleiben, während wir energisch die wöchentliche Lohnzahlung forderten. Hierüber konnte keine Einigung erzielt werden. Die Lohnzahlung am Freitag bleibt. Die Kündigung ist nach unserem Antrag bei den zentralen Verhandlungen geregelt. Lieber die Ausbändigung des Lohnes bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter konnte keine Einigung erzielt werden. Die Unternehmer wollten den Lohn erst am nächsten Zahlungstage ausbändigen, während wir die Ausbändigung am gleichen Tage forderten, dann wollten wir noch eine andere Forderung zur Befriedigung von Streitigkeiten aus dem Vertrage. Hierüber konnte ebenfalls noch keine Einigung erzielt werden. Es ist sonach über die Hauptfragen, die der örtlichen Regelung unterliegen, als die Frage des Vertragsgebietes, der Arbeitszeit, der Höhe des Lohnes, der Lohnzahlung und der Schlichtung von Streitigkeiten, keine Einigung erzielt worden. Die Verhandlungen wurden deshalb beendet.

W e i m a n n wie in Kaiserslautern spielten sich die Verhandlungen auch in allen anderen pfälzischen Orten ab. Nur in Zweibrücken verzichteten die Unternehmer auf den Staffellohn. Die Stunde am Montag und Samstag wurde überall zugestanden, ebenso der Vier-Uhr-Schluß vor hohen Feiertagen. In nächster Zeit will der Kreisverband nochmals an einer Stelle für alle Orte der Pfalz die strittigen Punkte verhandeln. Wir werden, sobald Einladung hierzu ergeht, in den Zweigvereinen dazu Stellung nehmen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet ist von seinem hohen Hof wieder etwas heruntergekommen. Im vorigen Jahre erklärte er stolz, Verträge mit den Gewerkschaften nicht mehr abzuschließen. Nun lud er für den 20. Januar zu einer Verhandlung ein. Man hatte es jedenfalls für überflüssig gehalten, sich vorher mit den Gaulteuren über den Verhandlungstermin eine Verständigung herbeizuführen, und so kam es, daß der Termin verschoben werden mußte. Die Mitteilung hiervon erreichte wieder nicht alle zur rechten Zeit. Am 25. Januar konnte deshalb der Gaulteur von Frankfurt am Main nicht an den Verhandlungen teilnehmen, weil er vorher bereits anderweit verpflichtet war. Dessen ungeachtet wird man wohl auch das nächste Mal wieder so verfahren; denn die Melodie ist auf der Vers gestimmt: Der Saarverband mit seinem Herrn Generalsekretär freist, und die Gau- und Bezirksleiter sowie die Lokommissionen sollen tanzen. Dem Saarverband zuzuliebe werden wir jedoch auch in Zukunft vorher eingegangene Verpflichtungen nicht lösen. Vor den Verhandlungen gab es auch noch einen Zwischenfall. Der Einladung war folgendes Schreiben beigelegt:

Unter Höflicher Beugungnahme auf die beiliegende Einladung teilen wir mit, daß wir eine Teilnahme Ihres hiesigen Lokalbeamten, Herrn Josef Schrotz, an der Verhandlung nicht und zukünftig nicht wünschen, und zwar wegen der Vorwissenisse mit diesem im letzten Streit.

Ein gleiches Schreiben war an den Vorstand des christlichen Verbandes bezüglich des Bezirksleiters Stellung gerichtet worden. Wir haben auf diese unerhörte Zumutung geantwortet, daß wir diesen Standpunkt sehr bedauern. Wenn bei dem verflochtenen Streit in erbitterter Weise gekämpft worden sei, und dabei auch scharfe Worte gefallen seien, so sei dies auf beiden Seiten der Fall gewesen. Die Arbeiter leisteten daraus kein Recht her, zu verlangen, daß dieser oder jener Unternehmer nicht an den Verhandlungen teilnehmen solle. Noch in keinem Falle hätten Arbeiter ein solches Verlangen gestellt. Deshalb erwarteten wir,

Leipzig.

Das wird eine ernste Tagung werden,
Die in Leipzigs Mauern vor sich geht,
Zeit, wo Feinde ringsum uns gefährden,
Längst Errungnes auf dem Spiele steht,
Wo man will, wir sollen feig uns fügen
In die Fessel frecher Willkür ein,
Sollen wieder uns mit nichts begnügen,
Sklaven dreister Arbeitsherren sein.

Das wird eine ernste Tagung werden,
Wo es rüsten heißt zum nahen Krieg,
Wo gepörrt die alten Waffen werden,
Ob sie taugen noch zu neuem Sieg. —
Wo schon jetzt der Feind des Hungers Waffen
hält zum Angriff auf uns kampfbereit,
Sill's, auch neue Waffen uns zu schaffen,
Daß wir nicht ermüden vor der Zeit.

Das wird eine frohe Tagung werden,
Wo der eignen Reihen junge Kraft
Wird verstärkt durch unsere Brüder werden,
Wo man Grund für neue Größe schafft. —
Hoffen wir, daß sich die frei Erklärten
Sind des großen Augenblicks bewußt,
Daß die Herzen aller Delegierten
Hell erglühn in freud'ger Schaffenslust.

Und daß draußen auch im weiten Lande,
Wo des Winters eis'ger Sturm noch droht,
Enger schließen sich der Freundschafft Bande,
Daß die Flamme der Begeisterung löst. —
Ob umdrohn uns auch des Sturms Gefahren,
Ob auch Opfer kostet uns der Krieg;
Unfre Freiheit gilt es kühn zu wahren! —
Handeln wir! Durch Laten geht's zum Sieg!

Von Leipzig und den Leipzigern.

Leipzig ist nun bald 900 Jahre alt, aber ein Verbandstag der Maurer ist bisher noch nicht darin abgehalten worden. Wohl hat schon mancher Kriegskrieger dort stattgefunden, und einer, der für die Beteiligten eine bleibende Erinnerung ist, vor fast genau acht Jahren; aber das waren Konventikel, die das Licht der polizeilich kontrollierten Leffentlichter scheuen mußten; ein richtiger, ordentlicher Verbandstag der Maurer hatte bisher sein Domizil nicht in Leipzig gesucht. Man muß schon ziemlich weit zurückgehen, um eine ähnliche Versammlung in Leipzig zu finden. Im Jahre 1877, am 10. Juli, hielt dort der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinbauverband seine dritte Generalversammlung ab, was ihm aber nicht gut bekam; denn es sollte seine letzte Generalversammlung sein; im folgenden Jahre starb er eines sanften, seligen Todes. Da nun damit gerechnet wird, daß dies der letzte ordentliche Verbandstag der Maurer ist, so könnte man fast auf den Gedanken kommen, man habe bei der Wahl des Tagungsortes der Weltgeschichte einen Treppenschritt imputieren wollen, um Leipzig sagungen zum Golgatha der deutschen Maurer zu stigmatisieren. Davon kann aber keine Rede sein.

Wenn es für den Verbandsort eine Ehre ist, den Verbandstag aufzunehmen, so hat Leipzig diese Ehre rechtlich verdient. Nicht weil es bald 900 Jahre alt wird; das richtet uns gar nicht; dann wären Trier oder Regensburg schon längst an der Reihe gewesen. Sondern, weil Leipzig vom ersten Aufsehen der Arbeiterbewegung an ein Brennpunkt der Arbeiterorganisation war und weil sich besonders Leipzigs Maurerschaft einen ehrenvollen Namen erwarben hat in den schweren, drangvollen Zeiten, wo die junge, wachsende Maurerorganisation um ihr bisheriges Leben und um ihre große Zukunft rang. In jener Zeit ist uns Leipzig am Herz gewachsen. Wanches blante Goldstück, mit dem die Kämpfe anderer Orte geführt wurden, war in Leipzig zusammengefaßt. Und damals war das Geld noch etwas schwerer zu bekommen, aber eben so leicht loszuwerden wie heute. Es ist schade, daß unter alter Johann Köster keine Memoiren schreibt, er könnte etwas davon erzählen. Er ist mandamental sehr kurz angebunden, aber mit den Leipzigern ist er noch allzeit höflich und freundlich gewesen. Und wenn irgend eine Grundlichkeit etwas bedeutet, so die Grundlichkeit des Hauptkassierers im Zentralverbande der Maurer Deutschlands.

Doch um auf Leipzig zurückzukommen. Viele Delegierte werden es ja kennen. Daß es der Sitz des Reichsgerichts, eine alte Universitätsstadt, die Stadt der großen Meilen und der Gasse ist, weiß wohl jeder. Daß es aus einem wendischen Fischerdorf entstanden ist und darum einmal Ritz heißt, daß es am Zusammenflusse der Pleiße, Elster und Parthe liegt und die größte Stadt Sachsens und der graphischen Gewerbe ist, weiß vielleicht nicht jeder; man kann es aber in jedem Lexikon und Städteverzeichnis nachlesen. Von der Wälferschlacht dürfte auch jeder gehört haben; ganz neu ist die Geschichte ja nicht mehr. Das unglückselige Denkmal bei Wadkau ist allerdings immer noch nicht fertig. Aber es gibt auch sonst noch allerlei, was man, ohne Schaden an Leib und Seele zu nehmen, wissen und sehen kann. Viel darf es allerdings nicht sein; denn die Zeit ist diesmal (so sagt man bei jedem Verbandstage) wirklich sehr beknäpft.

Wir sind alle „Leute vom Bau“. Darum seien hier einige Bauten genannt, die man sich wenn möglich mal ansehen sollte. Da ist das Reichsgerichtsgebäude. Es ist ein Sandsteinbau von gewaltigen Mäßen. Er bedeckt als längliches Viereck 196 m in der Länge und 76 m in der Tiefe. Lieber der Mittelallee wölbt sich eine Guppel von 60 m Höhe. Man betrachtet dies Gebäude als eins der schönsten neueren Renaissancebauten in Deutschland. Es gibt natürlich auch Leute, die dies bezweifeln. Aber man sieht es sich selbst an, lasse erit das Säulenportal aus angemessener Entfernung auf sich wirken und mache dann einen Rundgang durch das Innere. Gälten wir vormittags Zeit, so könnte man auch leicht einer Verhandlung beiwohnen. Man verzeiht aber nicht viel, wenn man darauf verzichtet. Die Innenarchitektur der Mittelallee wird man mit Recht bewundern; sie ist in Sandstein und Marmor ausgeführt. Das Reichsgerichtsgebäude ist vom Volksaufbau in höchsten zehn Minuten bequem zu erreichen. Um in die angemessene feierliche Stimmung zu kommen, stelle man sich vor, daß man zum obersten Sitz der deutschen Massenjustiz wandelt. Hier wurde vor drei Jahren Dr. Karl Biedenkopf wegen Hochverrats zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt und in einem der oberen Sitzungssäle pfefferte vor einem Jahre ein geisteskranker Kaufmann aus Buit über ein hartes Urteil die Richter mit Revolverkugeln aufzukommen.

Ein zweiter Gang wird dem Universitätsgebäude am Augustusplatz gelten. Es ist ein Komplex von Gebäuden, dem man, wenn man etwas von der Beschäftigung haben

das auch unsern Vertretern keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Wir erhielten dann durch Rohlfahrt die Mitteilung, daß die Herren kein direktes Interesse mehr an der Ausschließung des Groths hätten. Groth, sowohl als Vertum nahmen an den Verhandlungen teil. Der Saarverband hatte außer den Bauarbeitern, Maurern und Zimmerern, auch noch die Holzarbeiter und Arbeiter eingeladen und kündigte an, daß auch die Gipser und Betonarbeiter in das Vertragsverhältnis hinein müßten. Das Vertragsgebiet sollte sich erstrecken auf das gesamte Saargebiet mit Neunkirchen, Wäldingen usw. sowie über Oberfein-Nar und das Fürstentum Birkenfeld. Wir erklärten darauf, daß wir bereit seien, für das engere Saargebiet einen Vertrag abzuschließen, lehnten es aber ab, für Oberfein-Nar und das Fürstentum Birkenfeld zu verhandeln. Der Vorsitzende Schmidt wollte nun das letztere aufgeben, damit waren jedoch der Generalsekretär und die andern Unternehmer nicht einverstanden. Es wurde dann aber doch vereinbart, für Birkenfeld besonders zu verhandeln, nur wollten die Unternehmer diese Verhandlungen in Saarbrücken stattfinden lassen. Wir erklärten, daß wir über das letztere nicht bestimmen könnten. Dann erklärten wir, daß wir einen Rat für Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer abschließen würden, wie es auch bei den anderen Verhandlungen in Berlin gehalten werde. Die Vertreter der Gipser und Holzarbeiter erklärten ebenfalls, daß sie ihre Verhältnisse in besonderer Verhandlung regeln wollten. Die Unternehmer sagten zu, daß zunächst mit den Hauptgruppen, also mit Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern die Sache geregelt werden sollte, die andern Vertreter sollten als Zuhörer dabei sein. Es wurde nun über die Arbeitszeit verhandelt. Wir hielten im Prinzip eine Verkürzung der Arbeitszeit für nötig, bestellten uns aber vor, für das Saargebiet zu der Frage später Stellung zu nehmen. Dies gefiel den Unternehmern nicht. Besonders der Unternehmer Bürgermeister richtete heftige Vorwürfe gegen uns. Die gesamten Maurer sollten nichts taugen; wir hätten unsere bei dem vorigen Tarifabschluß gemachten Verbesserungen nicht gehalten usw. Wir wiesen nach, daß die Vorwürfe vollständig unberechtigt sind und wiesen die scharfen Angriffe zurück. Die Unternehmer wollten für die Saarstädte die zehnstündige, für das Land die elfstündige Arbeitszeit. Eine Einigung war nicht zu erzielen. Auf Antrag des Unternehmers Bürgermeister wurden die Verhandlungen deshalb abgebrochen und verlegt, bis durch zentrale Verhandlungen das Vertragsmuster zustande gekommen ist.

Ga E r f u r t. Im Bereiche des Thüringer Bezirksverbandes der Unternehmer (Sitz Eisenach) sind die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten. Am 12. Januar ersuchte uns die Bezirksleitung der Unternehmer, für alle Orte, wo die Verträge ablaufen, eine gemeinsame Verhandlung in Erfurt zu führen. Als Zeitpunkt wünschte man Ende Januar, spätestens sollte aber bis zum 4. Februar verhandelt sein. Diesem könnten die Gauhauptleitungen nicht zustimmen; denn über die Köpfe der Kollegen an den einzelnen Orten hinweg eine Bezirksverhandlung anzubahnen, dazu hielten sich die Gauhauptleitungen nicht bereit. Wir teilten den Unternehmern mit, daß wir zu ähnlichen Verhandlungen stets bereit seien, aber einer Bezirksverhandlung für ganz Thüringen nicht zustimmen. Daraufhin erklärten die Unternehmer, sie müßten auf ihrem Standpunkt verharren, für die in Betracht kommenden Städte nur gemeinsam und einig zu verhandeln, und sie betrachteten die Verhandlungen infolge unserer Weigerung als durch uns gescheitert. Ganz abgesehen davon, daß uns Verhandlungen für ganz Thüringen an einem Ort unmöglich sind, kann man doch den Gedanken nicht verbergen: War

es der Bezirksleitung der Unternehmer überhaupt im Ernst um die Verhandlungen zu tun? - Bis hier ist in dieser Angelegenheit nichts weiter geschehen.

Am 20. Januar wurde in Nordhausen verhandelt. Hier wollten die Unternehmer u. a. Kleff, Wolkmannshausen, Bleicherode, Sonderhausen in den Geltungsbereich eines neuen Vertrags einbezogen wissen. Wir erklärten uns nicht für berechtigt, für die genannten Orte einen Vertrag abzuschließen. Ueber folgende Punkte wurde eine Einigung erzielt: Die Mittagspause soll das ganze Jahr hindurch eine Stunde betragen. Sonnabends soll unter Weglassung der Vesperstunden um halb fünf Uhr Feierabend sein. Dagegen lehnten die Unternehmer die Freitagslohnzahlung mit der Begründung ab, sie müßten sich dann wieder andere Verdienstmittel und Lohnstellen anschaffen. Ebenso wollten man von einer geregelten Arbeitszeit im Winter nichts wissen. Die Verhandlung über den Lohn hatte man bis zuletzt aufgeschoben. Die Unternehmer erklärten, daß sie an eine Lohnerhöhung für die kommende Vertragsdauer nicht dächten. Sie schlugen sich dabei auf eine Umfrage bei ihren Mitgliedern. Bei den darauffolgenden Ausführungen kam ein gut Teil Mißverständnisse auf. Man sprach von „geleiteten“ und „richtigen“ Arbeitern und meinte uns zu, in Accord zu arbeiten, da würden die mehr verdienen. Dadurch würden auch nicht mehr so viel Fremde nach Nordhausen kommen, und das bezügliche Unheil mehr ist.

Im Gau Straßburg fanden in der letzten Woche Verhandlungen in Metz, Wissembourg und Colmar statt. Sie spielten sich alle ähnlich ab, wie die in Straßburg. Von einer Lohnerhöhung wollten die Unternehmer nichts wissen, von einer Verkürzung der Arbeitszeit erst recht nicht. Jedoch wurde in allen drei Orten dahin erklärt, daß die Anwesenden persönlich nichts dagegen hätten, wenn Montags eine Stunde später angefangen und Samstags eine Stunde früher aufgehört würde. Auch gegen die Lohnzahlung am Freitag hatte man nichts einzuwenden. Zum Lohn erklärten die Unternehmer in Wissembourg, daß sie gewillt seien, einen Staffellohn einzuführen, und zwar solle er 50 bis 55 z für Maurer (jetziger Lohn 56 z), 45 bis 52 z für Zimmerer und 40 bis 45 z für Baufeldarbeiter betragen. Dieser Gebote scheint aber nicht bei den Wissembourger Unternehmern entstanden zu sein, er wird wohl aus Straßburg importiert worden sein. In Straßburg beträgt der Lohn für Maurer nur 53 z . Der höhere Lohn in Wissembourg war den Unternehmern in Straßburg längst ein Dorn im Auge; da sie aber den Lohn nicht erhöhen wollten, soll der in Wissembourg herabgesetzt werden, um dadurch den verbliebenen „Ausgleich“ herbeizuführen. Auch die Unternehmer in Colmar wollen einen Staffellohn einführen, jedoch waren sie dabei etwas anfänglicher. Sie boten 45 bis 55 z , während der jetzige Lohn 50 z beträgt. Im allgemeinen wurden die Verhandlungen recht ruhig und sachlich geführt. Uns schien es, als ob gar keine richtige Kampfesstimmung bei den Unternehmern vorhanden war. Möglich aber, daß dies die Ruhe vor dem Sturm ist.

Im Gau Hannover sind die Verhandlungen ebenfalls ohne positives Ergebnis verlaufen. Bei den Verhandlungen in der Stadt Hannover traten Meinungsverschiedenheiten über die Abgrenzung des Vertragsgebietes hervor. Ebenso mußten sich die Arbeiter gegen den Vorschlag der Unternehmer wenden, den juristischen Vorständen des Innungsgerichts zum Vorsitzenden der Schlichtungskommission einzusetzen. Die weiteren Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die Lohnfrage, wobei die Arbeiterbetreuer für eine angemessene Lohnenerhöhung plädierten. Die Unternehmer sagten dazu, daß sie noch keine Stellung zur Lohnfrage genommen hätten, daß sie das aber noch tun wollten. Damit ging man auseinander. Bis jetzt ist uns noch nicht mitgeteilt worden, wie die Unternehmer in der Lohnfrage denken. In G a m e i n hat man zweimal verhandelt, weil bei den ersten Verhandlungen kein Vertreter des Nordwestdeutschen Bezirksverbandes anwesend war. Man hätte es sich ruhig sparen können. Auf unsere Begründung einer Lohnenerhöhung erwiderten die Unternehmer, sie hätten für die nächsten fünf Jahre auf keine Lohnenerhöhung gerechnet. Die Unternehmer in L e h r t e sind geschworene Feinde der Arbeiterorganisation und haben sich schon oft als solche betätigt. Man mußte darum den Verhandlungen von vornherein recht skeptisch gegenüberstehen. Wir forderten eine genaue Umschreibung des Vertragsgebietes, worauf sich die Unternehmer hinstellten, neben Lehrt nicht haben neue Vertragsgebiete zu bilden. So sollte Untertun vom Lohngebiet Hannover abgetrennt werden und ein selbständiges Lohngebiet bilden. Wir lehnten dament ab. Teilweise sollten Lohngebiete für Orte gebildet werden, in denen wir gar keine Organisation haben. In der Lohnfrage kam gleichfalls nichts heraus; die Unternehmer wollten erst unter sich dazu Stellung nehmen. In F a l l e r s l e b e n wollte man das Lohngebiet erweitern, doch Lohnenerhöhung wollte man nicht bewilligen, vielmehr, so meinten die Unternehmer, könnte für das zweite Jahr eine kleine Lohnenerhöhung eintreten. Da in G i l d e s h e i m der Lohn noch sehr niedrig, nämlich auf 46 bis 48 z steht, so glaubten wir, es würde nicht schwer sein, die Unternehmer zu Zugeständnissen geneigt zu machen. Aber die Unternehmer bewiesen uns mit ihrem „authentischen Material“ über die Lebensmittelpreise und Wieten in 500 deutschen Orten, daß die Hülfsbetreuer Maurer sogar sagen im Bett schmoren. Also auch dort blieb nichts von unsern Hoffnungen übrig. Ebenso war es in R i n t e n; hier forderten die Unternehmer unter Ablehnung unserer Lohnansprüche eine Erweiterung des Vertragsgebietes, die wir jedoch ablehnten. In G ö t t i n g e n stritten wir uns recht lange über das Vertragsgebiet, über den Begriff Ueberstunden und über die Einteilung der Arbeitszeit herum, ohne jedoch in einem wesentlichen Punkte einig zu werden. Der Stundenlohn beträgt hier 44 z . Bei der Besprechung des Lohnes erklärten sich die Unternehmer bereit, eine Lohnenerhöhung zu gewähren, doch ließen sie sich nicht dazu herbei, uns zu sagen, wie weit sie damit gehen wollten. Als ein Kollege die Forderung auf sofortige Auslieferung des Lohnes bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses begründete, rief der Vorsitzende der Unternehmer: „Sen den Haut!“ Der Vollständigkeit halber sei gesagt, daß dies ein Mann ist, der sonst als liberal gelten will und gilt. In M i n -

den Klagen die Unternehmer Stein und Bein, als wir Lohnenerhöhung forderten. Gegen die viel mehr begründeten Klagen unserer Vertreter waren sie taub. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, ohne daß darin eine Einigung erzielt wurde. In C e l l e waren die Verhandlungen sehr lebhaft, wie vorauszu sehen war. Allerdings hatte Herr Laue seine Leute gut eingefahren. Weiderseits jenen scharfe Worte, die nicht alle im Innigen zu finden sind. 50 z Stundenlohn, meinte Herr Laue, seien für Celle angemessen, und es würden schon 52 z gezahlt. Die Unternehmer boten uns die anderthalbstündige Mittagspause an, die wir akzeptierten, allerdings ohne den weiteren Vorschlag der Unternehmer, dafür die Arbeitszeit am Abend um eine halbe Stunde zu verlängern. Es war ein Streiten, das oft schon gar nicht mehr schön war, aber herausgekommen ist dabei nichts. Ganz ergebnislos waren auch die Verhandlungen in W i n s e n a. d. A l l e r und in R e i n e, wo die Unternehmer nur ihren Vorwissen zur Verhandlung gebracht hatten. Hier führten unsere Kollegen lebhaft Klagen über das wenig befriedigende Vertragsverhältnis und die Art, wie unsere Beschwerden von dem Vorsitzenden der Unternehmer behandelt werden. In W i t t i n g e n besteht noch die elfstündige Arbeitszeit; der Lohn beträgt 40 z . Wir verlangten Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und eine Erhöhung des Gesamtlohnes. Die Unternehmer waren unzufrieden genug, beides abzulehnen und uns den Abschluß eines Vertrages mit noch niedrigeren Lohnsätzen für die Umgegend zuzumuten. In T r a u n s h e i m g hatten die Unternehmer schon im vorigen Jahre eine Lohnenerhöhung für dies Jahr von 5 z angefragt. Das hielt den Vorsitzenden Kusmeier aber nicht ab, die Gewerkschaften aufzufordern, ihre Lohnforderungen „für das laufende Jahr“ einzureichen. Unsere Kollegen ließen sich herauslocken und nannten eine Forderung von 10 z Erhöhung pro Stunde. Damit bereiteten sie Herrn Kusmeier und den Seinen eine billige Freude, die nun einen Morbidspektakel über die „feibolen“ Forderungen erhoben: Doch in der Unternehmerversammlung standen andere Unternehmer auf und verlangten, man solle nun den Maurern die angefragten 5 z bewilligen. Das durfte Herr Kusmeier natürlich nicht zulassen, denn das wäre ja gegen die „Direktiven der Bundesleitung“ gewesen. Es war sehr schwer, die Bewilligungslustigen zu friedeln zu sprechen, aber es gelang schließlich doch. Bis hier ist noch nichts weiter geschehen. In S c h ö n i n g e n wollten die Unternehmer das Verfahren damit abbrechen, daß sie einfach den Vertrag diffiziler wollten. Sie schrieben an unsern Zweigverein:

Wir bezug auf unsere Unterredung vom 10. Januar teilen wir Ihnen mit, daß unsere Generalversammlung am 13. d. M. hinsichtlich der Lohnverhältnisse folgendes beschlossen hat:

Wir sind bereit, mit Ihrem Zweigverein einen Vertrag für die Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1913 abzuschließen. An Stundenlohn werden wir den dieser Zeit für einen tüchtigen Maurer gefellen 42 z gezahlt. Ueberstunden sind auf Anforderung ohne einen Aufschlag auf den Stundenlohn zu leisten. Für Nacharbeit und Sonntagsarbeit ist ein Aufschlag von 20 pzt. zu zahlen. Als Nachmittagslohn gilt die Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 5 Uhr. In den Sonntagen vor den hohen Festtagen wird eine Stunde früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. Löhnung wie bisher vierzehntägig, mit Aufschlag an den zwischen den Löhnungen liegenden Sonntagen in angemessener Höhe. Die Gültigkeit dieses Vertrages wird von der Genehmigung desselben seitens des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abhängig gemacht.

Wir stellen an Sie das Ersuchen, diesen Beschluß Ihrer Versammlung zur Annahme zu unterbreiten und uns von dem Resultat in Kenntnis zu setzen. Wir empfehlen Ihnen dringend die Annahme unseres Angebots, da wir uns auf andere Zugeständnisse nicht einlassen können.

Bisher betrug der Lohn in Schöningen 40 z . Etwas anders verlief die Verhandlung in O t t e r o d e a m 1. d. M. Unsere Kollegen hatten dort schon früher eine Lohnenerhöhung von 36 auf 40 z gefordert. In der Verhandlung erklärten wir dazu, daß wir dabei auf einen zweijährigen Vertrag rechnen und daß die Lohnenerhöhung am 1. April d. J. eintreten solle. Zur Begründung dieser bescheidenen Erhöhung des täglich niederen Lohnes brauchte man wirklich nicht viel zu sagen. Nach kurzer Beratung unter sich boten uns die Unternehmer 2 z Lohnenerhöhung unter Voraussetzung einer dreijährigen Vertragsdauer; wenn ein längerer Vertrag geschlossen würde, seien sie zu einer weiteren Lohnenerhöhung bereit. Wir nahmen das Angebot zur Kenntnis. Die weiteren Verhandlungen hatten die Abgrenzung des Vertragsgebietes zum Gegenstand. Der Vorsitzende der Unternehmer erklärte sich für die Einführung der Freitagslohnzahlung. Das wäre der Verlauf der bisherigen Verhandlungen.

In R e n d s b u r g ging die Verhandlung über die Nebenpunkte glatt von statten. Bezüglich des Lohnes der Junggefallen wurden beiderseits einige Anträge gestellt, die in einer weiteren Verhandlung erledigt werden sollen. Zur Lohnfrage machten die Unternehmer den Vorschlag, den bestehenden Lohn von 58 z für die nächste Vertragsperiode bestehen zu lassen. Damit waren wir jedoch nicht zufrieden. Die Unternehmer wollten dann unsere genaue Forderung wissen. Da wir sie selbst noch nicht festgelegt hatten, so konnten wir den Unternehmern ihren Wunsch nicht erfüllen. Nach weiterer Verhandlung erklärten wir uns bereit, den Vertrag mit den bestehenden Lohnsätzen auf ein Jahr zu verlängern. Dazu wollten die Unternehmer erst Stellung nehmen. Am 25. Januar fanden auch in F l e s b u r g die kritischen Verhandlungen statt, die aber vorläufig ertagt werden mußten, ohne daß etwas dabei herausgekommen wäre.

will, eine Mittagspause widmen muß. Die für öffentliche Gebäude so beliebte Renaissance ist in Leipzig besonders stark und durch teilweise hervorragende schöne Bauwerke vertreten. Eines der prächtigsten ist die Kirche am Blücherplatz. Die Kirchen sind fast alle in den letzten Jahrzehnten umgebaut, so daß historische Bauwerke in Leipzig nicht zu sehen sind, abgesehen von mehreren Bürgerhäusern, die man sich im Gebiet der Straßen selbst finden mag. Sehenswert ist dann noch das große Etablissement „Kristallpalast“ und - wenigstens für die, die noch nicht darin waren - Auerbachs Keller, der zahlreiche Goethe-Erinnerungen aufweist. Wenn es weniger um Zerstreuung als um nützliche Anschauung zu tun ist, muß sich die Anlagen des werdenden Zeitabnahmehofes ansehen. Ohne einen unterrichteten Führer ist es allerdings ein zweckloses Umherirren. Für alle Freunde des Bildungswesens ist schließlich ein Besuch der Leipziger Arbeiterbibliothek sehr zu empfehlen. Ihre Einrichtung ist mehrfach von bescheidenen Beurteilern sehr gelobt worden, so daß mancher Delegierte dort Anregungen erhalten wird, die er dem Bildungswesen dabei zumute machen könnte.

Es ließe sich nun zwar noch manches über Leipzig sagen; aber allzuviel Zeit wird man ja doch nicht übrig haben, und wer durchaus mehr wissen und sehen will, der wird unter unsern Leipziger Freunden leicht einen finden, der sich Ihnen annimmt. Die Leipziger sind freundliche Leute, jedenfalls sind sie besser als ihr Ruf, der uns in jedem Leipziger Arbeiter einen unannahmehaftigen Menschen lassen will. Wo sie sich manchmal wirklich das für des „Unentwegten“ geben, da ist auch viel von jenem Beweggrunde dabei, den Erik Reuter so kennzeichnet: Man loß ihn! Und ganz hoch können sie überhaupt nicht werden, denn nicht schon ihre reizende Manier im Wege, die einen oft zweifeln läßt, ob jemand redet oder ein Tambour schlägt.

Doch so oder so: Wo wir damit rechnen müssen, daß dies der letzte Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist, da war es eine Ehrenpflicht des Verbandes, diesmal in Leipzig zu tagen. Die Maurer im vollen Leipzig haben es verdient, daß diese letzte und wichtigste Tagung unserer Organisation in ihrer Mitte vor sich geht.

Und darum auf gute Freundschaft, wenigstens für die Verbandstagswoche!

Alter Schwindel in neuer Auflage.

Wer in die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation und Bewegung der baugeverblischen Arbeiterschaft Deutschlands eingeweiht ist, dem kann nicht unbekannt sein, daß ihr Bestreben von Anfang an vornehmlich mit dem Zweck verbunden war, einen guten, ausreichenden Schutz gegen Unfälle und Mißstände aller Art auf Bauten zu schaffen. Dieses Bestreben entsprang nicht etwa einer propagandistischen Spekulation, sondern einer mit den realen Verhältnissen gegebenen Notwendigkeit. Das baugeverblische Unternehmertum war im Punkte der Unfallversicherung unerhört rückständig, ja, zum größten Teil von einer gewissenhaftigkeit jenseitigen. Dem heiligen Unternehmerrisiko zuliebe wurden Leben und Gesundheit ungezählter Tausende von Bauarbeitern der Zerstörung überantwortet, sowohl durch den Mangel an Schutzmaßnahmen und -einrichtungen im Betriebe, als auch durch die, allen Regeln der Baukunst spottende Bauausführung. Dieses Unwesen erfuhr besonders in der Zeit des großen „wirtschaftlichen Aufschwunges“ in der Gründer-Ära während der sechziger Jahre eine geradezu furchterregende Ausgestaltung mit der Wirkung, daß die Baumfälle ganz erheblich zunahmten. Im ernsthaft entgegenzuwirken, dafür war die Klasse der im Konkurrenzgetriebe stehenden baugeverblischen Unternehmer nicht zu haben. Um so mehr mußte die organisierte Arbeiterschaft darauf bedacht sein, sich den Schutz für ihr höchstes und bestes Gut, für Leben und Gesundheit, zu erkämpfen. Sie demühte sich ehrlich, unablösbare Mühsal auf Bauten, schlechte Gerüstausführung usw. festzustellen und auf deren Beseitigung zu dringen. Nichts ist unter rein menschlichen Gesichtspunkten betrachtet, natürlicher und gebotener als solches Wirken. Das Tier häutet sich ab gegen seinen Herrn und Krebber, wenn es Gefahren mitteilt. Und der Arbeiter ein menschliches, vernunftbegabtes Wesen, sollte es kumpfmüsig über sich ergehen lassen, der Gewissenhaftigkeit oder Leichtfertigkeit eines Herrchens, von dem er wirtschaftlich abhängig ist, seine Gesundheit, sein Leben auszuliefern zu müssen? Ganz ohne Zweifel geht die Unfallversicherung, der Schutz der Arbeiter, in erster Linie die Arbeiter selbst an, zumal ihnen, da die „Autorität“ des Arbeitsherrschens und dessen Sonderinteresse entgegensteht. Tatsächlich ist denn auch die Frage des Schutzes der baugeverblischen Arbeiterschaft von dieser Arbeiterschaft selbst in Fuß gestellt worden unter dem Widerstande des Unternehmertums. Des öfteren waren die Arbeiter genötigt, zu dem Mittel des Streiks zu greifen, um die Beseitigung schwerer, gefährlicher Mißstände auf den Bauten zu bewirken. Erst durch Zwang, im Zusammenhang mit der Unfallversicherungsangelegenheit, konnte die Klasse der baugeverblischen Unternehmer dahin gebracht werden, sich einer allerdings noch bei weitem unzureichenden Unfallversicherungspraxis anzubequemen. Und für diese Praxis ist wiederum die organisierte Bauarbeiterschaft bahnbrechend gewesen. Alles das, was in den Unfallversicherungsbestimmungen der Bauwerks-Vereinsgenossenschaften wirklich gut ist, hat diese Arbeiterschaft bezw. haben die leitenden Faktoren lange vor Aufstellung der Vorschriften gefordert und empföhlen.

Die Arbeiterschaft hat es dabei nicht bewenden lassen. Sie mußte notwendig auch zu der Forderung kommen, durch geeignete Vertreter an der Ausübung der Kontrolle auf Bauten beteiligt zu werden. Diese Forderung ist bereits in den sechziger Jahren in den Organisationen der Maurer und Zimmerer diskutiert worden. Sie ist dann eine sozusagen programmatische Forderung der gesamten baugeverblischen Arbeiterschaft geworden. Zu ihr bekennen sich nicht nur die freien Verbände, sondern auch die christlichen usw. Verbände. Sie ist niemals eine Parteifrage gewesen, sondern immer eine Frage des Rechtes und der Pflicht der Arbeiter, gebührend mitzuwirken an Maßnahmen und Einrichtungen, die ihrem Schutz gelten. Diese Pflicht und dieses Recht bedenken sich mit Menschenpflicht und -recht, aber auch mit der bestehenden positiven Rechtsordnung, die die Freiheit der Arbeit anerkennt und grundsätzlich verneint, daß der Arbeiter sich jeglicher ihm schädigender Willkür des Unternehmertums, jeder Begehung und Unterlassungsinde der Autorität eines Arbeitsherrschens unterwerfen, insbesondere auch alle ihm bedrohende Gefahr trinites und widerspruchslos in den Kauf nehmen muß.

Ein vernünftiger und inhaltlicher Widerspruch gegen die Forderung, Arbeiter zur Ausübung der Kontrolle auf Bauten heranzuziehen, ist nicht möglich. Aber das organisierte Unternehmertum wird nicht müde, immer wieder aus neue Widersprüche zu erheben. Jetzt liegen dem Reichstage abermals zwei Petitionen vor, die diese Forderung bekämpfen, und zwar ausgehend von der Tatsache, daß der Reichstag im vorigen Jahre eine ihm von der Münchener Bauarbeiterschuttkommission unterbreitete Eingabe der Reichsregierung zur Verwirklichung überweisen hat. Die eine kommt vom Verband der deutschen Bauwerks-Vereinsgenossenschaften, die andere vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Was sie an Gründen darlegen, ist der bekannte, im Laufe der Jahre mer weiß wie oft vorgebrachte spekulative Mühsal. Die Petition des Verbandes der Bauwerks-Vereinsgenossenschaften beginnt mit folgender Äußerung:

„Die Forderung der Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen auf Anstellung von Baukontrollleuten aus dem Arbeiterstande gehört zu dem feststehenden sozialdemokratischen Programm und ist in der Hauptsache eine Konsequenz der sozialdemokratischen Forderungen. Die Erfüllung dieser Forderung ist für den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf den Arbeitsstätten von so eminenter Bedeutung, daß dieselbe auf absehbare Zeit von der Tagesordnung der sozialdemokratischen Partei nicht verschoben werden dürfte.“

Im Programm der sozialdemokratischen Partei wird des speziellen Bauarbeiterkampfes mit keinem Worte Erwähnung getan. Aber natürlich ist die Partei und sind insbesondere auch ihre Vertreter im Reichstage stets ernstlich eingetreten für die Forderung, weil sie vernünftig und gerecht ist. Zu sagen, daß die

sozialdemokratische Partei diese Forderung unter dem Gesichtspunkte ihrer parteipolitischen Interessen behandle, um durch „Abelsführer“ Einfluß auf den Arbeitsstätten zu gewinnen — das ist wirklich zu dumme und zu lächerlich, als daß man glauben könnte, diejenigen, die diese Behauptung aufstellen, könnten sie ernst meinen. Wir haben es darin mit einer zweckmäßigen Feilscherei zu tun. Bellig unabhängig von der sozialdemokratischen Partei, durchaus logisch aus den Verhältnissen heraus, hat sich innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen die Frage der Anstellung des Bauarbeiterkampfes durch Anstellung von Baukontrollleuten aus der Arbeiterschaft entwickelt. Nicht die sozialdemokratische Partei hat diese Frage in die Gewerkschaften getragen, sondern umgekehrt: die gewerkschaftlichen Organisationen haben sie in die sozialdemokratische Partei gebracht und auch andere Parteien, das Zentrum und liberale Kreise, für sie interessiert. Zahlreiche bürgerliche Sozialpolitiker sind für die Erfüllung der Forderung eingetreten, u. a. die ganze Verlesene Richtung. Weshalb hüten sich die petitionierenden Unternehmervertreter jetzt, wie schon früher, stets auf diese ihnen doch ohne Zweifel bekannten Tatsachen einzugehen? Um desto bequemer den reinen Schwindel vollziehen zu können, die Forderung zu einer spezifisch sozialdemokratischen, zu einer „Konsequenz der sozialdemokratischen Machtgier“ zu stampeln. Dieser Schwindel ist ein interessanter Teil der sogenannten Ordnungspolitik, die auf die Höhe eingestrichelt ist. Die Sozialdemokratie ist ohne die Hilfe von Baukontrollleuten aus der Arbeiterschaft die stärkste Partei geworden. Sie ist auch für ihr weiteres Vordringen auf solche Hilfe nicht angewiesen. Was sie veranlaßt, gemeinsam mit anderen politischen Richtungen für die Forderung der baugeverblischen Arbeiterschaft einzutreten, das ist einzig und allein die Erwägung der Pflicht, gebührende Mühsal zu nehmen auf höchst wichtige, berechtigtere Interessen dieser Arbeiterschaft.

Auch die zweite Petition, die des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, unterfängt sich des Schwindels, die Forderung unter parteipolitischen Gesichtspunkten zu bekämpfen. Es heißt da:

„In der Tat ist dieser Wunsch im wesentlichen eine sozialdemokratische Forderung, und zwar lediglich zu dem Zwecke aufgestellt, um unter der Flagge des Arbeiterkampfes die Macht der Gewerkschaften zu vergrößern und zu vertiefen. Durch die Kontrolle der bezehmeten Art würde die sozialdemokratische Agitation, die häufig genug schon heute die schwersten Mißstände zeitigt, unter dem Deckmantel der beherrschenden Baukontrolle vor sich gehen, und die Arbeitgeber wären nicht in der Lage, die mit autoritativer Macht ausgestatteten Kontrollleuten von der Arbeitstätte zu weisen. Die Arbeitgeber geraten in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften ihrer Arbeiter, und der Ungleichgewicht zwischen den beiden doch aufeinander angewiesenen Arbeitsfaktoren, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, wäre kein Ende.“

Der elende Vorwand, der hier konstruiert wird, ist ein höchst jämmerlicher Deckmantel der für sich des Unternehmertums vor dem gegen seine Sonderinteressen gehenden, die Gewissenhaftigkeit der Bauleitung bekämpfenden Wirken der Kontrollleute aus der Arbeiterschaft. Der in Autoritätsannahme wurzelnde Herrchensstandpunkt wird ausgespielt gegen das natürliche Recht der Arbeiter, eine entscheidende Tätigkeit zu ihrem Schutze mit anderen dazu berufenen Elementen zu entfalten. Nicht das ist das Ziel der in Rede stehenden Bestrebungen, Unternehmern in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Gewerkschaften zu bringen. Es spottet allem vernünftigen und rechtlichen Ermessen, darin, daß sich Arbeitervertreter mit demühen, die Arbeiter vor Unfällen zu behüten, etwas „Entwürdigendes“ für die Unternehmern zu sehen. Wohl aber wird der Arbeiter entwürdiget, wenn er gezwungen sein soll, seinen Schutz gegen Unfälle der „Autorität“ der „Gewissenhaftigkeit“, dem „Wohlvollen“ der Unternehmern zu überlassen.

Nach der auch in den beiden Petitionen wieder vorgebrachten Behauptung der Unternehmern hat der Arbeiter freilich gar nicht die Fähigkeit für die Ausübung einer Baukontrolle. Er ist „zu dumm“ dazu, „zu einseitig“, zu ungebildet. Obwohl wir diese spekulative Verunglimpfung der Arbeiter schon öfter zurückgewiesen haben, wollen wir sie doch demnächst wieder einmal etwas eingehender kritisch beleuchten.

Politische Umschau.

Hochwasserkatastrophe und ihre Folgen. — Militärdébatten im Reichstage. — Freiheitsidee eines Säubers wider den Reichstag. — Sozialdemokratischer Wahlsieg in Eisenach. — Die preussische Wahlrechtsvorlage in Sicht! — Bedrohung der belgischen Arbeiterschaft durch den französischen Zolltarif. — Die englischen Wahlen.

Das politische Leben in fast ganz Europa erfährt in der verflochtenen Woche eine außerordentlich starke Beeinflussung durch das Wetter und damit in Verbindung stehende gemaltige Ueberflussschwemmungen. Schneestürme und Regengüsse gingen über die Lande. Fast kein Land ist davon verschont geblieben. Am härtesten ist Paris durch eine nahezu beispiellos daselbstige Hochwasserkatastrophe betroffen worden. Furdtbar wühten hier in ganzen Stadtteilen die eiffelsten Fluten der Seine, an Straßen, Häusern, Brücken, Iferbauten, Verkehrsrichtungen, besonders an der Untergrundbahn, ungeheuren Schäden anrichtend, der sich gewiß auf Hunderte von Millionen beläuft. Tausende von Menschen waren gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen; es mußten für sie Notablie geschaffen werden. Die Lebensmittelzufuhr

wurde nahezu vollständig unterbrochen, zumal auch der Eisenbahnverkehr nahezu ganz unmöglich wurde. Die Regierung war genötigt, große Hilfsaktionen zu unternehmen, und sie bedient das Zeugnis, daß sie dieser Aufgabe wie überhaupt ihrer Pflicht im Kampfe gegen das Unheil nach Kräften genügt hat. Der französische Handel ist in eine geradezu tristenhafte Situation geraten. Für ihn beschloß die Kammer und der Senat kurzerhand ein Notkreditsgesetz, das die Regierung ermächtigt, im Falle von elementaren Heimjuchungen, Katastrophen und Unglücksfällen die Protekt- und Verkaufsfreiheit für Weidjei und handelsrechtliche Schuldverhältnisse durch Dekret zu verlängern. Dieses sofort publizierte Gesetz hat bereits auf die Ende Januar fällig gewesenen Zahlungen Anwendung gefunden.

Es wird wohl Jahre dauern, bis die Folgen der Katastrophe, die das ganze nationale Leben Frankreichs schwer trifft, überwunden sein werden. Solche Ereignisse aber drängen dem deutschen Menschen die Frage auf: Genügt denn die Kulturmenscheit in vollster Maße ihrer Pflicht, sich zu sichern gegen das Wüten der Elemente? Diese Frage muß leider mit nein beantwortet werden. Alle Kulturkationen sind in diesem Punkte noch mehr oder weniger rückständig. Sie opfern den letzten Teil ihrer Kraft und ihres Vermögens dem Moloch des Militarismus zu Land und zu Wasser. Milliarden über Milliarden werden im Wettrüsten vergeudet, und Millionen der besten Arbeitskräfte müssen dem Moloch fröhnen. Darunter leiden alle Kulturaufgaben, vornehmlich auch die, die den Hochwasserjahre betreffen. Die Hochwasser-gefahren sind überall erheblich dadurch vermehrt worden, daß kapitalistische Profitinteresse und istaltlicher Unverstand eine ungeheure Waidverwüstung betrieben haben, und daß die Aufforstung unterlassen oder nicht genügend betrieben worden ist. Der Wald, besonders der Bergwald, ist der beste natürliche Schutz gegen Hochwasser-gefahr. Dieser Gefahr kann aber auch in erheblicher Maße systematisch begegnet werden durch Flußkorrekturen, Kanäle, Deiche, Baggerarbeiten, Talperren usw. Wenn auf solche Unternehmungen nur ein Teil mehr von den ungeheuren Summen verwendet würde, die der Anskur des Militarismus dienen, so würde das sehr gegenwärtig sein. Auf diesen Gebiete muß in allen Ländern, auch in Deutschland, noch viel mehr gethoben, als bisher geleistet worden ist. Die Behauptung, daß der bewaffnete Friede den Krieg verhindert, ist eine törichte, irreführende Phrase. Aber wahr ist, daß sich das, was der Mensch zum Schutze seiner wirtschaftlichen und kulturellen Güter gegen feindliche elementare Gewalten unternimmt, hundertfach lohnt. Und wenn diese Gevalten ihm eine ernste und schwere Lehre geben, wie es jetzt wieder geschieht, so soll er sie beherzigen.

Während alle Welt der so bös heimgejuchten Hauptstadt Frankreichs gesanntes Interesse entgegen, fand im Deutschen Reichstage u. a. die zweite Beratung des Militäretats statt. Beim Titel: „Gesetz des Kriegsmilitärs“, das die Kleinigkeit von 50 000 beträgt, gab es scharfe und umfassende Debatten, die sich auf das ganze Gebiet der militärischen Ereignisse und Fragen erstreckten. Sozialdemokratische und freisinnige Redner übten scharfe Kritik am herrschenden System und an einzelnen besonders wichtigen und interessanten Tatsachen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Stücken und Koste stellen u. a. die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher, die unzureichende Soldatenlösung, das Militärverbot und die militärische Gerichtsbarkeit mit ihren Rigorositäten und Ungerechtigkeiten, die Unterfückung des Arbeiterbewusstseins durch die Militärbehörden, den Militärposten, die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die militärische Autorität, die Soldatenmishandlungen, den Duellmühsal, die Taten des Militarismus usw. in die gebührende Beleuchtung. Der neue Kriegsminister, Herr v. Heeringen, griff etwa zehnmal in die Debatte ein. Er erwies sich als ein niemals in Belegenheit getauelter Draufgänger. Aber das Zeugnis, daß er auch ein Politiker ist, können wir ihm nicht ausstellen. Es ist ja freilich sein Amt, den Militarismus nach Kräften zu verteidigen. Aber die Art, wie er das tat, konnte die Wucht der erhobenen Klagen und Beschwerden nicht abschwächen. Nach seiner mit offenkundigen Tatsachen hart kollidierenden Ansicht sind alle diese Klagen und Beschwerden, alle die abfälligen Kritiken mehr oder weniger unbegründet. Im Heere ist alles so bestellt, daß es eigentlich gar nicht besser sein kann. Einige „kleine Mißstände“, die „nicht zu vermeiden sind“, werden „aufgehoben“, „übertrieben“. Entgegen den durchaus begründeten Klagen über schlechte und unwürdige Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte, die nicht selten die brutalsten Beschimpfungen und frivolen Scheltanen über sich ergehen lassen müssen, verdichtete der Herr Kriegsminister mit der ihm eigenen Empfasse unterfchallender Heiterkeit des Gesundes, der Soldat werde vom ersten Augenblick seines Eintritts in die Kasernen an „it durchaus liebevoller Weise behandelt“!

Das „richtige Verständnis“ für diese Behauptung fand er nur auf der rechten Seite des Hauses, bei den Junkern und Junkerengenossen, denen ja auch die Kaiserin die „beste Erziehungsanstalt“ und der militärische Geist der wahrhaft „heilige“ Geist ist. Wenn man denn schon einmal auf dem monströsen Standpunkt steht, daß der Militarismus sakrosankt ist, wie der Herrgott, ist es natürlich, daß man keine Kritik, möge sie noch so begründet und guttugend sein, gelten läßt. Aber wie, wenn die Hunderttausende, die die „Freuden“ des militärischen Zwangsdienstes selbst gelostet haben, einmütig Zeugnis ablegen würden über die „liebevolle Behandlung“ in der Kaiserin? Es würde verräglich sein für den Militarismus.

In der Sonnabend-Sitzung provozierte der konservative Abgeordnete v. Oldenburg, einer der rücksichtslosesten Junker, die zur „Ehre“ der deutschen Nation den Reichstag „zieren“, eine ungeheure Lärmzene. Am Schluß seiner die alte preußische Tradition“ des persönlichen Regiments, die Herrschaft der Bajonnette verherrlichenden Hanswurstraße erstreckte dieser blaublättrige Rüpel sich, zu erklären: „Der deutsche Kaiser, der König von Preußen muß jeden Augenblick in der Lage sein, einem preussischen Leutnant zu befehlen: „Hier, nehmen Sie zehn Mann und schießen Sie den Reichstag!“. Diese dem Reichstag ins Gesicht geschleuderte junkerliche Insignie, die gleichbedeutend mit einer Aufforderung zum Bruch der Verfassung, zur Vergewaltigung des Parlaments ist, rief natürlich eine ungeheure Erregung hervor. Aus den Reihen der Linken erhob sich eine Sturmflut gebührender Bezeichnungen über den frechen Exzentriker. Diese Empörung wurde dadurch gesteigert, daß der die Verhandlungen leitende zweite Vizepräsident, Eröpfung zu Hohensose, seiner Pflicht, ihn zur Ordnung zu rufen, nicht genigte, trotzdem die Linke diese Maßregel stürmisch verlangte. Als ihm dann der sozialdemokratische Abgeordnete Debebour zurief: „Sie dulden die Aufforderung zum Bruch der Verfassung!“, erwiderte der Herr Eröpfung diesem Abgeordneten einen Ordnungsruf. Der Reife nach legten Vertreter der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, der Nationalliberalen und des Zentrums Verwahrung ein gegen das Oldenburgsche Attentat auf das Recht und die Würde des Reichstages. Der Abgeordnete Debebour erhob Beschwerde gegen den ihm erteilten Ordnungsruf, über die das Haus am 1. Februar durch Abstimmung zu entscheiden haben wird. Gemerkt zu werden verdient besonders noch, daß die Rechte dem Januschauer frenetischen jubelnden Weifall spendete! Auch darin kam die bodenlose Frechheit der Junkerliste drastisch zum Ausdruck.

Zur selben Zeit, als dieser Vorgang im Reichstag sich abspielte, ging im Reichstagswahlkreis Gienach-Dernbach der Akt der Ersatzwahl seinem Ende entgegen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen erscheint der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten sicher.

Nun endlich ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, die preussische Wahlrechtsvorlage soweit erledigt, daß sie schon in nächster Zeit dem Landtage zugehen wird. Gut, dann tritt der Wahlrechtskampf in ein neues Stadium! Die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie wird ihn führen mit äußerster Kraft und Energie.

Vom Gebiete der auswärtigen Politik ist zunächst zu erwähnen, daß die organisierte belgische Arbeiterschaft in einen Kampf gegen den französischen Zolltarif eingetreten ist. Dieser Tarif enthält nämlich einen Artikel, wonach ausländische Arbeiter oder Angestellte, die ihren Wohnsitz außerhalb Frankreichs haben, eine Kopfsteuer zu entrichten haben, sofern sie zu mehr als fünf bei einem Unternehmer beschäftigt sind. Dagegen hat eine Deputation der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften bei dem französischen Ministerpräsidenten Protest erhoben, der sich u. a. auf die Erwägung stützt, daß die Steuer den Lohn bei der belgischen Grenze wohnenden Arbeiter, die zu circa 300 000 jenseits der Grenze ihr Brot verdienen, bedeuten würde. Die Gewerkschaftskommission hat eine Rundgebung erlassen, in der das Prinzip der freien Arbeit und die Internationalität der Arbeiterklasse angetrieben wird. Eine gesetzliche Festlegung des Minimallohnes und die gewerkschaftliche Intervention gegen die Gefahren der Einwanderung, wie sie in Deutschland geübt wird, sei das Verfahren, dem die Arbeiterschaft ihre Zustimmung geben müsse.

Bezugs einer gemeinsamen Aktion hat sich der belgische Gewerkschaftssekretär Bergmans auch mit der französischen Confédération du Travail in Verbindung gesetzt. In der belgischen Kammer wird gleich nach ihrem Zusammentritt im Februar der Sozialist Debunne über die Angelegenheit interpellieren.

Die englischen Wahlen sind nunmehr, während wir dies schreiben, nahezu beendet. Ihr Resultat hat sich fast ausschließlich noch zum gunsten der antinationalistischen Parteien gestaltet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Parteien in der Majorität geblieben sind. Nach

den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind gewählt: 284 Konservative, 203 Liberale, 40 Mitglieder der Arbeiterpartei und 76 Freie. Die wenigen noch ausstehenden Wahlen werden den Konservativen einen nennenswerten Zuwachs nicht mehr bringen.

Wir werden auf die Bedeutung des Wahlkampfes und seines Ausganges zurückkommen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:**
Maurer:
Schleswig-Holstein:
 Holgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);
Mecklenburg, Lübeck:
 Lübeck (Sperrung über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädel und Behrens);
Brandenburg:
 Fürstentum (Sperrung über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Pastel Utikal und der Firma Pintsch);
Ost- und Westpreussen, Posen:
 Marienwerder (Sperrung über Knaek in Beckermühle);
Königr. Sachsen:
 Leipzig (Sperrung über Winkler, Kleinzschöcher, Becke Militzer und Eythraarstrasse), Borsdorf (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), Zittau (Sperrung über Hinkle in Weigsdorf und Müller aus Hirschfeld), Oberriedersdorf (Sperrung über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperrung über Köhler), Treuen (Sperrung über Otto Händel);

Provinz Sachsen und Anhalt:
 Halle (Sperrung über Pfand in Passendorf), Stendal (Sperrung über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhringen in Wahrburg);

Thüringen:
 Eisenach-Barchhausen (Sperrung über Buchenau), Coburg (Sperrung über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken), Weimar (Sperrung über O. Hemme);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg:
 Badbergen (Streik); Exzhende (Sperrung über Pflischke und Spark), Wolfenbüttel (Sperrung über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland:
 Düsseldorf (Streik in Ratingen), Halle i. Westfalen (Sperrung über Grotendick);

Isolierer und Steinholzleger:
 Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82), Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);

Schweiz:
 Winterthur (Streik). *

Gau Erfurt.

Die Sperrung über das Baugeschäft Grebler in Arnstadt ist nach fast zwölfjährigem Verstoßen aufgehoben worden. Grebler hat unterdessen anerkannt, daß er nun bei in Arnstadt üblichen Lohn von 45 A pro Stunde zahlen will. Der Grund zur Nachgebiltheit Greblers ist wohl darin zu suchen, daß er den großen Schuldenbau zur Ausführung bekommen hat und in Zukunft wohl eine größere Anzahl Maurer benötigt. Aber gerade dieser Umstand muß für die Arnstädter Kollegen Veranlassung sein, ihre Organisation immer mehr zu stärken, damit, wenn einzelne Unternehmer einmal wieder versuchen sollten, die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu halten, sie sich noch entscheidender und hartnäckiger zur Wehr setzen können als in diesem Falle.

In Wünnchenbürensdorf, Zahlstelle des Zweigvereins Weida, ist am 14. Januar ein Tarifvertrag mit den dortigen Unternehmern abgeschlossen worden, der für die Kollegen einen guten Fortschritt bedeutet. Der Stundenlohn wird am 1. April d. J. in jedem Falle um 3 A angehoben, mit der Maßgabe, daß die untere Grenze 36 A beträgt. Zumgehende erhalten im ersten Jahr 30 und im zweiten 33 A. An Stelle der einstündigen Arbeitszeit wird ein oben genanntes Studium die zehnstündige eingebracht. Auch die Beziehung der Lebensstunden und der Nacht- und Sonntagsarbeit wurde geregelt. Diesen Erfolg haben die Kollegen nur ihrer Organisation zu verdanken, was um je mehr ins Gewicht fällt, da die Zahlstelle noch nicht einmal ein Jahr alt ist. Nun gilt es aber für Kollegen von Wünnchenbürensdorf, kräftig für den Verband zu werden, damit sie auch in Zukunft zu jeder Zeit das Ertrügnisse hochzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände eruchen wir, uns die Bücher aller Kollegen, die auf Grund der Bestimmung in § 26 Abs. a, c und e im Jahre 1909 beitragsfrei waren, zur Abkempfung zuzusenden.

Esergebeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterberunde.

Außerdem muß angegeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind für den Zeitraum vom 24. bis 29. Januar für folgende Mitglieder erteilt:

- H. Wegner (Frank), Verb.-Nr. 352 877; Friedr. Grunow, 74 985; A. Schirmer, 89 980; A. Band (Frank), 160 674; Fr. Wagner (Frank), 474 683; M. Krobberg (Frank), 160 571; S. Frigel, 82 957; M. Strohfuß, 106 802; Otto Reumbe, 281 925; Friedr. Feiler, 27347; G. Nabol, 21 649; M. Struh, 419 955; Fr. Sauer, 64 630; Jof. Knaich (Frank), 46 510; Fr. Eichhalm (Frank), 63 620; E. Spillberg, 502 640; Z. Sammler (Frank), 307-151; C. Schwenke, 4909; A. Hoffmann, 409 427; A. Sadel, 359 967; Jan. Sant, 282 221; Georg Schmitz, 256 978; G. Illert (Frank), 282 854; Friedr. Bögel, 57 915; Fr. Freye (Frank), 201 279; A. Eingartner (Frank), 228 530; M. Wolffschläger, 85 265; A. Wiebel (Frank), 71 538; S. Schuler (Frank), 177 801; G. M. Tempich, 189 807; Mich. Banfert, 474 840; W. Scharf, 83 296; B. Müller, 116 007; W. Köhne, 355 983; G. Gehl (Frank), 327 631.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Samsburg 1, Wesenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Zu der Zeit vom 25. bis 31. Januar 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
 Apolda A. 118,52, Breittingen 60,96, Voderun 64,80, Vorkamer 47,20, Berlin 32,61, Czerst 17,36, Grimmichau 3,85, Döhlen 96,97, Dömitz 43,60, Schwabe 786,49, Ebstorf 19,20, Eisleben 81,06, Eberswalde 89, Fürstenwalde 176,40, Grünberg i. V. 544,73, Gießen 800, Gr.-Wehlen 8,50, Greene 214,46, Salbriestadt 2,40, Holzsteden 73,56, Sessen 2,16, Jessen 95,88, Krippitz 45,54, Landsberg a. Lech 61,05, Marburg 133,57, Mühlentend 185,98, Melle 30,66, Marienbühlste —, 85, Moorburg 230,08, Neungamme 18,90, Northeim 23,82, Neuenhagen 9,36, Nossen 64,80, Olderbe a. Sarg 917,37, Pleitenberg 21,70, Regau 56,20, Rottbäum 299,50, Sawisch 77,88, Rosenheim 3,60, Reichenbach i. V. 2,40, Strahburg i. V. 800, Tuittingen 2,88, Teupitz a. d. Rega 10,92, Wiesbaden 2626,41, Zehden 10,92.
- b) Für Kalender.
 Apolda A. 15, Vorkamer 5, Voderun 12,50, Czerst 5, Schwabe 90, Eisleben 10, Holzsteden 5, Landsberg a. Lech 2,50, Marburg 12,50, Melle 10, Neungamme 5, Olderbe a. Sarg 55, Pleitenberg 5, Sawisch 15, Norka 7,50, Wiesbaden 100.
- c) Für Futterale.
 Eisleben A. 3, Heilich 2, Marburg 5, Mühlentend 3, Weida 6.
- d) Für Jahrbuch.
 Wiesbaden A. 10.
- e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.
 Eisleben A. —, 75, Marienbühlste —, 75.
- f) Für Anzeigen im „Grundstein“.
 Potsdam A. —, 90.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen A. Schulenburg-Brandenburg (Verb.-Nr. 264 580), W. Grundmann-Wittenberg (54 886), Joh. Wachmer-München (428 238), Aug. Lindenmann-Weingarten (111 065), Fern. Sandberg-Hamburg (470 611), Wilh. Finjders-Quitzsch (283 769), Fern. Guhn-Dresden (232 010), Jof. Wank-Starkruhe (144 408), A. Pfaffner-Sof a. d. S. (451 816), G. Jungmann-Frankfurt a. M. (191 685), G. Euf. Wefse-Glauchau (216 888); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Feinr. Gaud-Münchenberg (269), Th. Burdardt-Münster (014 918), H. Kravahp-Berlin (049 178), G. Schröder-Euden (388 988), W. Koring-Böglach (21 037), Jof. Nisch-Darmen (81 620), Alois Seidel-München (14 849), K. Rothmann-Dresden (04 211), Jac. Gaber-Saarbrücken (29 872).

Ausgeschlossenen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Weida: Karl Koch (Verb.-Nr. 86 500); Gelsenkirchener-Anne: Joh. Müller (R. 26 424), Bernhard Zomak (R. 23 337); Arnberg = Zindorf: Michael Bittel (123 270).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Achtung, Auszahler der Reiseunterstützung! Der Kollege Ernst Appel (Verb.-Nr. 274 441) wird beschuldigt, auf Grund von Fälschungen der Daten in der Reisekarte an einem Tage in mehreren Zweigvereinen Reiseunterstützung zu erheben. Wir eruchen, die Karte anzubahlen und zu prüfen. Wahrheitsheitlich die Beschuldigung, dann ist die Karte nebst Mitgliedsbuch uns zuzusenden. Eine sehr genaue Kontrolle der Reisekarten dürfte sich all-gemein empfehlen. **Der Verbandsvorstand.**

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeflüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Briefwechsel.

Die Bautätigkeit hatte auch noch im vergangenen Jahre unter den Einwirkungen der Krise zu leiden. Trotzdem kann man aber sagen, daß sich die Bautätigkeit doch etwas gehoben hat, und zwar besonders auf dem Bannde in der Umgebung von

Bielefeld. Es geht dies auch schon daraus hervor, daß durchschnittlich rund 100 Gefellen mehr beschäftigt wurden als im Vorjahre. Obwohl wir mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in einem Vertragsverhältnis stehen, fanden sich doch einige Unternehmer, die es mit dem Fieber nicht so ernst meinten, und so kam es, daß eine ganze Reihe von Streikfällen ereignet werden mußte, von denen einige zu scharfen Maßnahmen Anlaß gaben. Die Betriebe der Unternehmer Obloh (Radwiede) und Tietze (Sticker) mußten gesperrt werden, weil den Arbeitern der betraglich festgesetzte Lohn nicht gezahlt wurde. Beide Fälle wurden mit vollem Erfolg für die Kollegen erledigt. Dreimal hatten wir einen Streikfall mit Herrn Klarhorst, und der letzte, bei dem es sich um die unwürdige Behandlung der Arbeiter seitens des Herrn Klarhorst handelte, führte ebenfalls zur Sperrung des Betriebes. Der Not gehordend, nicht dem eigenen Triebe, gab Herr Klarhorst aber nach zehnjähriger Dauer nach, und somit endete auch die Sperre mit vollem Erfolg für die Kollegen. Etwas komplizierter lag eine strittige Sache beim Unternehmer Liebenberg, der den Bau der Wädens-Mittelschule ausführt, dabei stellte sich bekanntlich heraus, daß bei Veranlassung des Materials etwas zu viel zugunsten des Herrn Liebenberg „geparnt“ wurde, was die chemische Wörtelunteruchung in Charlottenburg bestätigt hat. Herr Liebenberg wird auch jedenfalls mit Vant unserer Organisation begnadigt haben, als er die annähernd M. 1000 betragenden Kosten für die Unteruchung zahlte. Differenzen entstanden ferner noch bei den Unternehmern Lübrmann, Mölling, Mietrat, Schürmann (Wisse), Brämer und Bötenkamp (Schilber). Im Gegensatz zu früheren Jahren haben diesmal nur zwei Betriebsversammlungen stattgefunden. Es kommt dies daher, daß in den meisten Differenzfällen sofort scharfe Maßnahmen angeordnet werden mußten. Lohnbewegungen fanden in Derlinghausen und Gütersloh statt. In ersterem Orte bewilligten die Unternehmer ohne Arbeitszeitverzug 2 bis 3 1/2 Lohn-erhöhung pro Stunde und eine halbtägige Arbeitszeitver- kürzung. In Gütersloh schritten die Unternehmer während der Verhandlungen zur Auslieferung, die aber nach vier- wöchiger Dauer mit 2 bzw. 3 1/2 Lohn-erhöhung und einer halbtägigen Arbeitszeitverkurzung endete. Das Vandalengertentum ließ sich auch in diesem Jahre nicht so glatt durchführen, wie es wohl allgemein wünschenswert wäre. Die Eigungen werden zwar entschädigt, aber immer ist noch eine große Anzahl Kollegen vorhanden, die solche Einrichtungen für überflüssig halten. Die Agitation gestaltet sich immer schwieriger, da nur die Jugend von Bielefeld noch in Frage kommt und deshalb auch mit einigen Kosten verknüpft ist. In Halle haben wir eine neue Zählstelle gegründet. Diese zählt bereits 40 Mit- glieder. Am ganzen sind dem Verband im Berichtsjahr 176 neue Mitglieder zugeführt worden. Drei Kollegen sind zur christlichen Organisation und sieben von der christlichen zu uns übergetreten. Die Durchschnittsmit- gliederzahl betrug 813. Zur Förderung der Bildung und Aufklärung haben die Genossen Hoffmann, Sachs, Seve- ring und Hildebrand (Bremen) durch Vorträge in einigen Versammlungen beigetragen. Fräulein Paula Stahl (Schauvieren) hat in einer außerordentlichen Mit- gliederversammlung, zu der auch die Frauen und erwachse- nen Angehörigen der Mitglieder eingeladen waren, Dicht- ungen von Ludwig Thoma recitiert. Diese Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Alles in allem kann ge- sagt werden, daß der Verband auch im abgelaufenen Jahre ein gutes Stück vorangekommen ist und auf jeden Fall die Feuertaube in diesem Jahre befehen wird. Darum, Kollegen, wollen wir uns nicht um Kleinigkeiten haben und sonst kümmern. Der Feind im Unterneckerlager ist uns viel gefährlicher. — Der Jahresbericht ergibt für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 16 575,10. Die Lokaltas- se hatte mit einem Kassenbestand von M. 7 732,75 eine Einnahme von M. 13 947,40 und eine Ausgabe von M. 4 634,93, sie verfügt also über einen Bestand von M. 9 312,47.

Vollkornheim. Unsere Versammlung am 16. Januar war von nur zwölf Mitgliedern besucht. Wegen den Kassen- bericht wurden Einwendungen nicht erhoben. Bei der Vor- standswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Da- nach erhielt Kollege Bohner aus Kiegnis das Wort zur Begründung der Verschmelzung unseres Zweigvereins mit dem Zweigverein Kiegnis. Die Begründung liegt darin, daß es notwendig erscheint, für unser Gebiet eine volle Kraft für die Agitation und die Leitung der Organi- sationsgeschäfte anzustellen. Der Plan ist aber nur durch- führbar, wenn sich die Keinen Zweigvereine mit Kiegnis zu einem großen und leistungsfähigen zusammenschließen. Der Vortrag rief eine längere und anregende Debatte her- vor, die mit dem einstimmigen Beschluß endete, die Ver- schmelzung zu vollziehen.

Brunsbüttelkoog. Am 16. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Von 100 Mitgliedern waren nur 26 anwesend. Da sich unter den Anwesenden auch der erste und zweite Vorsitzende befanden, wurde die Versamm- lung von unserm Kollegen Witkoff eröffnet und geleitet. Der Kassierer verlas zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal und die Jahresabrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war. Darauf wurde zur Wahl von Vorstandsmitgliedern geschritten. Ferner wurden zwei krankt Kollegen je 5 aus der Lokaltasse bewilligt und außerdem Sammelkassen für sie in Umlauf gebracht. Weiter wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Agitationsversammlung nach der Hilszählstelle Eddelad einzuberufen, wogu auch unser Gauvertreter ein- geladen werden soll.

Burg b. Magdeburg. Am 16. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab, zu der von 200 Mitgliedern leider nur 87 Kollegen erschienen waren. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht bekannt und der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Er wurde entlastet. Dann wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, mehr als bisher zu agitieren, zumal wir in diesem Jahre vor einem schweren Kampfe stehen. Da- mit die Versammlungen besser besucht werden, wurde be- schlossen, im Winter eine Beisitzung zur Krankenunter- stützung zu gewähren. Die Kollegen aus der Stadt müssen stets und die Kollegen aus den Ortschaften vier Versamm-

lungen besucht haben, um Unterstützung beanspruchen zu können. Drei Kollegen, die mehr als 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand waren, wurden von der Ver- sammlung als aus der Mitgliedsliste gestrichen erklärt. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Am 25. Januar hielt unser Zweigverein im „Schüßlerhause“ seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht hatte der Zweigverein eine Mitglieder- zahl wie noch im Vorjahr; nach im dritten Quartal betrug sie 2522. Die Einnahme des Zweigvereins war M. 59 980,33. Kollege Laube berichtete über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Angebot der Unternehmer wurde be- stigt kritisiert und als unannehmbar erklärt. Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege Laube als erster Vor- sitzender neu gewählt, da der frühere Vorsitzende die fer- nere Verwaltung dieses Postens ablehnte. Dann berichtete Kollege Gajch über die Kaufpreise bei der Firma Wlbricht, die zu unseren Gunsten verlief. Die Kollegen wurden noch aufgefordert, den vom Genossen Grabauer-Dresden in nächster Zeit zu haltenden Unterrichtskursus zu be- suchen und die Berichte von unserm Verbandstage eifrig zu lesen.

Crimmitschau. Am 16. Januar fand unsere General- versammlung statt, in der auf Antrag des Gauvorstandes dem Kollegen Fuchs M. 20 aus der Lokaltasse bewilligt wur- den. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, woraus ersichtlich ist, daß die Beamtätigkeit im vergangenen Jahre sehr gut war, so daß noch eine Anzahl auswärtiger Kol- legen Arbeit fand. Die höchste Mitgliederzahl betrug 426, am Jahreschluß 366. Die Zunahme gegen voriges Jahr betrug 67. Nach der Zahl der verkauften Marken betrug der Jahresdurchschnitt 347 Mitglieder. Die Beitrags- zahlung ist als gut zu bezeichnen, indem nur fünf Kollegen mit geringen Beiträgen im Rückstand sind/ Mitglieder- versammlungen fanden 10 und Vorstandssitzungen 27 statt. Die Lohnbewegung brachte eine Lohn-erhöhung von 4 1/2 die Stunde, davon 2 1/2 sofort und den Rest am 1. Januar. Die Verhandlung fand am 17. Mai 1909 statt. Der Versamm- lungsbericht konnte im Durchschnitt besser sein. Der Jahresbericht des Kassierers ergab für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 5522,40. Verkauf wurden 12 996 Beitragsmarken und 883 Arbeitslohnmarken. Für die Lokaltasse betrug die Einnahme M. 3017,76, die Ausgabe M. 1539,80 und der Kassenbestand M. 1477,96. Die Biblio- thek zählt 26 Bände. An die Schweden wurden M. 98,05 abgefaßt, und zwar M. 50 aus der Lokaltasse und M. 48,05 durch Sammlung. In den Vorstand wurden als Vor- sitzender H. Böttcher und als Kassierer E. Bogel gewählt. Ge- rügt wurde, daß zwei Unternehmer den Tarif nicht ein- gehalten und die dort beschäftigten Kollegen dies bei der Verwaltung nicht gemeldet haben.

Elbing. Die Arbeitsgelegenheit war im abgelaufe- nen Jahre besser als 1908, wo fast fortwährend Arbeits- mangel herrschte. Auch das Verhältnis mit den Unter- nehmern war im allgemeinen befriedigend. Der Tarif wurde weder von uns noch von den Unternehmern ge- fundigt, so daß er nach seinen Schlussbestimmungen ein weiteres Jahr, bis zum 1. April 1911, gilt. Die Mit- gliederzahl hat sich um 65 erhöht. Die Zählstelle Lenzen, die wir unter sehr schwierigen Verhältnissen gründeten, hat sich wider Erwarten gut entwickelt. Der Zählstelle Neutitz (Niederung) soll sich in nächster Zeit noch eine in der Niederung zugesellen, und zwar in Augustwalde. In Pr.-Holland ist uns der evangelische Arbeiterverein in die Quere gekommen. Der Fiskus ist ihm leider gelungen, weil man uns nichts von seiner Absicht, dort eine Ver- sammlung abzuhalten, mitteilte. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M. 4191,15 gegen M. 3271,45 im Jahre zuvor. Die Lokaltasse hat bei einer Einnahme von M. 1907,89 und einer Ausgabe von M. 1277,90 einen Ver- stand von M. 629,99. In der Generalversammlung regten einige Kollegen größere Sparsamkeit in den Ausgaben an. Man wird nun die Bewilligung von Ortsunterstützungen etwas einschränken müssen. (Der Bericht war auf beide Seiten des Papiers geschrieben.)

Essen a. d. Ruhr. Bis für den Verbands- tag! Unsere Generalversammlung am 30. Januar be- schloß folgende Resolution: „In der bestimmten Ueber- zeugung, daß der kommende Lohnkampf hart sein wird und von tief einschneidender Bedeutung ist, daß ferner den Anträgen der Unternehmer unter keinen Umständen statt- gegeben werden darf, fordern wir den Verbandstag auf, eine Erhöhung des Beitrages um 10 1/2 pro Woche zu be- schließen, die am 1. März einzutreten hat. Die Versamm- lung ist ferner der Ueberzeugung, daß der Unterne- mer nachweis, die Agitationsklausel, das Wort „tätig“ und die Staffellöhne fallen müssen, und daß eine Erhöhung des Lohnes und eine Verkürzung der Arbeitszeit un- bedingt eintreten müssen. Die Kollegen halten sich für verpflichtet, Mann für Mann an der Organisation fest- zuhalten und ihre ganze Person für die siegreiche Durch- führung des Kampfes einzusetzen.“ Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden alle bisherigen Kollegen wiedergewählt.

Freiburg i. Baden. (Jahresbericht.) Die Hoff- nungen, die wir auf das Jahr 1909 setzten, sind nicht er- füllt worden. Die Gesamtwirtschaftslage im oberbadischen Bezirk kennzeichnet sich durch eine weitere Abwärtsbewegung. Insbesondere gilt das für das Baugewerbe. Die Ursachen hierfür sind verschieden. Sie liegen nicht ledig- lich auf wirtschaftlichen, sondern auch auf politischen Ge- biet. Außer den Wirkungen der allgemeinen Krise kommt das neue badische Vermögenssteuergesetz in Betracht, die neuen indirekten Reichsteuern und für Freiburg speziell die außerordentliche Erhöhung des Kredits infolge der bei der anormalen Bautätigkeit der vorhergehenden Jahre entstandenen Verluste. Nach dem badischen Vermögens- steuergesetz ist allgemein ein Schuldenzins nicht gestattet. Ob das richtig oder falsch ist, muß in diesem Zusammen- hang unerörtert bleiben. Erwähnt sei nur, daß der ge- samte Mittelstand dagegen Sturm läuft, angeblich weil dieser Umstand für zahlreiche Gewerbe- und Handwerks- betriebe eine unangenehme Härte sei und zu ihrem Ruin führe. Es sind sehr heulige Angaben herumzufließen, wonach ein Aufsteigen der Produktion künstlich zurückgehalten ver- sucht wird, um mit dem Hintertup auf den geschäftlichen

Stillstand eine Verringerung des Steuergesetzes zu erzwingen. Sollte dieser Plan gelingen, so wird die unaussprechliche Folge sein, daß der Einkommensteuerfuß wesentlich erhöht wird. Die Arbeiterklasse wird also dann noch ärmer als bisher zur Einkommensteuer herangezogen werden, um das Geldbedürfnis des Staates zu decken. Sie sollte deshalb dieser Unmöglichkeit erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Doch abgesehen davon, die Bestrebungen des Mittelstandes haben satzunglich, wenn auch nur vorübergehend, vermindert, andererseits eine Belebung des Baumarktes hinanzuhalten, gleichzeitig aber auch, und eben- falls nicht ohne Absicht, die ohnedies sehr hohen Wohnungsrenten zu steigern. Begünstigt wurden die vorgezeichneten Bestrebungen durch die fortgesetzte Mehrbelastung der Lebensmittel und Bedarfsartikel infolge der neuesten Reichsteuergesetzgebung; denn diese beginnt auch in weiten Kreisen des Mittelstandes in steigend erkennbarer Weise zu wirken und Unmut und Un- lust in geschäftlicher Hinsicht zu zeitigen. Verbindet man damit die im Berichtsjahre erneut eingetretene Spannung auf dem Geldmarkte, so hat man die Hauptursachen der ein- gangs erwähnten Abwärtsbewegung. Hinzu kommen noch eine Reihe hemmender Momente lokaler Natur. So der Umstand, daß die Gemeindevorstellungen zum großen Teil infolge ihrer rückständigen Anschauungen der neuzeitlichen Entwicklung unzugänglich sind. Jede großzügig gedachte verbundene Anlage fällt der Gegenwartsplumazerei oder einer geradezu sträflichen Verschleppungspraxis zum Opfer. Ferner die allgütige Rücksichtnahme der Gemeindevor- stellungen auf die Interessen der Hausbesitzer hinsichtlich der Wohnungsfrage und außerdem der bereits erwähnte Um- stand, daß Freiburg in den Vorjahren weit mehr gebaut hat, als es getragen und verdauen konnte. Alles das sind Gründe dafür, daß die Spekulationsluft und der Immobilienverkehr erheblich herabgedrückt wurden, wodurch die Bautätigkeit einen Tiefstand erreichte wie nie zuvor.

In Freiburg herrschten zeitweilig geradezu trübselige Zustände in Bezug auf die Arbeitsgelegenheit. Die Fort- führung des Univeritätsneubaus, wobei in der zweiten Hälfte des Jahres eine erhebliche Anzahl Arbeitskräfte ab- gestossen wurde, zwei nicht sehr bedeutende Doppelwoh- nhäuser für Eigenabwobner sowie eine umfangreiche Erweiterung des Stadtwassers an der Hauptbahn bildeten die hauptsächlichsten staatlichen Bauausführungen. An städtischen Bauobjekten von einiger Bedeutung sind zu nennen der Theaterneubau, der jedoch im Ausbau begriffen nur eine geringfügige Zahl Arbeiter benötigte. Außerdem ein grö- ßerer An- und Ausbau an der Handelsschule sowie die Erstellung von zwei Doppelwohngebäuden mit 48 Wohnungen. Die private Bautätigkeit erstellte einige Bürgerliche und mehrere herrschaftliche Wohnhäuser; Gewerbliche oder industrielle Bautätigkeiten von Bedeutung sind nicht erstellt worden. In Waldkirch-Kollnau kamen staatsfremdliche zwei Villenbauten über die Glat zur Aus- führung. Die städtische und private Bautätigkeit blieb auf ein Minimum beschränkt. Lehr-Dinglingen bildete eine gute Ausnahme. Die Verlegung der Hauptstraße in Dinglingen brachte ein gutes Stück Arbeit. Mehrere Inter- ier- und Ueberführungen beanspruchten für einige Zeit eine größere Anzahl Maurer, jedoch wurden meistens zu- gezogene Italiener beschäftigt. Ferner wurden in Din- glingen zwei flügel des Wasserhauses erstellt, wobei eben- falls eine größere Zahl Maurer beschäftigt war. In Lafr wurde ein größerer Fabrikneubau aufgeführt sowie zwei Block Arbeiterwohnhäuser, einige Arbeiterwohnhäuser, außer- dem umfangreiche Bauarbeiten in der Artilleriekaserne, ein bedeutender Erweiterungsbau am Elektrizitätswerk, schließlich brachte der Spätkrieg noch einen Teil der neuen Bahnhofsbauten. Die drei Umgebungen, Neustadt, Mühlheim und, hatten eine kaum beachtenswerte Bautätig- keit. Ein Netter in der Not entstand durch die Klotter- neubauten in Heitersheim. Dort waren zeitweilig 60 bis 70 Maurer beschäftigt. Der Bedarf an Maurern in die- sen beiden Orten ermöglichte die äußerste Arbeitslosigkeit von Freiburg und anderen Orten fernzuhalten. Einige Zahlen mögen vorliegende Angaben bestätigen. In Frei- burg betrug die Höchstzahl der beschäftigten Maurer je- weils im Juli 1905: 2157, 1906: 1406, 1907: 936, 1908: 479 und 1909: 392. Die letzte Zahl kam im August sogar auf 361. In Waldkirch waren im Juli 1908: 84 und 1909: 43 Maurer beschäftigt. In Lafr arbeiteten im Juli 1908: 106, 1909: 97 Maurer. In den Monaten Mai, Juni, August, September und Oktober 1909 waren dort jedoch durchweg 120 Maurer in Arbeit. Es würde zu weit führen, die Zahlen aus dem ganzen Bezirk bekannt zu geben; das Gesamtresultat würde dadurch auch nicht gün- stiger werden. Es bleibt dabei, das Jahr 1909 hat im oberbadischen Bezirk hinsichtlich des Beschäftigungsgrades im Maurergewerbe auch die geringsten Hoffnungen nicht erfüllt. Mag das Jahr 1910 das nachholen. Wenn für diesen Wunsch die Bedürfnisfrage eine Rolle spielte, könnte man hoffnungsvoller über die Zukunft entgegensehen. So wird Lehr-Dinglingen, festerer Voraussicht nach, durch die Erstellung der neuen Bahnhofsanlagen die Bautätigkeit wesentlich beleben. Die Befestigung der alten Bahnhofs- anlagen wird das seit Jahren begehrt Beugelande für gewerbliche und industrielle Zwecke abgeben. Außerdem dürfte es wenige Orte geben, wo die Lösung der Wohnungs- frage von Grundpunkt der Volksgesundheit so dringend ge- worden ist wie in Lafr. Das gilt nicht bloß für die Klein- wohnungsfrage, sondern auch für bessere Wohnungen. Die staatlichen und städtischen Behörden werden, ob sie wollen oder nicht, ihre bisherige Untätigkeit auf diesem Gebiete sehr bald aufgeben müssen. Welche Zustände im Wohn- wesen sich dort ausgebildet haben, sagt ein Bericht des Lafrer Wohnungsintellektuellen am Schluß des Jahres 1909. Er entlohnerte eine Wohnung in der Kaiserstraße und fand darin eine fünfköpfige Familie (Mann, Frau und drei Kinder); die Wohnung mit zwei Schweinen und drei (vorher 15) Ställen teilte. In einem Hause in der Bismarckstraße, haften in einem Zimmer von 14 qm Bodenfläche sieben Personen Tag und Nacht. Es waren Mutter, drei Töchter und von zwei der letzteren drei uneheliche Kinder. Der Raum hat kein Fenster. Er wird nur durch zwei kleine Lichtlöcher spärlich beleuchtet. In diesem und dem anliegenden Hause (Meinen, Klerken Baracken) wohnen acht Familien mit zusammen 28 Köpfen. In einigen anderen Straßen hat der Wohnungsintellektuelle

Zustände gefunden, die dringend der Abhilfe bedürfen. Der Mangel an Wohnungen ist sehr groß. In Freiburg nicht derartige Zustände durch die Wohnungsinflation nicht bekannt geworden. Dennoch bestehen hauptsächlich bezüglich der Kleinwohnungen in einigen Teilen der Altstadt in gesundheitslicher Beziehung Zustände, deren Beseitigung zu den brennendsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung gehört. Außerdem aber herrscht in Freiburg ein bedeutender Mangel an Wohnungen jedes Grades. Die Wohnungsbauvermittlung erklärt, sie seien nicht in der Lage, den Wohnungsbedarf befriedigen zu können. Es ist im Herbst 1909 vorgekommen, daß zugezogene Personen keine entsprechenden Wohnungen finden konnten und dieserhalb den Oberbürgermeister um Abhilfe ersuchten. Selbst die Grund- und Hausbesitzervereinigungen erlebten in den letzten Tagen des Jahres eine öffentliche Aufforderung, ihre Mitglieder möchten doch unverzüglich die leerstehenden Wohnungen anmelden, da die Nachfrage zurzeit sehr groß sei. Es besteht für Freiburg gegenwärtig unbestreitbar eine bedeutende Wohnungsnot. Und das zu einer Zeit herrschender Geschäftslage. Welche Zustände werden eintreten, wenn eine günstige Wirtschaftperiode einsetzt und infolgedessen einige tausend Arbeiter zumwandern. Vorstehendes wird bekräftigt durch die Angaben des statistischen Amtes. Danach steht der Wohnungsbedarf für Freiburg in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um 5000. Es waren leerstehende Wohnungen vorhanden im Dezember 1905: 400 oder 2,5 pSt., 1906: 200 oder 1,6 pSt., 1907: 316 oder 1,9 pSt., 1908: 266 oder 1,5 pSt. und 1909: 230 oder 1,3 pSt. aller Wohnungen. Es kann also angefochten werden, daß es unmöglich ist, eine Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses in der Weise zu finden, wie es bisher geübt wurde, nämlich durch den Verkauf von Grundstücken. Es waren ehemals in Freiburg in dieser Richtung Vorhaben, welche jedoch nicht durchgeführt wurden. Die Methode der Projektion wird durch eine solche den praktischen Handelns Platz machen müssen. In Emmendingen wird man sicher in diesem Jahre mit der Bebauung der neuen Wohnhöfeanlagen beginnen. Dadurch wird ein größeres Baugelände für den notwendigen Wohnungsbau frei werden, was auf einige Jahre eine gute Bautätigkeit sichern wird. Alles in allem genommen, ist das Baubedürfnis in der oberbairischen Bezirk für die nächsten Jahre sehr groß. Eine Zurückdämmung dieses Bedürfnisses ist sowohl aus kommerziellen wie volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen geradezu unmöglich.

Die Entwicklung der Organisation, war infolge der vorgehenden Geschäftslage sehr gehemmt. Die Mitgliederbewegung zeigt das unfruchtbar, schwächende Gepräge der Vorjahre. Der Zweigverein ist sich zurzeit aus sieben Jahrestellen zusammen. Die Zahlstelle Neustadt ging im Laufe des Jahres, infolge Abreise der Mitglieder ein. Einmal war Aussicht vorhanden, die Mitgliederzahl auf 500 zu erhöhen. Ende des dritten und Anfang des vierten Quartals waren ganz gute Umsätze vorhanden, allein die plötzliche Verminderung der Arbeitsleistung zwang die Mitglieder auf andere Weise zur Abreise. Bedauerlich ist auch der Mitgliederverlust wegen rückständiger Beiträge. Doch es war und bleibt ein Gebot der Notwendigkeit, der altgewohnten Stimperei entgegenzutreten. Das Verhältnis der Mitglieder zur Zahl der beschäftigten Maurer schwankte in Freiburg zwischen 60 bis 70 pSt.; in Jahr betrug es im Herbst 90 pSt. der beschäftigten Maurer. Der Zugang von Mitgliedern beträgt 321; davon sind neueingetreten 230, ihre Beiträge nachgezahlt haben 14, und zurückgeführt 77 Mitglieder. Dem steht ein Abgang gegenüber von 267 Mitgliedern, und zwar sind abgereicht 187, ausgestiegen 20, ausgeschieden 5, gestorben 3, zum Militär eingezogen 7 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen 68 Mitglieder. Sonach besteht gegen das Vorjahr eine Zunahme von 54 Mitgliedern. Der Mitgliederstand betrug am Jahresabschluss 367. Die Beitragsleistung befriedigt auch in diesem Jahre nicht. Nach der Zahl der Mitglieder berechnet, wäre sie allerdings sehr gut. Diese Berechnung ist jedoch unrichtig, weil besonders im dritten und vierten Quartal die Zahl der Mitglieder mitunter wesentlich höher war als am Quartalsabschluss. Bezeichnend für die Beitragsleistung sind die Beitragsrückstände am Jahresabschluss. Solche waren vorhanden bei 125 Mitgliedern unter 13 Wochen 718 und bei 13 Mitgliedern über 13 Wochen 234, insgesamt 947 rückständige Wochenbeiträge, obwohl sich Leistung und Hilfslosigkeit bis auf wenige Ausnahmen — im Laufe des Jahres die erhebliche Mühe gegeben haben. Wahrheitsgemäß haben die nachlässigen Mitglieder sehr bald Gelegenheit, lernen zu lernen, daß es in der Organisation nur dann Rechte geben kann, wenn die Pflichten erfüllt sind. Mögen sie diese Mühe und Mahnung zeitig beachten. Die Zunahme der Mitglieder drückt sich auch in der Gesamtbetragsleistung aus. Es wurden verkauft 1736 Beitragsmarken, 1918 mehr als im Jahre 1908. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M 7285,55, davon wurden M 2628,70 abgezahlt, M 1164,79 als Zuschuß zum Gehalt verbraucht, für Krankenunterstützung M 947,90, für Sterbeunterstützung M 280, Rechtsfuß und Inhaftiertenunterstützung M 296,48 ausgegeben. Dem Zweigverein wurden M 1749,64 als Anteil überwiesen. Die Einnahme der Kassa betrug, einschließlich eines Bestandes von M 316,23, M 4516,61, die Ausgabe M 4079,96, so daß also ein Bestand von M 438,65 verbleibt.

Die agitatorische und organisatorische Tätigkeit war recht umfangreich. So wünschenswert hierfür eine Einzelstellung erscheint, muß doch aus räumlichen Rücksichten darauf verzichtet werden. Auf die sieben Jahrestellen entfallen 45 Mitglieder- und vier öffentliche Versammlungen und drei Sausagitationen. Ferner fanden zwölf Versammlungen speziell für Staliener, für Jahr und Freiburg 22 Platzversammlungen und 9 Versammlungen für Parteizwecke statt. Vorstandssitzungen und Besprechungen wurden 26 abgehalten. Monatliche Abrechnungen in den Jahrestellen fanden 9 und Revisionen 5 statt. Die Ergänzung der Agitations- und Organisationsleistung auf schrift-

lichem Wege nahm verhältnismäßig erhebliche Zeit in Anspruch. Die Rechenschaftsleistung beansprucht ebenfalls recht viel Zeit, wofür jedoch auch bemerkenswerte Erfolge zu registrieren sind. Aus den zahlreichen Fällen beantragten, zwei, erhöhtes Interesse. Ein Unternehmer in Freiburg mußte auf M 400 rückständigen Lohn verurteilt werden. Die Verurteilung erfolgte, das Zwangsverfügungsverfahren wurde eingeleitet. Jedoch vor Beginn der Zwangsveräußerung von Werkzeug und Material wurde durch landgerichtlichen Bescheid bekannt, daß die gepfändeten Gegenstände vertragsmäßiges Eigentum des Kapitalisten und der Ehefrau des Unternehmers seien. Der Unternehmer war also zahlungsunfähig. Auf unser Eingreifen verurteilte der Kapitalist nun auf dies Eigentum, worauf eine Klage gegen die Ehefrau gerichtet wurde. Die Klage hatte Erfolg, so daß zum zweitenmal die Zwangsveräußerung der Gegenstände eingeleitet und nun durchgeführt werden konnte. In dem anderen Falle ging ein Bauunternehmer fruchtlos. Fünf dort beschäftigte Mitglieder hatten ein Lohnkassettensystem über M 300, die übrigen Gläubiger beizeln sich außerordentlich, alle vorhandenen Güter, Werkzeuge und Materialien des Unternehmers zu beschlagnahmen. Die fünf Mitglieder gerieten, dadurch in Gefahr, mit ihrem fälligen Lohn durchzufallen. Nun wurde unversehrt der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt, mit dem Erfolg, daß die Kollegen nach sechs Wochen ihren vorher so sehr gefährdeten Lohn bekommen konnten. Lohnbewegungen hatten wir im Berichtsjahre nicht. Freiburg und Jahr sind an dem Verträge beteiligt, der am 31. März 1910 abläuft. Kennenwerte Verletzungen dieses Vertrages sind im Laufe des Jahres nur in Freiburg vorgekommen. Es machte sich da mehrmaliges Eingreifen nötig. Die meisten Differenzen wurden durch das Eingreifen des Vorsitzenden der Freiburger Schlichtungskommission im Sinne der Bescheidbefugnis erledigt. In zwei Fällen war die sogenannte Unterkommission tätig, schwierigeren Sachen wurden in zwei Sitzungen der Schlichtungskommission erledigt. Die hauptsächlichsten Beschwerden betrafen Nichtzahlung des vertraglichen Lohnes sowie die Zurückhaltung der auswärtigen Nacht- und Sonntagarbeit, ungescheiterte Entlassung (Maßregelung) und Nichtausgabe des Vertrages. Bei den Unternehmern zeigt sich eben vielfach die Neigung, sich nicht an die Bestimmungen des Vertrages zu halten, sondern die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem Gutdünken anzunehmen. Dagegen ist anzuerkennen, daß die Unternehmerrmitglieder der Schlichtungskommission treuherzig waren, dem Verträge allenthalben Geltung zu verschaffen und jede Verletzung sofort zur Verurteilung. Insbesondere gilt diese Anerkennung dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission Freiburg. Allerdings ist es weit besser, wenn keine bemerkenswerten Vertragsverletzungen vorkommen, wie beispielsweise in Jahr. Die Arbeiter-Unternehmer haben sich durchaus auf den Boden des Vertrages gestellt. Abgesehen von einigen unbedeutenden Sachen kamen dort Vertragsdifferenzen nicht vor. Ganz anders liegt die Sache in Wädchwil. Die dortigen Unternehmer haben in diesem Jahre ihre Abneigung gegen den Vertrag noch deutlicher bekundet als im Vorjahre. Statt den vertragsmäßigen Lohn von 46 3/4 zu zahlen, haben sie Klassenlöhne gezahlt von 35 3/4 aufwärts. Die Arbeitszeit haben sie nach ihrem Gutdünken geregelt. Die Maßregelung einiger Verbandsmitglieder blieb ebenso wie im Vorjahre aufrecht erhalten. Durch diese Verträge gegen die Bestimmungen des Vertrages haben die Wädchwil-Unternehmer den vollgültigen Beweis erbracht, daß sie durchaus vertragsunfähig sind, ein Umstand, der in der bevorstehenden Bewegung wohl noch eine Rolle spielen dürfte. Allerdings hat die außergewöhnlich geringe Mannfülle der dortigen Kollegen das Vorgehen der Unternehmer wesentlich begünstigt.

Der Bauarbeiter-Verband im Bezirk bleibt sowohl in technischer wie in sanitärer Beziehung weit hinter den einfachen Anforderungen zurück. Nach der Landeskonferenz der badischen Bauarbeiter (Februar 1909) war eine Forderung vorhanden, die Regierung würde positive einheitliche Normen verhängen. Leider haben sich diese Forderungen nicht erfüllt. In es hat den Arbeitern, als sei Anweisung, ergangen, die Bezirksämter möchten die jeweils auftauchenden Forderungen dieser Art nach Gutdünken im Verordnungswege betreiben. Diese Art Gesetzgebung ist für die Regierungsorgane am bequemsten, weil man dabei die Arbeiter beliebig ausschalten kann. So hat das Bezirksamt Freiburg im September 1909, die bestehenden Vorschriften in einigen Punkten etwas verschärft. Das Ueberziehhandhauern an Fassaden ist nur noch in Ausnahmefällen gestattet, sonst verboten. Bei gewöhnlichen Neubauten ist jede Kalkulation, auf der oder über der gearbeitet wird, überall vollständig dicht abzugeben, oder auszubetonieren, oder mit Streifen aus zu versehen. Der Abbau der Gerichte hat künftig nach denselben Vorschriften zu gehen wie der Abbau. Für Rändergerichte sind die bisherigen Vorschriften etwas verschärft. Desgleichen die Vorschriften für Kaufprüfungen. Ueber die Beschaffenheit der Wandungen ist man abermals unzulässig hinweggegangen, obwohl sie sich im ganzen Bezirk in geradezu schauerhaftem Zustande befinden. Um die Wünsche der Arbeiter in dieser Sache kennen zu lernen, hat das Bezirksamt die Gefellenausführender der Gewerkschaften zugezogen, obwohl dabei nicht ein einziger Bauarbeiter ist. Eine solche Methode dürfte sogar in Kreisen wenig oder gar nicht zur Anwendung kommen. Die Baukontrolle wird in Freiburg in anerkannter Weise durch zwei Personen der Kontrolle ausgeübt. In allen übrigen Orten ist die Kontrolle durchaus ungenügend. Vieles wird nur nach erfolgter Anzeige eine Kontrolle bemerkt. Diese wenigen Bemerkungen zeigen, daß das Jahr 1909 auch in diesem Punkte keinen Fortschritt gebracht hat.

Zusammengefaßt, zeigt das Ergebnis des verfloffenen Jahres, daß die Maurer im oberbairischen Bezirk in festem Bewußtsein der wirtschaftlichen Verhältnisse leben. Mögen sie daraus neuen Mut und Kraft schöpfen, um durch den Ausbau ihrer Organisation die Bahn für ein Vorwärts zu ebnen.

Freihaus-Kretschmar. Die am 25. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich nachmalig mit der Kretschmarer Streitabrechnung. Die gründliche

Prüfung der Revisoren hat ergeben, daß über M 200,38 keine Belege vorhanden sind. Der Streitleiter äußerte, sie hätten etwa 60 Mann Zugang fortgeschafft; für das ausgelegte Geld hätten sie keine Belege erhalten können. Die Verammlung nahm für 64 Mann je M 2 Bahngeld sowie Ausgaben für Zinte und Papier an und beauftragte die Streitleitung, den Rest zu ersehen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom vierten Quartal, an dessen Schluß 391 Mitglieder vorhanden waren. Die Gesamteinnahme der Kassa betrug M 2107,60, die Ausgabe M 601,99 und der Bestand M 1506,01. Die Revisoren räumten die Richtigkeit der Kassierer- und wünschten; er möge sein Amt behalten. Darauf wurde er entlassen. Der Jahresbericht soll gedruckt und jedem Mitglied, ausgehendigt werden. Bei der Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender W. Richter gewählt; die anderen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Vorsitzende und drei weitere Kollegen wurden beauftragt, am 4. Februar mit den Meistern in Krotzschin zu verhandeln. Dann referierte Kollege Köster über das Vertragsmuster und den Stand der Verhandlungen. Beim Punkt 'Verständigen' hat der Gewerkschaft keine aus Janke um Aufhebung des Vorhofs über sein Lokal; er habe sich entschlossen, sein Lokal zu allen Veranstaltungen des Verbandes und der Partei herzugeben. Dem Verlangen wurde stattgegeben und ein schriftlicher Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen. Erstreit über unser Entgegenkommen ging der Gewerkschaft nach Hause. Das frühere Mitglied Paul Lindert hat sich beim Hauptvorstand über seinen Ausschluss wegen Vorhoffbruchs beschwert. Er sei Musiker und nur zum Vorüberwird hingegangen. Die Verammlung lehnte die Klage ab. Die Beschlüsse der Verammlung habe jeder Kollege hochzuhalten.

Gelsenkirchen. (Jahresbericht.) Die Saisonunterkunft ließ auch im verfloffenen Jahre zu wünschen übrig, besonders in der Stadtgebiet. Im Mai und Juni hatte es zwar den Anschein, als sollte eine lebhaftere Bautätigkeit einsehen; diese ließ jedoch nach wenigen Wochen ganz erlosch/nach, um sich bis zum Jahresabschluss nicht wieder zu erholen. Dagegen kann die Bautätigkeit in den meisten Landorten als gut bezeichnet werden. Besonders die Orte Buer, Gladbeck, Horst-Emscher mit Umgebung und auch in Wanne lebte im Nachhinein eine ziemlich lebhaftere Bautätigkeit ein. Wenn ich trotzdem in den Orten mit geringer Bautätigkeit eine nehmenswerte Arbeitslosigkeit unter/unsern Kollegen nicht bemerkbar gemacht hat, so ist dies darauf zurückzuführen, daß diese teilweise in den Nachbarorten und auf der Werken Unterstulph fanden. Die im Mai und August aufgenommenen Statistiken zeigten folgendes Bild: Im Mai wurden festgelegt 112 Bauten mit 993 beschäftigten Stellen, im August 203 Bauten mit 1285 Stellen. Jedoch können diese Erhebungen selber aus verschiedenen Gründen auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen. Ein vollständigeres Bild über die Bautätigkeit im Jahre 1909 im gesamten Zweigvereinsgebiet bieten die Erhebungen im Anfang Januar 1910. Hiernach sind im ganzen 854 Bauten aufgeführt worden, und zwar 806 Wohn- und Geschäftshäuser, 27 Fabriken und industrielle Anlagen und 21 Stags- und Kommunalbauten. Ueber die Wohnungsverhältnisse können zahlenmäßige Angaben selber nicht gemacht werden, da irgendwelche Erhebungen hierüber von den Kommunen im hiesigen Gebiet anscheinend nirgend gemacht werden. Auf eine diesbezügliche Umfrage bei unsern Jahrestellenverwaltungen und sonstigen Vertrauenspersonen wurde berichtet, daß in Gelsenkirchen und Horst-Emscher ein Mangel an Arbeiterwohnungen, in Gladbeck, Buer, Erle, Westerschhof und Dorten ein Wohnungsmangel überhaupt vorhanden sei. Zeigt sich somit, daß die Bautätigkeit im ganzen genommen doch besser war als 1908, so hätte man auch erwarten müssen, daß sich der Mitgliederbestand demgemäß erhöht hätte, was, wie nachstehende Zahlen zeigen, nur in ganz minimaler Weise geschehen ist. Es betrug die Mitgliederzahl im Jahresabschluss 1905: 609, 1906: 609, 1907: 725, 1908: 660 und 1909: 677. Die Beeinflussung der Mitgliederbewegung durch die jeweilige Konjunktur, aber auch durch einige andere Umstände, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll, kommt recht deutlich zum Ausdruck, wenn man sich die Entwicklung unserer verschiedenen Jahrestellen betrachtet. So stellte sich die Mitgliederzahl im Jahresabschluss in Gelsenkirchen I (Maurer) 1905 auf 214, 1906 auf 247, 1907 auf 259, 1908 auf 176 und 1909 auf 192; in Gelsenkirchen II (Hilfsarbeiter) 1905 auf 14, 1906 28, 1907 auf 30, 1908 auf 27 und 1909 auf 16; in Wanne (Maurer) 1905 auf 155, 1906 auf 179, 1907 auf 174, 1908 auf 146 und 1909 auf 128; in Horst-Emscher 1905 auf 123, 1906 auf 68, 1907 auf 56, 1908 auf 35, 1909 auf 41 Mitglieder; in Gladbeck dagegen 1905 auf 40, 1906 auf 51, 1907 auf 83, 1908 auf 135 und 1909 auf 137; in Buer 1905 auf 36, 1906 auf 74, 1907 auf 91, 1908 auf 113 und 1909 auf 147; in Erle 1905 auf 21, 1906 auf 20, 1907 auf 31, 1908 auf 17 und 1909 auf 15 Mitglieder. Diese Zahlen genügen, um zu zeigen, wie einmal die Mitgliederbewegung durch die Krise beeinflusst worden ist, und weiter, wie schnell sich eine gute Bahnhalle wieder entwickelt, wenn nicht die geeigneten leitenden Kräfte vorhanden sind, oder ein Teil der Mitglieder das notwendige Interesse an der Organisation verliert. Neu aufgenommen wurden im Jahre 1909 407 Kollegen; von andern Verbänden übergetreten sind 23, zusammen 430. In den letzten fünf Jahren wurden neu aufgenommen: 1905 520, 1906 459, 1907 412, 1908 313 und 1909 407 Kollegen. Die Steigerung der Aufnahmen in 1909 dürfte zum größten Teil auf die Tätigkeit des Kollegen Plans zurückzuführen sein, der im Einzelhändler mit dem Hauptvorstand beim Beginn des zweiten Quartals zur intensiveren Betreibung der Agitation aus der Arbeit genommen wurde. Das wird auch durch die Aufnahmen in den einzelnen Quartalen bewiesen. Die Neuaufnahmen betragen im ersten Quartal 51, im zweiten 192, im dritten 109 und im vierten 55. Die Erfolge des Kollegen Plans waren zweifellos noch größer gewesen, wenn diese Maßnahme bei allen Mitgliedern das richtige Verständnis gefunden hätte und dieser in seiner Tätigkeit von allen Kollegen nachdrücklich unterstützt worden wäre. Da dies vielfach nicht geschah, ist, sollte der Genannte schon am Ende des zweiten Quartals seine Tätigkeit ein, trotzdem ein Wirkungsgewinn eigentlich erst im drit-

ten Quartal die besten Erfolge hätte zeitigen können. Die Beitragsleistung stellte sich in 1909 pro Mitglied und Jahr auf 40,73 und kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Wie nachfolgende Zahlen zeigen, ist sie von Jahr zu Jahr besser geworden. Sie betrug 1905: 37,6, 1906: 38,83, 1907: 40,21, 1908: 41 und 1909: 40,73. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug im verfloßenen Jahre 175 727,46; hiervon wurden an die Hauptkasse abgezahlt 8391,26 um am Orte veräußert 7336,21. Davon entfallen 3660,19 auf Prozente an den Zweigvereinen, 203,55 auf Rechtschutz und Inhabertentunterstützung, 1436 auf Kranken- und 207,50 auf ausgezahlte Sterbunterstützung. Die Jahresrechnung der Kassa betrug 10 112,63, die Ausgabe 7 099,91; mithin bleibt ein Bestand von 3012,72. Die Entwicklung der Kassa in den einzelnen Jahren stellte sich folgendermaßen: Kassabestand am Jahresbeginn 1905 80,06, 1906 751,09, 1907 1074,10, 1908 2277,01 und 1909 3012,72. Um die Agitation, Aufklärung und Belehrung zu fördern, wurden in allen Orten Vorträge gehalten und außerdem das Flugblatt des Hauptvorstandes im Frühjahr, verschiedene Flugblätter des Gauvorstandes und zwei solche der Zweigvereinsleitung verbreitet und außerdem durch verschiedene Kundbriefe an die Verwaltungen Anregungen der verschiedenen Art gegeben. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden in 17 Mitglieder- und 78 Sitzungen der Zahlstellen, 4 Zweigvereins- und 6 Sitzungen der Zahlstellen, 2 Zweigvereinskonferenzen und 6 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes erledigt. Der Besuch der Versammlungen kann, von Ausnahmen abgesehen, als zufriedenstellend nicht bezeichnet werden; auch standen die Versammlungen inhaltlich nicht immer auf der richtigen Höhe. Letzteres mag darauf zurückzuführen sein, daß es recht oft an Vorstandsmitgliedern mangelt, die es verstehen, die Versammlungen für die Mitglieder, anziehend und einigermaßen interessant zu gestalten; öfter auch nicht genügend Gehör und Energie besitzen, um Dinge zu verhindern, die in die Versammlungen nur einmal nicht hineingehören. Nach Lage der Sache wäre es mitunter besser, lieber einige Versammlungen weniger abzuhalten und in den inattierenden für geeigneten Stoff und den richtigen Geist und Takt zu sorgen. Mögen daher alle Mitglieder ernstlich bemüht sein, damit es in Zukunft nach dieser Richtung besser werde. Die Jahreskorrespondenz gestaltete sich folgendermaßen: Eingänge 679, und zwar 270 Briefe, 179 Karten, 125 Pakete, 108 Leuchtmittel und 6 Geldsendungen. Ausgänge (einschließlich des „Grundstein“-Verbandes) 1208, und zwar: 306 Briefe, 179 Karten, 54 Pakete, 680 Leuchtmittel, 22 Geldsendungen, 33 Bescheidener an die Zahlstellenkommission, 12 Bescheidener an Unternehmer selbst, 14 Magazinfreien an Geschäfte, 3 Anzeigen und 5 schriftliche Auskünfte an Mitglieder. Außer Führung der Hauptgeschäfte und Erledigung der Korrespondenz erweist sich die Tätigkeit des Zweigvereinsbeamten auf die Anwesenheit in 50 Mitgliederversammlungen (ausschließlich der am Orte des Zweigvereins), ferner war er in 16 Vorstandssitzungen, in 28 Besprechungen mit den Kassierern und sonstigen Verwaltungen, in 4 Zweigvereinsversammlungen und 7 Konferenzen. In 47 Tagen fanden Bauentwürfe und Baubesprechungen statt; außerdem waren 3 Sitzungen der Schlichtungskommission, 5 Vertretungen am Gericht und 38 Fahrten zwecks Revisionen, Abrechnungen usw. wahrzunehmen. Ferner hatte er auf Veranstaltung des Gauvorstandes in 20 Sitzungen und 6 Versammlungen außerhalb des Zweigvereins teilgenommen. Mit besonderer Schwerfälligkeit hatte die hiesige Sektion der Arbeiter in den verfloßenen Jahre zu kämpfen. Eine ungemein lange Arbeitslosigkeit, veranlaßt durch die Krise und den langen Winter, auf der andern Seite ein ziemlich brutales Unternehmertum, stets auf Suche sinnend für den letzten Streich, die dahin zu gehen schien, die bei uns organisierten Arbeiter möglichst auszufalten. Einmal kam noch die den organisierten Arbeitern bereitete Schmutzkontur; durch sogenannte Augenheiler und Zwischennichter. Wenn trotzdem der Zusammenhalt bei unsen Leuten nicht in die Brüche ging, so ist das den Unternehmern und deren Helfershelfern zweifellos sehr wider den Strich gegangen. Im übrigen ist das verfloßene Jahr ziemlich ruhig verlaufen; zu Arbeitseinstellungen ist es nirgend im Gebiet gekommen, obgleich für unsere Mitglieder des öfteren genügend Veranlassung hierzu vorlag. Wenn dies trotzdem nicht getraut, so haben sie damit bewiesen, daß sie inständig sind, eingegangene Beträge zu halten. Was uns dieses Jahr im einzelnen bringen wird, wissen wir nicht, das eine aber wissen wir bestimmt, daß wir schweren Kämpfen entgegengehen. Hieran läßt das Verhalten der Arbeiter im Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe und seiner Mitglieder keinen Zweifel mehr übrig. Mögen unsere Mitglieder allerorts dafür sorgen, daß sich jene kampfbewußten Herrschaften an unserer Einigkeit und Geschlossenheit ihre hochmütigen Schadel gründlich einrennen.

Göttingen. In der Versammlung am 18. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Es wurden im Berichtsjahre 91 Gebäude angeführt, wobei im Durchschnitt 400 Maurer beschäftigt waren. Die Bautätigkeit war also gut. Der Durchschnittslohn betrug 43 s. Es wurde eine Generalversammlung und 13 Mitglieder- und 13 Sitzungen der Zahlstellen, 2 Zweigvereinskonferenzen und 6 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes abgehalten. Mitglieder sind 65 neu eingetreten, von denen 19 früher schon einmal Mitglieder waren; zugereist sind 78, abgereist 100, zum Militär eingezogen wurden 12, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 5 und ausgeschieden 2. Der Kassierer gab die Quartals- und Jahresabrechnung, die als richtig anerkannt wurden. Kollege Heine erstattete den Bericht über die Kantanten. Gauleiter Wamhoff empfahl, diese Schuldscheine unterschreiben und das Geld in Noten abgeben zu lassen, ehe man sie vor Gericht stelle. Der Vorsitzende versprach, sich mit den Kollegen nochmals in Verbindung zu setzen. Die Lohnkommission erstattete dann noch den Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern. In Anbetracht der schlechten Lage habe der Vorsitzende die Notwendigkeit einer Lohnniederlegung angegeben und die Einreichung von Forderungen als unwünschenswert bezeichnet. Kollege Wamhoff erläuterte dann, was die Maurer haben möchten, wenn sie in der Lebenshaltung einem Marinesoldaten gleichgestellt sein sollten. Beschlossen wurde dann noch, in nächster Zeit ein Vergütigen abzuhalten, um auch den Wirt unseres Lokals etwas zu unterstützen.

Gronau i. S. Die am 16. Januar stattgefundene Generalversammlung unseres Zweigvereins war nur sehr mäßig besucht; nur der vierte Teil der Kollegen war erschienen. Der Vorsitzende wies bei Eröffnung der Versammlung darauf hin, daß an dem schlechten Versammlungsbesuch nicht nur die Mitglieder, sondern auch einige Gutsbesitzer Schuld trügen, indem sie den „Grundstein“, oder wie in diesem Falle, die Handzettel, erst Sonntag mittag den Kollegen ausstellten. Diesen war es dann nicht mehr möglich, zumal, wenn sie auswärts auf dem Dorfe wohnten, rechtzeitig in der Versammlung zu erscheinen. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden ergab folgendes Bild. Mitglieder- und Vorstandssitzungen fanden im Berichtsjahre zehn statt, außerordentliche zwei, Vorstandssitzungen drei und kombinierte Vorstand- und Baudelegiertenitzungen ebenfalls drei. Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1908 228 betrug, sank am Anfang des Jahres 1909 auf 173, was hauptsächlich auf die Abreise mehrerer Kollegen zurückzuführen ist, und stieg bis zum Schlusse des vierten Quartals auf 187. Wenn auch, so führte der Berichtsteller aus, die Krise die Maurer des hiesigen Zweigvereinsgebietes schwer betroffen hat, so hat sie uns doch nicht in unserer Zugehörigkeit zum Verbande wankend gemacht und hoffentlich ist die Zeit nicht allfällig, wo auch für uns bessere Zeiten wiedertreten, und auch die so feige zurückgetretenen Kollegen werden sich dann ihrer trautigen Handlungsweise bewußt werden. Der Kassierer berichtete, er habe eine Einnahme von 1622,27 und eine Ausgabe von 635,65, mithin einen Kassabestand von 1004,62. In den Vorstand wurden gewählt als erster Vorsitzender Fritz Felmes, als erster Kassierer Karl Grafstr. Beim Punkt „Revisionsbericht“ besprach man die Zahlung des Lokaltages, den einzelne Mitglieder sich weigern zu zahlen, indem sie behaupten, sie bräuchten nicht mehr nur vier zu leben. Nach längerer Diskussion wurde beantragt, die Lokalfondsarbeiten zu befehlen, an ihrer Stelle sind Vorstandsarbeiten mit einem Lokalfondsbeitrag von 5 s pro Woche einzuführen. Eine am 6. Februar stattfindende außerordentliche Generalversammlung hat sich mit diesem Antrage zu befassen, damit jedem Kollegen Gelegenheit gegeben wird, sich hierüber auszusprechen. Nachdem noch verschiedene Mißstände auf einzelnen Bauten gerügt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Hallerstadt. Am 18. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung, in der der Kassierer den Quartalsbericht erstattete. Der Kassen- und Markenbestand wurde in Ordnung befunden und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Hierauf gab der Kassierer den Jahresbericht. Die Einnahme und Ausgabe betrug für die Hauptkasse 5183,25. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2007,32, eine Ausgabe von 298,47 und einen Kassenbestand am Schlusse des Jahres von 719,85. Davon wird per Bank belegt 650. Der schriftliche Verkehr war sehr lebhaft. Es gingen ein 267 Postsendungen, aus 454 Postsendungen. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 314, am Jahres-schlusse 285. Darunter befinden sich drei Ehrenmitglieder und 21 Invaliden. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 60 Kollegen; davon waren 40 schon einmal Mitglied. Zugereist sind 272, abgereist 310, ausgeschieden ist 1, ausgeschieden sind 5, gestorben 3 und zum Militär eingezogen 5 Kollegen. In 35 Kollegen wurden 713,85 Krankenunterstützung gezahlt. Meißelgeb an Streikende 89, Reiseunterstützung im Winter an 72 Kollegen, ein Ortsbeitrag erhielten 53 Kollegen. Das Stiergebirg für drei Kollegen betrug 102,50. Die Schweden erhielten aus der Lokalkasse 50, auf Listen gesammelt wurden 125. Die Bautätigkeit war im verfloßenen Jahre sehr reger. Sie wird auch in diesem Jahre, trotzdem die Arbeit künstlich zurückgehalten wird, leblich gut werden. Im vergangenen Jahre hatten wir einen Streik von fünfzehnhalb-wöchiger Dauer, der mit einem teilweisen Erfolg endigte und uns eine Lohnniederlegung von durchschnittlich 6 s pro Stunde brachte. Es haben im Jahre 1909 29 Versammlungen und 37 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Versammlungen waren im allgemeinen nur mäßig besucht. Wenn es sich darum handelt, den Vorstand zu kritisieren, da sind die Kollegen groß; den Zweigvereinsvorstand aber bei den mannigfachen Arbeiten zu unterstützen, da hapert es ganz gewaltig. Es sind nur einige wenige regelmäßige Versammlungsbesucher und der Vorstand, die die ganze Arbeit im Zweigvereinsgebiet zu bewältigen haben. Kollegen! Dies muß anders werden. Wir gehen schwerer Zeiten entgegen. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen erneuert werden. Schon haben wir die Aufforderung von den Unternehmern zu Verhandlungen erhalten. Wie sich diese gestalten, darüber brauchen wir nicht im Zweifel zu sein; denn wer aufmerksam den „Grundstein“ liest, kann klar und deutlich erkennen, daß wir einem schweren Kampf entgegengehen. Deshalb, Kollegen, rufen wir Euch zu: Seid auf der Wacht; besucht fleißig die Versammlungen; schart Euch fest und innig um das Banner der Organisation. Dann müssen auch die Machenschaften der Unternehmer aufgedeckt werden.

Salle a. d. S. In der Mitglieder- und Vorstandssitzung am 18. Januar erläuterte Kollege Dege den Stand der Tarifverhandlungen an Orte. Er wies darauf hin, daß sich die Bezirksleiter des Unternehmerverbandes auf Grund der generellen Abmachungen in Berlin mit den Gauleitern unseres Verbandes zwecks Verhandlungen in Verbindung setzen sollten. Der für unsern Bezirk zuständige Leiter Goete suchte sich jedoch dazu nicht veranlaßt. Auf eine Anfrage von uns erklärten sich die Unternehmer zwar bereit, in Verhandlungen einzutreten, jedoch waren diese so kurz angefaßt, daß wir ablehnen mußten. Gleichzeitig teilten sie uns mit, daß die Verhandlungen rein ökonomischer Natur seien und deshalb Hauptvorstandsmitglieder oder Gauleiter nicht daran teilnehmen sollten. In einem weiteren Schreiben erluchten uns die Unternehmer, unsere Forderungen schriftlich einzureichen, wozu sich jedoch der Zweigvereinsvorstand nicht veranlaßt fühlte, da er dazu von den Mitgliedern nicht ermächtigt war. Die Verhandlungen sind also vorläufig gestoppt. Dann erstattete Kollege Müller den Quartalsbericht vom verfloßenen Jahre. Den Bericht der Bauarbeitersubkommission gab Kollege Subisch. Hieran anschließend wurden die Zustände auf dem Bau des Unternehmers Ebenrecht, die allen Schutz-

bestimmungen und hygienischen Vorschriften Hohn sprechen, einer gebührenden Kritik unterzogen. In der ungeheizten Baubude, die einem Schweineflatz ähnlich sieht, sind die Kollegen gezwungen, ihre Mahlzeiten einzunehmen. Die Abdeckung fehlt bis in die dritte Etage. Das Schuggerüst wurde erst angebracht, als der Bau bald hoch war. Als von unserm Geschäftsführer Abschiefe verlangt wurde, trat man ihm mit großer Dreistigkeit entgegen. Es soll aber hier hervorzuheben werden, daß es meistens ist an der Saumlässigkeit der Kollegen liegt, daß solche Zustände auf Bauten existieren. Es wurde dann noch beschlossen, das Wintervergütigen am 6. Februar stattfinden zu lassen.

Silbesheim. Am 23. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Jahresgeneralversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Kollege Raubinger. Daraus geht hervor, daß im Laufe des verfloßenen Jahres 88 Mitglieder- und 3 außerordentliche Versammlungen sowie 23 Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Zur Aufklärung und Belehrung wurden in verschiedenen Versammlungen und Orten insgesamt 15 Referate gehalten. Die Lohnniederlegung in Salzdetfurth hatte keinen Erfolg. Zum Teil hatten die Kollegen selbst schuld, zum andern war nicht gerade eine gute Konjunktur, weshalb der Tarif um ein Jahr verlängert wurde. In Badefensfeld hatten die Kollegen einen besseren Erfolg, indem sie 2 s Lohnniederlegung erzielten. Diese Bewegung hatte aber auch ein Nachspiel, indem drei Kollegen gemahnt wurden und es erst mehrerer Verhandlungen bedurfte, ehe diese Maßregelungen beigelegt wurden. Im Laufe des Jahres wurde an mehreren Orten mit den Unternehmern verhandelt, so in Bimbis, Salzdetfurth, G.-Dingen, Badefensfeld, Ringelheim, Salzgitter und Moberburg. Die Mitgliederbewegung war folgende: neu eingetreten sind 45, zugereist 117, abgereist 129, gestorben 2, zum Militär eingezogen 4 Kollegen, so daß ein Bestand von 333 Mitgliedern vorhanden ist. Die im Laufe des Jahres aufgenommenen Bau- und Lohnniederlegungen ergaben, daß noch 13 Lohnklassen vorhanden sind. Ob die Kollegen sich daß einmal aufrufen und diesem Uebel abhelfen werden? Die Quartals- und Jahresabrechnung wurde vom Kollegen G. Ewert verlesen. Daraus ist zu ersehen, daß im Jahre 1909 die Einnahme 4231,65, die Ausgabe 2018,78 und der Kassenbestand der Lokalkasse am Jahres-schlusse 2212,87 betrug, wovon der größte Teil jinständig angelegt war. Auf Antrag wurde dem Kassierer sowie dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Dann wurde von dem am 10. Januar stattgefundenen Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband Bericht erstattet. Es wurde absolut nichts erreicht. Der Vorsitzende meinte erklärte, die Unternehmer seien sich dahin schuldig geworden, keine Lohnniederlegung einzutreten zu lassen. Die Kollegen sprachen sich noch einzeln über das Resultat der Verhandlung aus, worauf dann eine Resolution einstimmig Annahme fand, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß sich die Unternehmer den begründeten Darlegungen der Arbeitervertreter auf Lohnniederlegung nicht verschließen werden, da mit einem Stundenlohn von 48 s heute nicht mehr auszukommen sei. Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige Mahnworte an die Versammlung und wies auf den Artikel „Bereitet Euch vor!“ in Nr. 4 des „Grundstein“ hin. Auch forderte er die Kollegen auf, mehr als bisher für die Organisation und Agitation tätig zu sein.

Sünderberg. Am 16. Januar fand im „Weißen Hof“ in Göttingen unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom vierten Quartal und der Schriftführer den Jahresbericht. Daraus ist ersichtlich, daß an die Hauptkasse 1618,84 abgezahlt wurden und die Lokalkasse einen Bestand von 303,79 hat. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1909 192. Infolge der guten Konjunktur konnte eine Lohnniederlegung von 35 auf 40 s stattfinden. Dem gesamten Vorstand wurde der Dank für seine bisherige Tätigkeit ausgesprochen und er dann einstimmig wiedergewählt. Die Kollegen Mühl und A. Schwabe erwähnten die Kollegen, die Parteiseitigkeit mehr zu lesen. Außerdem hielt Kollege Mühl einen kurzen Vortrag über die Reichsfinanzreform. Zur nächsten Versammlung soll ein Referat bestellt werden.

Waldenfeld. Am 23. Januar fand im Lokal des Herrn Kölle unsere Generalversammlung statt. Nach dem Bericht vom vierten Quartal ist der Markenumsatz gegenüber demselben Quartal des Vorjahres bedeutend gestiegen. Auch sind zwölf Eintrittre mehr zu verzeichnen. Nach dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, war die Bautätigkeit noch schlechter als im Vorjahre. Nur das vierte Quartal zeigte eine allgemeine Besserung. In allen Orten des Zweigvereins, mit Ausnahme von Mena, sind weniger Kongressionen als im Jahre 1908 erteilt. Infolge der schlechten Bautätigkeit konnte von einem absoluten Fortschritt des Zweigvereins nicht die Rede sein. Zwar sind zwei Zahlstellen, Eberkinghausen und Mummendorf, neu gegründet worden und einige Zahlstellen haben sehr gute Fortschritte gemacht. Dagegen ist in andern Zahlstellen, besonders an der oberen Wolme, infolge der schlechten Bautätigkeit ein Rückgang der Mitgliederzahl eingetreten. Lohnbewegungen hatten wir in Schalksmühle und Weinerzhagen, die in Schalksmühle mit vollem und in Weinerzhagen mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Der Vorsitzende erwähnte noch, daß wir mit dem Jahre 1909 auf ein zehnjähriges Bestehen des Zweigvereins zurückblicken könnten. Wenden Strauß habe die Organisation mit den Unternehmern in dieser Zeit durchzuführen geholt. Auch Kämpfe blieben uns nicht erspart. Durch einen dreitägigen Streik im Jahre 1904 und eine sechsmonatige Aussperrung im Jahre 1905, die beide zu unsern Gunsten beendet wurden, war es möglich, den Lohn innerhalb der zehn Jahre ganz bedeutend zu erhöhen. Bei Gründung des Zweigvereins betrug der Höchsthundenlohn 7 s; heute beträgt der Mindestlohn 62 s. Das bedeutet eine Steigerung des Stundenlohnes innerhalb der zehn Jahre um 15 s oder des Jahreseinkommens von circa 1800. Dafür haben die Kollegen im Durchschnitt pro Jahr kaum 21 für die Organisation geopfert. Natürlich haben auch diejenigen die Vorteile genossen, die seither abseits ihrer kämpfenden Brüder gestanden haben. Ob sie es verdient haben? „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der kämpfend sie erobert muß.“ Die Lokalkasse schloß mit

einer Einnahme (inklusive M 1042,44 Kassenbestand) von M 4905,08 und mit einer Ausgabe von M 3789,35 ab. Mit hin betrug der Kassenbestand am 1. Januar d. J. M 1105,43. Nachdem dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt war, wurde er einstimmig wiedergewählt. Von den 24 Stellen war leider nur Alena vertreten.

(Zu dem Dönungiantenstück.) Am 24. Januar fand eine Sitzung mit dem Vorstande des christlichen Verbandes statt, die sich mit der Angelegenheit befahte. Geleitet wurde diese von dem christlichen Sekretär Jang-Hagen. Auch Mosler war anwesend. Herr Jang erklärte, daß auch sie Schritte unternommen hätten, um zu erfahren, wer der Schreiber der Karte sei. Er habe sich dieserhalb an Herrn Feldmann gewandt und zur Antwort erhalten, daß tatsächlich die Karte von Nikolaus Mosler unterzeichnet gewesen sei. Trotzdem bestritt Mosler auch jetzt noch seine Täterschaft und Herr Jang erklärte, für sie liege keine Veranlassung vor, an der Glaubwürdigkeit Moslers zu zweifeln, und das, obwohl auch die Schriftvergleiche für uns Laien jeden Zweifel unterbänden. Als darauf Kollege Schmidt erklärte, „dann ist ja jede weitere Verhandlung zwecklos, wir werden dann öffentlich erklären: Mosler ist der Täter, dann sieht ja der Weg offen, uns zu verlassen,“ antwortete Jang: „Klagen werden wir nicht; denn sonst können wir, wenn ihr versurteilt werdet, weil ihr kein Geld habt, doch noch die Kosten bezahlen.“ Im übrigen hätten sie, Jang, zu glauben, daß ein ganz anderer der Schreiber der Karte sei; es sei leicht möglich, daß Kollege Weigel die Karte selbst geschrieben habe, um sich als Märtyrer hinzustellen. (11.) Daß es da mit unserer Geduld vorbei war, wird man begreifen. Kollege Weigel erklärte, er werde nunmehr Klage erheben.

Siegen. Am 23. Januar tagte unsere Generalversammlung, in der der Vorsitzende den Jahresbericht gab. Er betonte die Zunahme der Mitglieder, führte aber auch an, daß im südlichen Teil unseres Lohnbezuges im Laufe des Jahres noch eine lebhafteste Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder notwendig sei. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, worauf man ihn, da Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden wurden, Entlastung erteilte. Dann wurde der jetzige Vorstand wiedergewählt. Der Kassierer hatte den Kollegen Reinhardt, der in Leipzig Lehrstunden gearbeitet hatte und deshalb wegen Verhörs gegen die Versammlungsbefehle ausgeschlossen war, wieder aufgenommen. Die Versammlung erklärte die Mitgliedschaft Reinhardts für ungültig, weil sie den Voraussetzungen des § 18 des Statuts nicht entspricht. Dann gab Kollege Albrecht noch einen Überblick über den Stand der Tarifverhandlungen, worauf der Schluß der Versammlung erfolgte.

Mannheim. (Jahresbericht.) Das Jahr 1909 hat für unsere Zweigvereine wenig Erfolgreiches gebracht. Von der Tarifbewegung 1908, die hier bekanntlich recht verheerend gewirkt hatte, waren die Spuren auch in diesem Jahre noch nicht verwischt. Daß unsere Mannheimer Kollegen; die unter ausnahmsweise teuren Lebensunterhaltskosten und niedrigen Löhnen leiden, im Jahre 1908 nicht zu ihrem Recht gekommen sind, wird ihnen kein Wunsch, der Verständnis für die Sache hat, freilich machen wollen. So ist es aber noch recht vielen Kollegen in anderen Städten ergangen, die aber trotzdem die bittere Pille schluckten, und weiter ihre Pflicht in der Organisation taten, um das bald nachholen zu können, was ihnen im Jahre 1908 verweigert war. Als dann der Verbandstag in würdiger Weise seinem Willen Ausdruck gegeben und konfirmiert hatte, daß die Verbandsvertreter nach bestem Wissen für das Wohl des Verbandes gewirkt hatten, ging man überall ans Werk, neue Waffen zu schmieden. Zu unserem Zweigverein hielt man dies nicht für notwendig, fanatisch und oft in recht gefährlicher Weise wurde von einem erheblichen Teil unserer Kollegen an dem Geschehenen herumgerungen, und bei jeder Gelegenheit, wo ihnen Pflichten auferlegt werden sollten, wurde das alte Stedenverder herbeigezogen. Der Minorität, die aus der Zeit gelernt hatte, schenkte man kein Gehör. Dies Gebahren erschwerte auf allen Gebieten die Organisationsfähigkeit. Das nächste Opfer der Unverständlichkeit war der Kollege Sauer, der am 1. April 1909 sein Amt als Geschäftsführer niederlegte. Warum er es vorgezogen, lieber wieder mit Hammer und Stöcke zu arbeiten, mag jeder selbst beurteilen. An dessen Stelle wurde Kollege Krug berufen. Die Zustimmung warf ihre Schatten auch auf eine Anzahl Zastellenverwaltungen, so daß der geschäftliche Verkehr außerordentlich erschwert wurde. Von den 41 Zastellen und zwei Sektionen, waren es immer nur zwei bis drei, die die Aufträge einigermaßen pünktlich erfüllten. Dadurch ist selbstverständlich die Führung einer brauchbaren Statistik ausgeschlossen. Die Folge davon ist aber auch, daß die Zweigvereinsverwaltung dem Hauptvorstand gegenüber ihren Pflichten nicht genügen kann. So ist es denn einige Male vorgekommen, daß der Verbandsvorstand uns mahnen mußte. Mögen unsere Zastellenverwaltungen hier von Kenntnis nehmen und die Sammelstelle abschütteln. Am schlimmsten war die Wirkung dieser Querstreiberieen auf den Mitgliedsstand. Unmittelbar nach der Bewegung 1908 hatte sich eine Gesellschaft gebildet, deren Aufgabe darin bestand, die Angestellten der Gewerkschaft herabzuwürdigen und die Kollegen gegen diese aufzuheben. In jedem andern Bezirk, wo der Organisationsgedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist, wären sie mit ihrem trüblichen Spiel nicht weit gekommen. Hier in Mannheim; wo die Organisation verhältnismäßig jung, und die große Mehrzahl der Mitglieder in wirtschaftlichen Kämpfen noch unerfahren war, verfehlte dies elende Schreiben seine Wirkung nicht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 1908 noch 3142. Dann begann die Geheer. Ihr Erfolg zeigt sich in folgenden Zahlen: drittes Quartal 1908: 2166, viertes Quartal 1908: 2011, erstes Quartal 1909: 1748, am Schluß des Jahres 1909 betrug sie 1751. Im Jahre 1904, als man sich hier, nach ungefähr 20 Jahren, wieder einmal mit einer Lohnbewegung beschäftigte, zeigte sich etwas Begeisterung, die große Menge aber stand dem Zusammenbruch steifisch gegenüber. Als es aber dem Verband gelungen war, im Anfang des Jahres 1905 den ersten Tarifvertrag abzuschließen, wodurch der Stundenlohn von 43 Pf auf

54 Pf erhöht wurde, waren die Massen der Organisation zugänglich. In den nächsten Jahren gelang es uns, in der Umgegend Zastellen zu gründen, und die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die eifrigste Arbeitszeit wurde auf zehn Stunden reduziert, der Lohn von 40 Pf auf über 50, bis 54 Pf erhöht. Das war Arbeit genug für die Verwaltung, und es ist darum zu verstehen, daß es mit der gewerkschaftlichen Bildung und Aufklärung recht schwach bestellt blieb. Nur der Mangel an Erkenntnis war die Ursache, daß ein erheblicher Teil abschwankte und mit in das Geseul dieser Lokalfisten einstimme. Doch nicht zu dem Zweck, sich dieser Sonderbündel anzuschließen, nein, nur um deren Verleumdungen als Vorwand zu benutzen, dem Verbands den Rücken zu kehren, und der ihnen lästigen Beitragszahlung aus dem Wege zu gehen. Auf diese Weise ging es seit der Bewegung 1908 rüdwärts, bis ins erste Quartal 1909. Ziehen wir nun von dem Rückgang 373 ab, dies sind die Mitglieder der Zastellen Worms und Frankenthal, die seit dem zweiten Quartal 1908 einen selbständigen Zweigverein bilden, so bleibt die ungläubliche Zahl von 1025 Ausgetretenen. Diese sind die Opfer der Unkenntnis und Geheer. In eine Preispolitik haben wir uns mit den Lokalfisten nicht eingelassen, werden es auch vermeiden, so lange uns nicht die Notwendigkeit dazu zwingt. Um ihr Organisationsverhältnis festzumachen, wir uns wenig. Mitglieder sollen in Mannheim 30 und in Siefenheim 50 sein; ob es zutrifft, können wir nicht behaupten. Sie werden bald abgewirtschaftet haben. Aber die Laten und Früchte ihrer Arbeit müssen einmal gekennzeichnet werden und zwar deshalb, weil sie sich stets als „Klassenkämpfer“ bezeichnen und die Arbeiter zu Klassenkämpfern erziehen“ wollen. Hier haben sie das Gegenteil getan, indem durch ihre Geheer circa 1000 Kollegen dem Indifferentismus überliefert wurden. Sie wollten zu genau, daß diese Leute nicht mit ihrer Idee zu tun haben wollten, daß diese Masse nicht idealistisch veranlagt, sondern in ihrem ganzen Denken und Streben nur auf materielle Vorteile gerichtet war. Sollten aber zielbewußte Kämpfer aus ihnen gemacht werden, dann müßten sie organisiert bleiben. Da die Geheer aber trotzdem nicht aufhörte, so kann ihre Laffit nur darauf gerichtet sein, den bestehenden Verband zu ruinieren, die Widerstandskraft der Maurer Mannheimer-Lohnbezugs zu brechen. Es wäre im Jahre 1909 noch weiter rüdwärts gegangen, wenn wir nicht eine energische Gegenaktion entfaltet hätten. In 119 Zastellenversammlungen, 9 Zweigvereinsversammlungen und 5 Generalversammlungen wurde Umrüstung geschaffen; der Rückgang wurde damit gestoppt. Wenn wir die Mitgliederzahl auch nicht vorwärts bringen konnten, so blieb sie doch stabil. Diese 1750 Mitglieder haben die innere und äußere Krise bestanden, sie werden sich zu zielbewußten Kämpfern ausbilden; an Unkenntnis werden wir es nicht fehlen lassen. Am wünschenswertesten ist es auf den Baustellen zu sein, dort noch ein ehrlieh denkender Kollege ein Wort für den Verband einbringen wollte, wurde ein jämmerliches Geseul angestimmt. Die Verleumdungen der Angestellten des Verbandes waren geradezu haarsträubend. Diese Geheer gefiel den Unternehmern und deren Schergen recht gut. Was die Unternehmern durch einen Kampf wollten, die Unsicherheit der Arbeiter und die Zerstückelung der Organisation, brachten ihnen die Maurer selbst freiwillig entgegen. Die unumschränkte Alleinverehrung, die den Unternehmern in den letzten Jahren vorzuziehen war, ist ihnen wieder zurückgegeben worden. Der alte Herrenhandpunkt kam wieder zum Vorschein und rüchschistos wurde die Ausbeutung der Maurer gesteigert. Die Bautätigkeit in Wohnungsbauten hatte sich gegen das Jahr 1908 gebessert. Die Zahl der beschäftigten Maurer in den Stadtteilen Mannheim und Ludwigshafen stieg von 1042 im Jahre 1908 auf 1225 im Jahre 1909. Die leerstehenden Wohnungen vermehrten sich in Mannheim von 1002 im Jahre 1908 auf 1270 im Jahre 1909, oder von 2,59 pSt. im Jahre 1908 auf 3,16 pSt. im Jahre 1909 aller vorhandenen Wohnungen. Die Bautätigkeit für gewerbliche Zwecke war dagegen bedeutend eingeschränkt. Der in Annin-fabrik wurden z. B. in den Jahren der Prosperität 400 bis 500 Maurer beschäftigt, 1909 waren es nur 40 bis 50. Die schlechte Arbeitslage war ein weiteres Mittel für die Unternehmern, die Maurer nach Herzenslust zu vergewaltigen. Durch all diese Umstände war der Einfluß der Organisation auf das Arbeitsverhältnis stark beeinträchtigt. Mißstände über Mißstände bildeten sich. Die Behandlung war meist grob und brutal. Da aber die Einigkeit und Fühlung unter den Maurern verloren war, mußten sie alles geduldig über sich ergehen lassen. Nur in einzelnen Fällen wehrten sich die Kollegen. Erst auf wiederholte Aufforderungen, bei Platzversammlungen und sonstigen Gelegenheiten, wurden uns Beschwerden über ungedrehte Behandlung und sonstige Mißstände mitgeteilt. Es wurden im zweiten Quartal 9, im dritten Quartal 21, im vierten Quartal 9, zusammen 39 Differenzen erlebt. Davon endeten 28 mit vollem Erfolg; von diesen waren 3 mit Arbeitsentlohn verbunden, 6 mit teilweisem Erfolg, 5 beliefen sich resultatlos. Von den 34 mit Erfolg endenden Differenzen handelte es sich in 5 Fällen um Verschlechterung der Lohnbedingungen, in 11 Fällen um Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, in 6 Fällen um schlechte Behandlung, in 6 Fällen um Verschlechterung des Affordbaris, in 6 Fällen drachten die Parteiführer den Affordbaris nicht richtig zur Auszahlung. Dies Bild zeigt, wofür der Weg führt. Dabei sind aber noch eine Menge anderer Mißstände, z. B. bei den Bauarbeiten, die zum Teil unter aller Kritik sind. Da gibt es solche, die mehr einem Baugewerkschaften ähnlich sehen, als einem Aufenhaltort für Menschen, die darin ihre Wurzeln einnehmen sollen. Viele sind nicht wind- und wasserfest, andere sind zu klein usw. Daran sind aber unsere Kollegen meist selbst schuld, da ein großer Teil es vorzieht, seine Wahlzettel in den Wirtschaften einzulegen. Andere Kollegen, die nicht nach der Wirtschaft wollen, und die dadurch verursachten Mehrausgaben lieber zu nützlicheren Zwecken anwenden wollen, haben unter diesem System zu leiden. Am alle diese Mißstände festzustellen, waren im Laufe des Berichtsjahres vier Baudelegations-sitzungen angelegt. Sie waren so schlecht besetzt, daß es

sich erübrigt, darüber zu berichten. In der Zastelle Godenheim hatten die Unternehmern den Vertrag gekündigt, mit der Begründung, 1909 nicht mehr mit organisierten Maurern arbeiten zu wollen. Diese Unternehmern waren naiv genug, nicht einzusehen, daß derartige Drohungen an der Einigkeit der Godenheimer Maurer nicht rütteln konnten. Als Antwort forderten die Kollegen eine Lohnerhöhung von 2 3/4 pro Stunde. Nach langem Bögen mußten die Herren doch in den lauten Applaus beifallen und mit den verhassten organisierten Maurern wieder einen neuen zweijährigen Tarifvertrag abschließen, der die Erhöhung des Stundenlohnes von 48 Pf auf 50 Pf vorsah. Waren sich die Kollegen im ganzen Zweigverein so einig geblieben, dann wäre manches anders gekommen. Um nun in der ferneren Zeit mehr Interesse an der Organisationsarbeit zu erwecken, wurde eine Reorganisation der Generalversammlungen vorgenommen, die sich nunmehr aus Delegierten der Zastellen zusammensetzen. Auf diese Weise ist es möglich, die Beschlüsse und Maßnahmen der Generalversammlungen im ganzen Zweigvereinsgebiet zu verbreiten, zugleich ist jeder Zastelle Gelegenheit gegeben, an allen Unternehmungen mitzuarbeiten. Das war bisher nicht der Fall; die Wünsche und Arbeiten der Generalversammlungen gingen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht über die Stadtgrenze hinaus. Die Kassenverhältnisse haben unter der Krise ebenfalls gelitten. Durch den Rückgang der Mitgliederzahl gingen auch die Einnahmen wesentlich zurück. Die Ausgaben dagegen blieben die gleichen, da ja auch der Verwaltungsapparat der gleiche blieb; die eigenartigen Verhältnisse erforderten sogar eine größere Tätigkeit. Die Gesamteinnahmen für Beiträge, Extramarren, Erbschüsse betragen M 31 605,80; ausgegeben wurde u. a. an Krankenkassen M 799,29, für Sterbeunterstützung M 805; der Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen betrug M 7820,91, an die Hauptkasse abgedandt wurden M 12 784,25. Die Gesamteinnahme der Lokalfisten betrug mit Kassenbestand M 25 008,07, die Gesamtausgabe M 13 588,98, der Kassenbestand betrug am Jahreschluß M 11 419,09. Der Bericht dürfte die Ursachen gezeigt haben, die ein Fortwärtkommen hinderten. Die volle Kraft der Verwaltung wurde in Anspruch genommen, um das Bestehende zu erhalten. Entlich befreit waren wir, Besseres zu schaffen. Wenn es in diesem Jahre nicht möglich war, dann muß die nächste Zeit dazu benutzt werden. Aber nicht die Verwaltung allein kann es tun; die Macht der Organisation sind die Mitglieder, die wir hiermit zu reger Mitarbeit auffordern.

Mülheim a. Rh. Am 18. Januar hielt die ständige Zastelle ihre Jahresversammlung ab. Kollege O. Krämper führte in seinem Jahresbericht ungefähr folgendes aus: Wenn wir einen Rückblick auf das verfllossene Jahr werfen, so können und müssen wir wohl sagen: An notwendiger Arbeit im Interesse der Organisation hat es nicht gemangelt, wohl aber hat es an Kollegen, die zur Verwirklichung dieser Arbeiten erforderlich waren, gemangelt. Bei der Hausagitation, verbunden mit Flugblattverbreitung, im Frühjahr war die Beteiligung so schwach, daß von einem Erfolg nicht die Rede sein konnte. Dies mußte bei der diesjährigen Flugblattverbreitung anders werden; nicht ein einziger Kollege dürfte sich dieser Pflicht entziehen. Auch der Versammlungsbesuch mußte als schlecht bezeichnet werden, mit Ausnahme zweier öffentlicher Bauarbeiterversammlungen, die direkt nach Feierabend stattfanden und von denen man wohl sagen kann, daß sie gut besucht waren. Das kam daher, daß die Kollegen geschlossen von der Baustelle zum Versammlungslokal gingen und somit einen gewissen Druck auf die laien Kollegen ausübten. Neuaufnahmen hatten wir dieses Jahr 14 auf 50 z. und sieben auf M 1.50. Von der christlichen Organisation traten zwei Kollegen zu uns über. Der Marktvorverkauf hat sich im vergangenen Jahre gegen das Jahr 1908 um etwas erhöht. Dieses fällt ins Gewicht, wenn wir bedenken, daß wir auch hier noch mit einer sehr miserablen Bautätigkeit zu rechnen hatten, wozu sich schon daraus, wozu wir etwa 80 pSt. mehr Arbeitslosenzahlen bezahlt haben als 1908. Weiter bedeutete Redner nochmals den „Zucht-haustarif“ und forderte die Kollegen zur tatkräftigen Mitarbeit auf, damit es den Unternehmern nicht ein zweites Mal gelüfte, uns mit solchen menschenwürdigen Dingen zu belästigen. Hierauf gab der Kassierer E. Krämper den Kassenbericht, der als richtig anerkannt wurde. Die Versammlung sprach der Gesamtverwaltung einstimmig ihr Vertrauen aus. Bei der Verhandlung der erste Vorliegende und der Kassierer wiedergewählt, alle ändern neu gewählt. Zur bevorstehenden Reichstagsparlament wurden dem Wahlkomitee M 30 aus der Lokalfiste bewilligt. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Mülheim-Dechhausen. (Jahresbericht.) Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Werner erstattete den Kassen- und Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die wirtschaftliche Krise innerhalb des Zweigvereins noch nicht geschwunden ist. Während im Bezirk Mülheim die Bautätigkeit etwas lebhafter war, als im Vorjahre, war im Dechhauser Bezirk eine weitere Verschlechterung zu bemerken, was aus der vorgenommene Statistik deutlich hervorgeht. Während im Jahre 1908 noch 688 Maurer und Bauarbeiter in Oberhausen beschäftigt waren, waren es im Jahre 1909 nur noch 492. In Mülheim dagegen hatten wir im Jahre 1908 als höchste Mitgliederzahl 136, 1909 aber 207. Trotz der ungünstigen Verhältnisse sind im Berichtsjahre etwas über 1000 Beitragsmarken mehr als 1908 verkauft worden. Die Lokalfiste erhöhte ihren Kassenbestand auf M 761,71 auf M 1009,96, während sich die Verwaltungskosten von M 3919,20 auf M 3711,30, also um M 207,90 verringerten. Die Arbeitsfreudigkeit für die Organisation war auch im vergangenen Jahre recht mäßig, wenn auch anerkannt werden soll, daß ein geringer Teil der Kollegen seine Schuldigkeit getan hat. Zu hoffen ist, daß der andere Teil durch die Maßnahmen der Unternehmern freier genug aufgeweckt wird und den Ernst der Situation erkennt, ehe es zu spät ist. Der Arbeitsnachweis wurde von unsern Kollegen ebenfalls steifmützlich behandelt. Ein großer Fehler ist es von den zureichenden und um Arbeit fragenden Kollegen, daß sie sich, wenn ihnen Arbeit nachgewiesen wird,

nicht wieder bliden lassen. Hierdurch geht die Kontrolle verloren und der Beamte ist nicht in der Lage, feststellen zu können, ob die nachgewiesenen Stellen frei oder besetzt sind. Dies muß im neuen Jahr unbedingt anders werden. In Stryum und Oberhausen mußten drei Sperren verhängt werden, weil die Unternehmer sich nicht an den Tarif gewöhnen konnten. Leider war die Zahl der Streikbrecher zu groß, um einen vollen Erfolg dabei erzielen zu können. Am behauerlichsten war dies an der Herz-Jesu-Kirche in Oberhausen, wo der Unternehmer Reiffen-scheidt, weil er eine Klage am Gewerbegericht verloren hatte, folgendes Geistesprodukt von sich gab:

Jeder bei mir in Arbeit Tretende bezw. schon Tretende erklärt sich mit nachfolgenden Bedingungen einverstanden.

§ 1. Das Arbeitsverhältnis wird ohne gegenseitige Kündigung gelöst (Kündigung findet nicht statt). — § 2. Der Lohn, welcher dem Entlassenen bezw. Aus-tretenden zuzut, wird an dem auf den Austrittstag folgenden Sonntag bezahlt. — § 3. Sollten Differenzen bezw. Lohnstreitigkeiten vorkommen, soll das Gewerbe-gericht außer Frage gestellt und sämtliche Rechtsstreitig-keiten dem Gerichte in Wülheim-Nuhr unterworfen sein. § 4. Jeder bei mir in Arbeit Tretende oder noch Ein-tretende erklärt, seiner Organisation anzugehören. Sollte derselbe einer solchen angehören, verpflichtet er sich, sofort aus derselben auszutreten. — § 5. Sollte trotzdem versucht werden, nach § 4 Organisiert ins Ar-beitsverhältnis bei mir zu kommen, so erklärt sich der- selbe damit einverstanden, nach Feststellung einer Or-ganisationsangehörigkeit § 20 von seinem Lohne nach-zulassen, welche dem Unternehmer zur freien Verfügung für einen Archivalien oder öffentlichen Zweck dienen sollen. — Mit diesen Arbeitsbedingungen erklären sich beide, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer durch Unterfertigung einverstanden.

Oberhausen, 23. August 1909.

S. Reiffen-scheidt.

Trotz dieses erbärmlichen Produkts hielten es einige Leute nicht für nötig, sich mit den anständigen Kollegen solidarisch zu erklären. Einer dieser Hechte (namens Janzen) spielte den Seelenverkäufer, und es gelang ihm auch wirklich, soviel Individuen zusammenzubringen, um die Sperre wirkungslos zu machen. Die Folgen davon waren verschiedene Strafmandate und eine Anklage gegen die Beamten wegen Schutzmannsbeleidigung. Vom Haupt- vorstand erhielten neun Kollegen Rechtschutz. An Ge- werberichtsungen wurden auf dem Zweigvereinsbüroau 42 angefertigt und zum Teil von den Angestellten ver- treten. Hier von wurden 29 Klagen gewonnen, in denen unsere Kollegen M 1022,40 zugesprochen wurden; eine wurde durch Vergleich erledigt, sechs verloren, bei fünf ist der Ausgang unbekannt und eine Klage ist noch nicht erledigt. — Der Bericht wurde gutgeheißen und die Neu- wahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Kollege Jakob Wolf, als Kassierer Joh. Werner wieder- gewählt. Mit dem Wunsche, daß in der uns bevorstehen- den ersten Zeit jeder einzelne Kollege seiner Pflicht nach- kommen möge, schloß der Vorsitzende die anregend ver- laufene Versammlung.

Nürnberg. (Zahlstelle Gunzenhausen.)

Am 16. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Ziegler über die Absichten der Unter- nehmer in diesem Jahre referierte. In nächster Zeit soll eine allgemeine Bauarbeiterversammlung einberufen werden. Unsere Kollegen werden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß auch die Unorganisierten dazu erzhören; denn es wird höchste Zeit, daß auch diese hartnäckigen Köpfe zur Vernunft kommen, damit endlich der alte Sclenbrian am Orte aufhört.

Odero. i. Ostr. Unsere Generalversammlung tagte am 23. Januar. Kollege Gebl-Danzig schilberte den Gang und das Resultat der bisherigen Verhandlungen der Parteien im Baugewerbe, verurteilte scharf die Haltung der Unternehmer und forderte zum feilen Zusammenhalten der Kollegen auf, zumal ja auch in Odero der bestehende Tarif ablaufe. In der Diskussion betonte Kollege Zulewski, er könne es nicht verstehen, daß der Hauptvor- stand noch keine Etzta beiträge ausgesprochen habe. Es müsse unbedingt der Hauptvorstand veranlaßt werden, angeichts der sehr ernstlichen Situation von den Mitgliedern eine Extratrategie zu erheben. Volk man sich nicht dazu verziehen, solche Extratrategie wie im Jahre 1907 zu er- heben, so sollte der Vorstand wenigstens während der be- tragsfreien Zeit von jedem arbeitenden Kollegen in jeder Woche eine 50 s-Markte erhoben bezw. ausgeschrie- ben haben mit der Bestimmung, daß der ganze Betrag der Hauptkasse zugeführt werden müsse. Da das nicht ge- schehen sei, so müsse der Verbandstag die Erhöhung des Beitrags um 10 s beschließen. Der höchste Bei- trag müßte bereits in der ersten Beitragswoche gezahlt werden. Ohne weitere Debatte erklärte die Versammlung einstimmig ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Kollegen Zulewski. Nachdem der Vorstand neu gewählt worden war, teilte der Vorsitzende mit, daß er sich um ein anderes Versammlungsort bemüht und auch die Zustimmung des Inhabers des in Aussicht genommenen Lokales erhalten habe. Nach einigen Tagen jedoch sandte Herr Wadginski folgendes Schreiben an den Zweigvereins- vorstehenden:

Odero, den 18. Januar 1910.

Herrn Zulewski, hier.

Teile Ihnen höflichst mit, daß ich keine Versamm- lungen in meinem Restaurant abhalten darf. Die Polizei ist nämlich dagegen.

Sodachstend

S. Wadginski.

Zulewski betonte, daß nun wohl jeder Kollege genau wissen werde, wo er seine Gruben bezuziehen werde; je- denfalls nicht bei einem Manne, der auf Arbeiterfundschaft angewiesen sei und sein Lokal der Arbeiterschaft zu Ver- sammlungen vorenthalte. Das Lokal entspricht zweifellos den behördlichen Vorschriften. Der Versammlungssaal hat drei große Fenster und zwei Türen und ist auch gut 3 m hoch. Von Bauqualität des Gebäudes kann auch keine Rede sein. Wenn der Herr die Wahrheit geschrieben hat (woran man kaum zweifeln kann; denn er war es,

der dem Kollegen Zulewski sein Lokal des öfteren an- geboten hat), so haben wir es hier wieder mit den be- fannten polizeilichen Geklimmen und Saalabtreiberen zu tun. Eine feine Illustration zur „lokalen“ Handhabung des Vereinsgesetzes.

Potsdam. In der Mitgliederversammlung am 18. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach war das abgelaufene Geschäftsjahr im allgemeinen ruhig. Einige Differenzen mit den Unternehmern wurden in Güte beigelegt. Am Schlusse des Jahres waren 350 Mit- glieder vorhanden; hierunter befindet sich ein Ehrenmit- glied. Neu eingetreten sind im Berichtsjahr 64 Kollegen; hier von waren 21 schon früher einmal Mitglied. Zugereist sind 56, abgetreten 60, ausgetreten 4, gestorben 2, zum Militär eingezogen 8, wegen rüdfständiger Beiträge ge- strichen 3 Mitglieder. Der gegenwärtige Bestand der Lokalkasse beträgt M 2597,86. Unter den Ausgaben der Lokalkasse im Berichtsjahre sind u. a. auch folgende Posten: Persönliche Verwaltungskosten M 618,95, sachliche Verwal- tungskosten M 872,70, für 1192 Arbeitslosensmarken à 25 s an Kollegen, die länger als eine Woche arbeitslos waren, M 298,25, an die Schweben M 400, an das Gewerkschafts- kartell und die Arbeiterbibliothek M 189,75, für den Partei- tag M 40, Unterstüfung in Notfällen M 90, an reisende Mitglieder M 16,90. Mitgliederversammlungen, deren Besuch leider im Berichtsjahr außerordentlich schlecht war, fanden 13 statt. Soffentlich bringt das neue Jahr hierin Wandel. Für 1910 wurden in den Vorstand gewählt: H. Richter als erster Vorsitzender und R. Guth als erster Kassierer.

Rathenow. In unserer Generalversammlung am 17. Januar gab der Kassierer seinen Bericht. Die Lokal- kasse hatte eine Jahreserinnahme von M 3257,25 und eine Ausgabe von M 1075,78; der Bestand beträgt M 2181,47, wovon M 1877,07 auf der Sparkasse belegt sind. Die Haupt- kasse schloß in Einnahme und Ausgabe mit M 4918,83 ab. Insgesamt wurden 8494 Wochenbeitragsmarken umgesetzt, darunter waren 602 für Arbeitslose. Der Vorsitzende be- sprach den Versammlungsbefuch; auch in diesem Jahre haben einige Mitglieder keine einzige Versammlung be- suchigt. Bei den Verhandlungen, über die der Vorsitzende be- richtete, ist rein gar nichts herausgekommen. Man möge nur die Satire „Weiße Salbe“ in Nr. 2 des „Grundstein“ lesen, die scharf die Verhandlungskomodie richtig. Bei der Vorstandswahl wurde Germann, Vordorff zum ersten Vorsitzenden und Franz Podatz zum ersten Kassierer gewählt. Nach einer ermunternden Ansprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neustingen. Am 23. Januar fand im Gasthof „Zur Rose“ in Sondelfingen unsere diesjährige, gut besuchte Generalversammlung statt. Der Kassierer verlas die Ab- rechnung vom vierten Quartal und den Jahresbericht, die genau stimmten. Darauf wurden einstimmig die alten Vorstandsmittelglieder wiedergewählt. Kollege Ernst Weg referierte über „Zarverhandlungen, Kündigung des Ver- trags und Vertragsabschluss“. Nach gemüthlichen und frohen Stunden verließen die Kollegen den Saal in bester Stimmung.

Noske. Der hiesige Zweigverein hielt am 9. Januar seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Soppe gab einen ausführlichen Jahresbericht. Er kam dabei auf die vor zwei Jahren gegründete kleine Organisation zu sprechen, durch die es möglich war, die von den Unter- nehmern abgelaufene Lohnerhöhung durchzusetzen. Im Jahre 1908 brachten die Kollegen den Lohn, obwohl sich die Unternehmer sträubten, von 40 auf 43 s, und im April 1909 wurde auch die Lohnerhöhung von 43 auf 45 s von den Unternehmern zugefagt, was hier einen großen Fort- schritt bedeutet. Um nun einen Druck auf die Organi- sation auszuüben, wurde uns unser Versammlungsort abgetrieben. Da nun in Noske sämtliche Lokale unsere Aufnahme verweigerten, so suchten wir nach Vork über- wo wir bei dem Gastwirt Peters Aufnahme fanden. Leider find in unserm Nachbarort noch viele Kollegen, die den Zweck und den Nutzen einer Organisation noch nicht einsehen wollen; wir hoffen aber, sie nach und nach alle heranziehen zu können. Sodann wurde zu der Wahl des Vorstandes geschritten, die nicht viel Schwierigkeiten machte, da sämtliche Vorstandsmittelglieder die Wahl wieder annahmen. Nach Erlebigung mehrerer drücklicher An- gelegenheiten schloß sich an die Versammlung eine Quartalfest an.

Schwern i. M. (Jahresbericht.) Das Jahr 1909 war, wie die vorhergehenden, für unsern Zweigverein nicht besonders günstig. Wurden doch, alle unsere Hoffnungen auf Besserung der Konjunktur zu Wasser. Am 1. März hielten die drei Berufe der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine gemeinsame Arbeitslosenversammlung ab, wo einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den Magistrat zu erzhören, die geplanten und bereits genehmig- ten Arbeiten baldigst in Angriff zu nehmen. Auch dieser Wunsch wurde abgelehnt mit der Begründung, daß Ar- beiten, wo eine größere Anzahl Arbeitsloser beschäftigt werden könnten, nicht vorlägen. Infolge des eingetretenen Tauwetters kamen zu Oftern die Mehrzahl der Kollegen in Arbeit. Im Spätommer hatten wir allerdings schon wieder eine große Zahl Arbeitsloser zu verzeichnen, von denen viele gedungen waren, auf den Dörfern in der Um- gegend für einen weit niedrigeren Lohn zu arbeiten. An- dere gingen nach Wendigung der Aussperrung nach Ham- burg, wo sie teilweise heute noch arbeiten. Für das Jahr 1910 sind allerdings schon größere Arbeiten in Angriff genommen, andere stehen in Aussicht, so daß man wohl im allgemeinen auf Besserung hoffen kann. Allerdings wissen wir heute noch nicht, was uns der 1. April bringt. Ist doch auch unser Zweigverein einer von denen, too zum 30. März der Tarif abläuft, und was die Unternehmer in diesem Jahre wollen, ist jedem satfam bekannt. Es muß dies daher allen Rässigen und Säunigen ein Unsporn zur festeren Schließung unserer Reihen sein. Der Ver- sammlungsbefuch muß in erster Linie besser werden; denn nur in gut besuchten Versammlungen ist es uns möglich, Waffen zu schmieden, um eventuell dem Feinde gerüstet gegenüberzutreten zu können. Auch der politische Bewegung müssen die Kollegen mehr als bisher gedenken. Steht doch die Mehrzahl unserer Kollegen hier am Orte, dem

Bauverein interesselos gegenüber, obwohl durch die Reichs- finanzreform jedem Kollegen die notwendigen Verbrauchs- artikel für den täglichen Lebensunterhalt verteuert worden sind. Jeder denkende Kollege müßte sich nach der Ursache dieser Verteuerung fragen, und Aufklärung hierüber, wo solche noch nicht vorhanden ist, kann man hauptsächlich durch die Arbeiterpresse erhalten. Für uns ist dies die „Medlenburgische Volkszeitung“. Aber auch hier fehlt den Kollegen noch vielesach das Klassenbewußtsein, sie lesen lieber die gewerliche Presse, und zum Dank dafür über- schüttet diese die Arbeiterklasse täglich mit Spott und Hohn. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich folgendermaßen: Im ersten Quartal waren 169 Kollegen vorhanden, im zweiten 173, im dritten 159 und im vierten 169. Neu eingetreten sind im Berichtsjahre zehn, davon waren zwei früher schon einmal Mitglied. Zugereist und angemeldet sind 83, abgetreten und abgemeldet 50, ausgetreten sechs, ge- storben ein Kollege, zum Militär eingezogen vier und wegen rüdfständiger Beiträge gestrichen vier Kollegen. Die Ein- tassierung der Beiträge kann man als gut bezeichnen, ob- gleich einige Restanten vorhanden sind. Es schubden: ein Kollege vier Wochen, einer fünf Wochen, einer sechs Wochen, drei neun Wochen, einer zwölf Wochen, einer 13 Wochen und sechs Kollegen über 15 Wochen. Von diesen Restanten suchten bereits einige beim Vorstände um Erundung der Beiträge nach, so daß uns diese Kollegen hoffentlich er- halten bleiben. Vorstandswahlen fanden 15 statt, Mit- gliederversammlungen 13, dazu eine öffentliche. Der Vor- sitzende und die Revisoren überzeugten sich viermal von der Richtigkeit der Bücher und Belege. Die Korrespondenz des Vorstandes gestaltete sich folgendermaßen: Eingegan- gen sind 26 Briefe, 17 Postkarten, 38 Drucksachen und 9 Pakete; ausgegangen sind 57 Briefe, 317 Karten und 2 Pakete. Bemerkenswert ist ferner noch, daß uns im Berichtsjahr zum 15. März ein Pfennig Lohnerhöhung zu- teil wurde. Nach den vorher gepflogenen Verhandlungen in Noske, fanden uns rechtlichweise 3 s Lohnerhöhung zu, aber die Unternehmer haben es verstanden, sich aus der Affäre herauszuwinden, und wir haben bis heute das Nach- sehen. Hoffen wir, daß bei den kommenden Verhandlungen mehr herausgefragt wird; denn an Gründen für die Er- höhung der Löhne fehlt es uns doch wähllich nicht. Wenn auch unser Zweigverein im verfloffenen Jahre durch große Arbeitslosigkeit schwer heimgesucht wurde, so gebührt doch allen Kollegen, die stets ihre Pflicht erfüllt haben, Dank. Mögen auch im neuen Jahre der Zweigvereinsvorstand, die Hilfskassierer und alle Mitglieder sich ihrer Pflicht stets bemüht sein; der Lohn wird nicht ausbleiben, wenn wieder eine bessere Wirtschaftslage eintritt.

Worms. (Jahresbericht.) Entsprechend der Bautätigkeit innerhalb des Zweigvereinsgebietes ge- staltete sich auch die Organisationsverhältnisse. Obwohl sich die Geschäftslage vor Ablauf des Tarifes im Jahre 1910 keiner allzu großen Hoffnung auf unsere Weiter- entwicklung hingab, glauben wir bei den Maurern doch über günstige Verhältnisse am Jahreschlusse berichten zu können. Trotzdem wir keine Gelegenheit vorübergehen ließen und auch das Unternehmertum nicht in der glimpf- lichen Weise mit den Berufslokalen umsprang, war es nicht möglich, die Infizienten aus ihrer Kerkhage auf- zuzühteln. Dieser Zustand der fortgesetzten Vereinigung der Organisation bei den uns noch feindlichen Kollegen im Kreise Worms hat seine Ursache in erster Linie in der Bautätigkeit unserer Stadt und der dadurch unsicheren Lage der Berufslokale. Die Angst, als Exiler bei den Entlassenen zu sein, macht die ganze indifferente Bau- arbeiterfahst zum willfährigen Werkzeug der Unter- nehmer. — Von einer eigentlichen Bautätigkeit in Worms kann man schon seit Jahren nicht mehr reden, und auch im Jahre 1909 fand diese auf dem Gerierpunkt, obwohl die Wohnungsverhältnisse immer schlechter geworden sind. Die Unternehrer schnitten aber dank ihrer Organisation und dem Indifferentismus unserer Kollegen trotz der Krise sehr gut ab. Wäre unsere Organisation nicht gewesen, so hätten wir zweifellos ein allgemeines Zurückgehen der Stundenlöhne zu verzeichnen gehabt. Dori, wo das Unter- nehrertum glaubte ohne Widerspruch geringere Löhne zahlen zu können, hat es dies in den letzten zwei Jahren auch getan. Die Unorganisierten ließen sich dies gefallen ohne aufzumucken, ja, sie logen sogar in ihren eigenen Sad. Unter diesen Umständen konnte der Mitgliederbestand der Maurer nur wenig erhöt werden. Anders sieht es mit der Weiterentwicklung bei den Bauarbeitern aus. Von 140 Mitgliedern im Frühjahr 1909 sind sie auf 440 Mit- glieder am Jahreschlusse gestiegen. So Indifferente stellen sind, müßte das Unternehmertum ihre Organisation dollauf anerkennen. Dabei mußten zwei Sperren mit in Kauf genommen werden, die für die Bevölkerung von Worms große Bedeutung hatten. Sechs Wochen lang herrschte in Worms der Ausnahmezustand. Als es nämlich dem Unternehmertum nach vier Wochen noch nicht gelang, Arbeitswillige auf die Baustelle zu bekommen, wurde zu den schwierigsten Mitteln gegriffen, um die Lohnbewegung mit Gewalt zu vernichten. Die Baustätte, die für kommende Arbeitswillige von 14 Schulkräften bewacht wurde, fing plötzlich an zu brennen und es war ein Grund vorhanden, um Militär requirieren zu können. Sofort stellte sich das Kreisamt und die Militärbehörde auf die Seite eines einzelnen, und mit zwei Kompagnien Soldaten wurde die Baustelle auf einen Umkreis von 2000 m mit Gewalt geräumt. Aber alles half nichts; nach sechs Wochen mußten die Streikbrecher das Feld räumen, denn der Unternehmer und die Behörden sahen ein, daß sie keine rühmliche Rolle spielten. Die Be- völkerung atmete auf, und ein jeder war sich bewußt, daß mit dem Sieg der Bauarbeiter ein Etwa Rektion befestigt war. Durch die Sympathie, die sich die Arbeiter bei dieser Lohnbewegung geholt hatten, flammte mit Begeisterung das Interesse für die Organisation auf, und haufenweise ließen sich die Unorganisierten bei uns aufnehmen. Ebenso ge- staltete sich dann auch das Vereins- und Versammlungs- wesen. Im Jahre 1909 hatten wir in beiden Organisa- tionen 28 Platzversammlungen, 62 Mitglieder- und 7 Ver- sammlungen mit auswärtigen Referenten. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 27 Sitzungen. Die Klassen- verhältnisse bilanzieren in beiden Organisationen mit M 16 292,75 in Einnahmen und Ausgaben. Die Kor- respondenz beider Organisationen bestand in 1764 Aus- und Eingängen. Die Maurerorganisation erkrteft sich

auf 19, die Bauarbeiterorganisation auf 14 Orte. In den übrigen Arbeitsorten unseres Zweigvereinsgebietes bezogen sich (mit Ausnahme von Frankfurt) die Verhältnisse in ähnlichem Sinne wie bei den Maurern in Worms. Überall war eine gedrückte Stimmung zu verzeichnen. Das Jahr 1910 steht für die Bauarbeiter hinsichtlich der Bautätigkeit (Zerfall) und Organisation in einem günstigen Zeichen. Hoffentlich tritt dadurch auch ein Umstimmung in der Maurerorganisation ein. Wenn wir alle, ob Maurer oder Bauarbeiter, gemeinsam in beiderseitiger Interesse unsere Schuldigkeit tun, wenn ein jeder dazu beiträgt, die uns bevorstehenden Aufgaben zu bewältigen, dann wird auch hier das letzte Hindernis beseitigt werden können, zum Wohle der Wormser Arbeiterschaft.

Witzburg. Am 16. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine ordentliche, nicht gut besuchte, Generalversammlung ab. Die Kollegen scheinen den Ernst der derzeitigen Situation noch nicht richtig erfasst zu haben; denn in bezug auf Versammlungsbesuch war das ganze Jahr mit einer einzigen Ausnahme, Kaufzeit vorhanden. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das Jahr 1909 für unsere Kollegen nicht gut war. Infolge des lang anhaltenden Winters entwickelte sich die Bautätigkeit bis zum Mai nur langsam. Wegen einer Lohnforderung wurde es am 22. Mai zur Aussperrung, die bis zum 5. August (elf Wochen) dauerte. Nur durch menschliches Zusammenhalten aller ausgeperrten Kollegen konnten wir den Sieg auch bei etwas knapper Bautätigkeit auf unsere Seite bringen. Nach der Arbeitsaufnahme war wegen des Zusammenrückens der Arbeiten die Arbeitsgelegenheit zwar etwas besser; sie flaute aber bald wieder ab, so daß im Herbst bald Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Trotzdem hier großer Mangel an Kleinwohnungen vorhanden ist, was allseitig anerkannt wird, liegt die private Bautätigkeit sehr niedriger. Durch die baumantliche Statistik wird nachgefragt, daß die Baugesuche seit 1906 stetig zurückgehen; doch hat es den Anschein, als ob sich die Verhältnisse etwas bessern sollten, indem eine Baugesellschaft von Eisenbahnen beabsichtigt, 53 Wohnhäuser zu errichten, die bereits genehmigt sind. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 607, die sich auf 23 Jahressitzungen verteilte. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 583. Es wurden 22 788 Beitragsmarken abgeholt, so daß auf das Mitglied im Durchschnitt 39 Beitragsmarken entfallen. Aufnahmen sind 99 zu verzeichnen; davon waren elf Kollegen schon früher einmal Mitglied. Trotz dieser 99 Aufnahmen konnte die Zahl der Mitglieder gegen das Vorjahr nicht gesteigert werden. Ein Beweis, daß auch immer ein großer Wechsel vorhanden ist. Abgehakt wurden neun Mitgliederverurteilungen, eine öffentliche Verurteilung und 22 Verurteilungen in den verschiedenen Jahressitzungen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M 9549,50. Davon wurden am Orte verausgabt: für Streif M 2788,51, für Reiseunterstützung M 63, für Nachschuß M 108,10, für Infanterieunterstützung M 65,75, für Maßregelungsunterstützung M 19, für Krankenunterstützung M 1057,55, für Sterbeunterstützung M 160, Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen und Eintrittsgeldern M 2006,21. Im barem Gelde konnten an die Hauptkasse M 3191,93 abgeholt werden; dagegen verbrauchte die Aussperrung der Hauptkasse einen Sofortaufwand von M 2614,84. Die Kassa hatte eine Einnahme von M 4887,10 und eine Ausgabe von M 4655,73, so daß ein Bestand von M 231,37 verbleibt. In bezug auf die politische Betätigung und das Lesen der Parteipresse („Frank. Volksfreund“), ist gegen das Vorjahr ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, doch steht der Zweigverein hier noch in nicht geringer Höhe der Zeit. Die Kollegen führen zwar ständig Klage über schlechte Zeiten, Geldmangel, usw., bedeuten aber viel zu wenig, daß eine Veränderung zum Besseren erst dann kommen wird, wenn auch unsere Kollegen in Stadt und Land in gewerkschaftlicher und politischer Betätigung ihren Mann stellen. Die Maßnahmen der Behörden und gegnerischen Zeitungen, anlässlich der Aussperrung und die neueste Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel sollten jedem zu denken geben. Ein neuer Vorstoß der Unternehmer gegen uns ist geplant, deshalb sollten die noch rückständigen Verbandsbeiträge baldigst beglichen und die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbandszuge geführt werden. Die vorhandene Gleichgültigkeit muß verschwinden und jeder Kollege muß es sich zur Pflicht machen, neben dem „Grundstein“ auch den „Frankfurter Volksfreund“ zu lesen, um in allen politischen und gewerkschaftlichen Tagesfragen unterrichtet zu sein. — In den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion. Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde über einige Kollegen gesprochen, die unrechtmäßigerweise Arbeitslosensmarken gekauft haben. Hierbei wurde angeregt, den Entgeltlosen solche Marken nicht mehr auszugeben. Nach Erledigung der Vorstandsarbeit und einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, die Kollegen möchten im laufenden Jahre die vorgetragenen Wünsche erfüllen.

Am Grundstein Nr. 3 ist unter „Lohn- und Arbeitsbedingungen“ folgendes zu lesen: Die im Zentralbureau dauernd beschäftigten Mitglieder erhalten ein Anfangsgeld von M 2400, steigend bis M 3000, außerdem M 800 jährlich Zuschuß. Nur der Kassierer, welcher doch auch im Zentralbureau beschäftigt ist, erhält dieses nicht; denn Mantio ist kein Zuschuß und kann nicht, wie bei den übrigen, zum Gehalt gerechnet werden. Außerdem ist noch ein „Gau- und Zweigvereinsbureau in Hamburg. Der Gaubeamte erhält die M 800 Zulage nicht, und der Zweigvereinsbeamte erhält noch M 800 weniger, ein Höchstgehalt von M 2700 im Jahre, M 600 weniger als die im Zentralbureau beschäftigten Beamten. Hier muß man sich die Frage vorlegen: wie ist es möglich, innerhalb einer Organisation, welche doch auf demokratischer Grundlage aufgebaut ist, solche Vorrechte zu machen, wenn man in Betracht zieht, daß doch die im Zentralbureau Beschäftigten nicht einen Pfennig mehr für Wohnung, Kleidung und Nahrungsmittel auszugeben haben, als die im Zweig-

vereinsbureau Beschäftigten, und doch sollen letztere M 600 im Jahre weniger bekommen; oder haben die im Zentralbureau Beschäftigten einen soviel größeren Magen, daß sich solche Vorrechte rechtfertigen. Massenlöhne im wahren Sinne des Wortes, viel schlimmer, als es die Unternehmer bei der diesjährigen Lohnbewegung verlangen. Was würden die Hamburger Maurer sagen, wenn unter ihnen auf einem Bau solche Verhältnisse herrschten. Nicht besser sieht es aus in den übrigen Gauen. Da, wo Gaubeamte sind, gibt es auch Sozialbeamte, wohnen in einer Stadt; Wohnung, Kleidung und Nahrungsmittel sind auch hier gleich teuer, und auch hier finden wir einen Unterschied von M 800 pro Jahr. Nehmen wir an, in einer Stadt werden zugleich ein Gau- und ein Zweigvereinsbeamter direkt aus dem Maurerberuf angezogen, in welcher Klasse, bleibt sich gleich, so bekommt der Gaubeamte M 800 mehr im Jahre als der Beamte im Zweigverein. Was Ungerechtes, kann ich mir nicht denken, und das muß beseitigt werden. Man komme nicht und sage, das war vorher schon so, das ist auf dem Götter Verhandlungsprotokoll. Wichtig ist es nicht, und wer es ernstlich mit der Organisation meint, muß helfen, dies umzuändern. Unter der Deckelungsverteilung kann man folgendes lesen: Die Gehaltsfrage für die Angestellten der Zweigvereine und Mindehlöhne, eine Erhöhung können die Zweigvereine beschließen usw. Man empfehle ich den Verbandsvorständen, sich das Protokoll vom 9. Verhandlungsprotokoll zur Hand zu nehmen und nachzusehen, was Kollege Wölmberg damals gesagt hat, als die Frage besprochen wurde (Regelung der Lohn- und Anstellungsbedingungen, Seite 408). Er sagte wörtlich: „Ich bin mit Hülftmann der Meinung, daß es nur im Interesse des Verbandes liegen kann, wenn wir die Gehaltsfrage nun einmal für längere Zeit abtun. Hier war Wölmberg noch anderer Meinung. Damals lag es noch im Interesse des Verbandes, heute, nach kaum zwei Jahren, nicht mehr, sonst würde man uns nicht vorzulegen, die Gehalte der Zweigvereinsbeamten in den Verammlungen zu regeln. Den Mindehlohn, der uns hier vorgeschlagen wird, brauchen wir meiner Meinung nach nicht; denn damit sind die Debatten über die Gehaltsregelung in den Zweigvereinsversammlungen nicht beseitigt, was doch der Grund war für die Gehaltsregelung in Köln. Hat das heute keine Bedeutung mehr? Hier liegt es an den Verhandlungsdelegierten, daß sie sich solchen Widerspruch einmal vor Augen fassen und etwas Ordnung in der Sache schaffen. Unser Grundtag ist, Massenlöhne zu beseitigen und nicht selbst einzuführen.“

Johann Frid,
Straßburg i. El., Magdalengasse 21.

Des Maurers Nachtquartier.

Das Uebernachtungsweien bei Ueberlandarbeiten ist ein altes Uebel, besonders in der Ostmark. Die Kollegen haben sich aneinander an diese Misere so gewöhnt, daß sie das Leben schlechter als ein Hund geduldi hinnehmen, ohne daran zu denken, daß es ein Judthäusler besser hat. Was aber einem Judthäusler zusteht, sollte einem freien Arbeiter-erit recht zustehen; aber wer toll es ihm geben, wer soll es ihm bieten? Für den Unternehmer bedeutet jede „Menschlichkeit“ ein Opfer, die Maurer aber haben ja auch früher so gelebt, warum also sollen sie jetzt nicht mehr so leben können? Eine Arbeitsstätte ist doch kein Paradies. Nur die Heber bringen die Leute auf den Gedanken, daß es so nicht gehen kann, daß man in zugigen Buben, in Schuppen, Scheunen oder Ställen, auf wenig oder gar verfaulten Stroß keine Nächte verbringen kann. Leider gibt es aber auch noch Kollegen, die mit diesen Uebelständen rechnen, als ob sie überhaupt nicht geändert werden könnten. Diese Bedürfnislosigkeit der Kollegen zu beiseitigen, muß heute in erhöhtem Maße die Aufgabe der Organisation sein. Heute, wo in den Städten auf dem Gebiete der Wohnungsfrage ständig gearbeitet wird, wo Wohnungsrevisionen stattfinden und das Wohnungs- und Schlafstellenwesen kontrolliert wird, wo Verfügungen zum Schutze von Menschen und Tieren erlassen werden, wo bei den Meiden im Wohnungsweien ein ungeheurer Luxus herrscht, in dieser Zeit haufen draußen auf dem furchigen Lande, wo der Landrat sein Gepter schwingt, Maurergesellen in elenden Ställen. Sehen wir aber einen Landmaurer an, der jahrelang ein Leben schlechter als das Vieh des „grünigen Herrn“ geführt hat. Gebüht und gemüht geht der Vieztjährige dahin, Rheumatismus ist sein weiterer Lebensbegleiter und seine Armut wird dadurch, daß er nicht arbeiten kann, genau so vergrößert, wie der Mammion seines Arbeitgebers — oder „Herrn“, wie sich diese Leute so gerne nennen. — Wer wird dem Landmaurer ein besseres Nachlager verschaffen? Verpflichtet ist dazu der Unternehmer; aber wird er es tun? Nein, denn das kostet Geld! Der Arbeiter, der es aber im Interesse seiner Gesundheit haben muß, muß es fordern und immer wieder fordern; erlangen kann er es aber nur im trauten Bunde mit seinen Kollegen durch die Organisation. Darum ist es Pflicht aller Kollegen, die Landmaurer aufzurütteln. Mit ihrer Aufrüttelung für die Organisation werden die menschenunwürdigen Zustände auf dem Lande fallen und wir haben der Menschheit einen nicht hoch genug zu schätzenden Dienst erwiesen.

W. Schulz.

Gliesenleger.

Mürnberg. (Jahresbericht.) Trotzdem wir mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis standen, waren wir doch gezwungen, mit ihnen Kämpfe zu führen. Am 9. Februar verhängten wir über eine Firma die Sperre, weil unsere dort beschäftigten Kollegen entlassen wurden, um an ihre Stelle billigere auswärtige Kräfte zu setzen. Erst am 17. März sah sich die Firma genötigt, unsere Tarif wieder Geltung zu verschaffen und die entlassenen Leger wieder einzustellen. — Am 18. Juni beschloß eine gut besuchte Versammlung, über die Firma Wilkox & Co. die Sperre zu verhängen, weil sie resp. ihr Vertreter sich weigerte, bei den Verlehnarbeiten in den Wohnhofbauten die laut Tarif auszustehenden Hilfsarbeiter zu stellen. Die Arbeitsniederlegung war eine einmütige. Leider aber führten die Gebrüder Schide und Karl

Grundnau am zweiten Tage hinter unserm Rücken nach auswärts, um dort eine Arbeit fertigzustellen, die unsere Kollegen nach Beschluß der Sperre verlassen hatten. Es gelang uns dann aber doch, sie von der Aufnahme der Arbeit abzuhalten. Auch die von München her Bekannten Nachholenden Kapler und Geise aus Essen legten zunächst die Arbeit nieder, fügten aber dann außerhals, wo sie ihr sauberes Handwerk fünf Tage lang ausübten, bis es uns mit Hilfe des dortigen Zweigvereins gelang, sie los zu werden. Am 24. Juni war uns vom Arbeitgeberverband die Aussperrung sämtlicher Gliesenleger angekündigt. Als wir darauf nicht reagierten, erklärte die Firma in einer Sitzung mit den Unternehmern am 25. Juni, dem Tarif auch in diesen Punkten Geltung verschaffen zu wollen. Wenn wir nun glaubten, den Unternehmern durch diese uns aufzubringenden Kämpfe gezeigt zu haben, daß man nicht Tarife abschließt, um sie dann nicht zu halten und hinterher um ihre Einhaltung zu kämpfen, so sahen wir uns in unserer Annahme abermals getäuscht. Die Firma Oerttag & Herbst hatte die längst in ganz Deutschland bekannten Herren Freudenberg und Oswald in Arbeit, die sich beide zugleich als „Meister“ etablierten und auch Arbeit von anderen Firmen vernahmten. Sie bezogen ihren Bedarf an Legern von Wiesbaden und Rheinland-Weisfalen. Wir mußten die beiden selbstverständlich sperren. Die zugerechneten Kollegen stellten die Arbeit auch ein; nur Biezo, Zieholz, Eardt und Stöber wollten ihre Arbeitswilligendienste nicht einstellen. Besonders Zieholz sandte unsern Kollegen, wenn sie ihn bei seiner „Musterarbeit“ betrachteten, die Folger auf den Hals. Wir waren nun genötigt, über Oerttag & Herbst die Sperre zu verhängen. Mittlerweile kamen die vier Arbeitswilligen so in die Klemme, daß sie ihr Treiben aufgeben mußten. Am 14. August wurde dann der Friede wieder hergestellt und Freudenberg und Oswald mußten Nürnberg verlassen. Interessant dazu ist eine vor kurzem stattgefundene Verhandlung von dem hiesigen Gewerbegericht. Freudenberg und Oswald klagten gegen Oerttag & Herbst um circa M 500 wegen unrechtmäßiger Entlassung. Beide wollten nicht als Meister, sondern als Leger gelten. Die Firma gab an, die beiden wären selbstständig gewesen und hätten versprochen, billigere Arbeitskräfte nach Nürnberg zu bringen. Wegen der ungeschönten Ausführung der Verträge hätte es viele Unannehmlichkeiten gegeben. Der Vorsitzende stellte ein solches Gebaren von beiden Seiten ins richtige Licht und zum Schluß wurde die Klage abgewiesen. — Haben wir nun in vorstehendem der Kämpfe und unserer „unberechtigten Mitglieder“ gedacht, so wollen wir noch kurz das innere Vereinsleben erwähnen. Dieses war sehr reger; der Besuch der Versammlungen war gut. Nur ein Teil der zugerechneten Kollegen sollte die Versammlungen etwas fleißiger besuchen. Die Mitgliederzahl betrug im Sommer 60, bei Jahresabschluss 48. Ein Kollege ist gestorben. Vorträge wurden viel gehalten. Eine ausgenommene Statistik über die Zugehörigkeit zur politischen Organisation und über das Abonnement der Tagespresse hatte ein günstiges Ergebnis. Wir haben auch eine Sektionskassa errichtet, in die jeder Kollege pro Woche 10 s zu zahlen hat. Krankheit und Arbeitslosigkeit entbinden davon. Die Arbeitsgelegenheit war sehr gut, so daß eine Anzahl auswärtiger Kollegen hier beschäftigt werden konnte. Zurzeit ist bei einzelnen Firmen wenig zu tun, so daß ein Teil der Kollegen außer Arbeit ist. — Unsere Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Zum ersten Vorstehenden wurde Kollege Hans Schmid, Gummboldstr. 63, 1. Et., gewählt. Alle Korrespondenzen wolle man an diese Adresse richten.

Isolierer und Steinholzleger.

Dresden. Am 16. Januar fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung im „Wolfsbau“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende die Entschuldigungslisten der auswärts arbeitenden Kollegen. Alsdann gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1909 mit einer Erläuterung der ganzen Jahresabrechnung bekannt. Die Wichtigkeit wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Im „Gewerkschaftlichen“ kam die Untersuchungsfrage der Geschäftsleitung nochmals zur Sprache. Wir hatten nach wie vor an unserm Beschluß fest, wonach außer den Mitgliedsbeiträgen ein Extrabeitrag von wöchentlich M 1 pro Mitglied erhoben und der Geschäftsleitung voll und ganz zugeführt werden soll. Außerdem sollen auch unsere Streifmarken weitergeführt werden, bis eventuell eine Konferenz diesen Beschluß aufgehoben hat. Nach einigen nicht nennenswerten Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Verloren gegangen und somit entwertet ist das Mitgliederbuch (Nr. 1951) unseres Kollegen Thomas Segeth, Dresden-Alt., Frankenbergstraße 28.

Internationale Maurerbewegung. Schweiz.

Ueber den Stand des Kampfes in Winterthur lesen wir in der „Berner Tagwacht“: „Die Winterthurer Baumeister sind in großer Verlegenheit. Trotz der wirtschaftlichen Krise und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit ist es ihnen nicht gelungen, brauchbare „Arbeitswillige“ zu erhalten. Sie haben sich deshalb zur Abwechslung wieder einmal ins Ausland begeben, um dort Streifbrecher aufzutreiben. Sie haben aber mit ihrem Gimpelgang arg Pech. Letzter Tage gelang es einem Streifbrecheragenten, in Nürnberg eine Anzahl Streifbrecher anzuwerben, von denen kein einziger Maurer war. Der Agent meinte aber, sie sollten nur mitkommen, man nehme sie zwischen hinein und dann können sie sich schon manieren und sich als Maurer ausgeben. In Winterthur angekommen, sollten sie in den Ställen einer größeren Kaufmanns einquartiert werden, die seinerzeit sogar von den auf einer sehr niedrigen Kulturstufe stehenden Homenischen und israelischen Streifbrechern verlassen wurden. Beim Anblick dieser „Logis“ erkannten diese sofort die ihnen von seiten der Baumeister zuge dachte Rolle, für die sie sich aber füglich bekantten. Vom Arbeitersekretariat wurden die so arg Enttäuschten am gleichen Abend wieder

nach Nürnberg speidiert. Wie uns mitgeteilt wird, spielen die Baumeister und ihre Feilschermeister im Auslande die großen Wohlthäter; durch reichliche Alkoholspenden suchen sie bei den durch Streikbrechern Ausserordnungen die Vertrauenslosigkeit zu erwecken. Zugun von Bauarbeitern nach Winterthur ist strengstens ferngehalten. Man solle überall für die nötige Aufklärung und beantwortete die Annahmen der Baumeister mit Gegenannahmen. Bezug weiterer Auskunft wende man sich an das Arbeitersekretariat Winterthur, Telefon 900, Verband der Maurer und Sanblanger in der Schweiz.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 23. bis 29. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Pantom M. 800, Pfeilermig 250, Holzow 217,75, Hausberge 180, Halbe M. 100, Wondsbek 100, Jäckrid 100, Drouberg 80. Summa M. 1327,75.

Zufüsse erhielten: Berlin M. 7550, Charlottenburg 1000, Ehrhart 400, Chemnitz 300, Hildbronn 250, Strauberg 200, Wittenau 200, Karlsruhe i. B. 200, Langenbichach 200, Langensfeld 160, Baldorf 150, Gising 100, Bräuerbe 100, Dresden 100, Wessensleben 100, Gutsow 100, Dessau 100, Grünau 100, Gberfeld 100, Rahr i. B. 50, Wäntler i. Oberlahnfeis 50, Niederbreisig 30. Summa M. 11540.

Altona, 29. Januar 1910.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Rechenachen. In unserer Generalsammlung am 23. Januar hielt, nachdem die Abrechnung erstattet und die nötigen Vorhandlungen vorgenommen worden waren, unser Kassenzug, Herr Dr. Gebhardt, einen Vortrag über den Mißbrauch des Alkohols. Der sehr lehrreiche Vortrag, der in der Beurteilung des Sünepensgenusses gipfelte, fand aufmerksame Zuhörer und dankbaren Beifall.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Zur Beachtung!

Die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Verbände werden dringend ersucht, die ausgefüllten Zusammenstellungsformulare der Winterkontrolle hier einzusenden. Gleichzeitig sei daran erinnert, daß auch eine Zahl von Resultaten der Sommerkontrolle trotz wiederholter Mahnung noch nicht eingeleitet sind.

G. Seinfle,

Hamburg 1, Wesenbinderhof 56.

Schramberg. Am 21. Januar ging der verheiratete Fabrikarbeiter Springmann aus dem bereits im Rohbau fertigen Gebäude der Firma Junghaus & Haller vorbei. Die beim Vorübergehen beschäftigten Maurer warnten ihn vergeblich durch Zurufe. Er wurde dann so schwer von einem herabfallenden Mast getroffen, daß er ins hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er am Abend an einem Schädelbruch starb. Die Maurer trifft keine Schuld.

Vom Bauen in Schandis. Zu dieser Notiz in Nr. 4 des „Grundstein“ erlauben wir von dem angegriffenen Unternehmer, der sich als Mitglied unseres Verbandes vorstellt, eine Zuschrift, in der die Behauptungen unserer Berichtserstatter als unrichtig bezeichnet werden. Der Nachbargelieb sei nicht infolge der Ausladung dem Einzug nahe gewesen. Allerdings hätten sich in der Fensteröffnung 3 mm starke Nisse gezeigt, weil der Giebel dieses Hauses nur 1 m tief fundiert und die Giebelanker des Nachbarn zu kurz gewesen seien. Die Untermauerung sei in Säulen von 90 bis 100 cm vorgenommen worden, nachdem vorher nach der Zeichnung und unter der persönlichen Aufsicht des Stadtbauamteisters abgeleitet worden war. Auch sei nur guter harter Sand und guter Kalk (bis zum Mischen 80 Zentner Graufalt und 200 Zentner Weißfals) verwendet worden. Unwahr sei auch, was über das Fehlen der Eisenplatten und der Klinkermauerung geschrieben worden sei. Ferner entspreche die Behauptung, es sei statt Zement sogenannter „Kurzborfer“ verwendet worden, nicht der Wahrheit, was er bereit sei, durch Sachverständige beweisen zu lassen. Schließlich gibt der Einleger noch der Ueberzeugung Ausdruck, daß die fallende Verichterhaltung an den „Grundstein“ ein Merkmal eines Kollegen sei, weil er ihn vorzeitig einlassen habe. „Der Schwediger Zweigvereinsvorsitzende war dieselbe so töricht, den Steinpel darauf zu drücken und den Schwindel zu betätigen“, obwohl acht Tage vorher die Baukontrolle der Organisation beizuhilfen für gut befunden habe. — Wir überlassen es der dortigen Zweigvereinsverwaltung, festzustellen, was an den beiden Berichten wahr oder unwahr ist. (Red.)

Auch eine „Strafe“. Daß Ueberletzungen von Arbeiterschutzbestimmungen von den Gerichten stets nur allzu milde beurteilt werden, ist bekannt. In dieser milde Beurteilung liegt auch der Grund für zahlstetige Unfälle; denn wenn bei einem Unfall das eventuelle Gerichtsverfahren sich billiger stellt als die Anbringung von Schutzvorrichtungen, müßten die Unternehmer eben nicht Kapitalisten sein, um ihren Vorteil zu erkennen. Eins jener Unfällebeispiele hierfür zeigt wieder einmal eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht, über die die „Morgenzeitung“ folgendes berichtet: „An der Spitzstraße wurden im vorigen Jahre nebeneinander zwei Grundstücke neu gebaut. Das eine war im Rohbau um ein Stockwerk höher gediehen, als das andere. Am 20. Oktober ließ ein Maurer von der Giebelwand des höheren Baues einen Stein her-

unterfallen, der einem Bauarbeiter, der auf dem andern Bau beschäftigt war, betraf und nach ihm auf dem Kopf blutende Wunde davontrug und noch jetzt bei schwerer Arbeit Steden an der Wundstelle empfindet. Die Baupolizeiverwaltung gab ihr Gutachten dahin ab, daß der Unfall vermieden worden wäre, wenn ein Fanggerüst an der fraglichen Giebelwand angebracht gewesen wäre und verlangt, daß in allen ähnlichen Fällen unbedingt ein solches Fanggerüst hergestellt werden müsse. Nach diesem Gutachten mußte der verantwortliche Bauunternehmer, der heute vor dem Schöffengericht unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung stand, und geltend machte, daß bisher niemals in ähnlichen Fällen Fanggerüste angebracht worden seien, verurteilt werden. Das Urteil lautete auf M. 10 Geldstrafe.“ Der Name des fahrlässigen Unternehmers wird in dem Bericht leider unterlassen; doch unterscheidet er sich in seiner Fahrlässigkeit nicht im mindesten von einem Duzend anderer Breslauer Unternehmer. M. 10 Geldstrafe hat er nun zu zahlen wegen des Fehlens eines Fanggerüsts, dessen Anbringung eben mehr als M. 10 Kosten verursacht haben würde. Die Unternehmer machen also mit solchen Ueberletzungen die besten Geschäfte! Das ganze heißt dann „Arbeiterschutz“; kein Wunder, daß in bürgerlichen Kreisen Volkseifer über unsere „Fürsorge für die arbeitenden Klassen“ gefungen werden!

*** Zwanzig Jahre Baugenossenschaftsbewegung.** Die moderne Baugenossenschaftsbewegung datiert eigentlich erst seit dem Jahre 1889, da erst mit dem Inkrafttreten des Genossenschaftsgesetzes, das die beschränkte Haftpflicht zuläßt, die Genossenschaft dem Wohnungsbau wirklich dienlich gemacht werden konnte und gleichzeitig in den Reihen der Inhabilitätsversicherung die Mittel dazu bereitgestellt wurden. Wenn sich bisher die Baugenossenschaftsbewegung fast ausschließlich dem Kleinwohnungsbau zugewandt hat, so lag darin eine zweckmäßige Selbstbeschränkung. Es sind dadurch die allgemein gültigen Erfahrungen für das genossenschaftliche Bauen überhaupt gesammelt worden. In der Hauptfrage hat sich die Entwicklung des Baugenossenschaftswesens von 1889 bis jetzt in nahezu gleichmäßigem Fortschreiten vollzogen. Während am 31. Mai 1890 nur 50 Baugenossenschaften in Deutschland existierten, zählte man zu Anfang des Jahres 1909 848 eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften und 102 Wohnungs- und Baugenossenschaften für Vereinshäuser. Leider fehlt bis heute eine Statistik, die sämtliche Baugenossenschaften und deren Entwicklung umfaßt! Die im Jahrbuch 1908 des Allgemeinen Verbandes veröffentlichte Statistik berichtet über 572 Genossenschaften. Genauer Angaben nach Formular liegen aber nur von 135 dem Allgemeinen Verbande angegeschlossenen und von 23 demselben Verbande nicht angeschlossener Baugenossenschaften vor. Bis 1908 sind von den Landesversicherungsanstalten des Deutschen Reiches für den Kleinwohnungsbau 224 Millionen Mark hergegeben worden; von Reich seit 1901 20 Millionen Mark, vom preussischen Staat 12 Millionen Mark. Wird hinzugezählt, was von der Pensionistenkasse für die Arbeiter der preussisch-heftigen Eisenbahngemeinschaft, den Knappschaftskassen und den übrigen Bundesstaaten für den gleichen Zweck hergegeben worden ist, so wird die Gesamtsumme auf mindestens 400 Millionen Mark geschätzt werden müssen.

*** Submissionen.** In Damborg wird ein Umkleelagshaus gebaut. Von den Geboten, die auf das Submissionsauschreiben einliefen, beträgt das höchste M. 608 000, das niederste M. 315 000, also eine Differenz um fast die Hälfte. Die Arbeiten wurden einer Firma um M. 341 000 zugesprochen. In einer Submission zur Errichtung eines Hallenschwimmbades in Duisburg-Ruhrort beteiligten sich 22 Firmen. Der Mindestfordernde (Joh. Fahr-Somborg) verlangte M. 30 885,40, der Höchstfordernde (Vehnhoff & Vorchard) M. 45 647,50. Die Differenz beträgt demnach über M. 15 000, was etwa 50 pZt. des Objekts ausmacht.

Bei der Vergabe von Bauarbeiten für die Provinzialheilanstalt zu Straßburg, die in drei Losen vergeben wurden, betrug für die Erstellung eines Siedenhauses und eines Hauses für Unruhige und Halbunruhige das höchste Angebot von Giese & Sohn-Stettin, M. 124 096,82, das niederste von Kufel-Grabow i. M., M. 83 435,27, die Differenz M. 40 661,25; für die Erstellung eines Arzthauses, einer Koch- und Waschküche, dreier Pflegehäuser und eines Beamtensanatoriums das höchste Angebot von Giese & Sohn, M. 62 922,88, das niederste von Kufel-Grabow i. M., M. 41 282,45, die Differenz M. 21 640,43; für die Erstellung eines Pflegerwohnhauses mit Wohnhaus, Ställen, Scheune, Gärtnerwohnhaus und Treibhaus das höchste Angebot von Giese & Sohn, M. 24 788,51, das niederste von Kufel-Grabow i. M., M. 16 109,64, die Differenz M. 8628,87.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet werden nicht, ebenso erziehen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Berichte, Jahresberichte usw. müßten auch diese Woche wieder zurückbleiben; ihre Zahl schwankt so stark an, daß wir jetzt schon für mehrere Nummern genug haben. Ein Bericht ohne Unterschrift und Stempel von einem neu gegründeten Zweigverein mußte verworfen werden, weil auch aus dem Poststempel der Ausgabeort nicht festzustellen war.

M. W. in S. D. Das wirst Du in ausreichendem Maße aus den Verhandlungen des Verbandstages erfahren.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Rudolf Freitag (nicht Hans) aus Hamburg wird von seiner Mutter dringend gebeten, nach Hause zu kommen oder seinen Aufenthaltsort anzugeben, da sein Vater gestorben ist. Man mag ihn auf diese Anzeige aufmerksam.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 A.)

Mittenburg. Am 26. Januar starb nach langem Leiden unser Mitglied **Louis Heimer** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden.
Berlin. Am 20. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Ernst Stollberg** an Nierenleiden.
Am 22. Januar starb unser langjähriges, treues Mitglied **O. Schwensow** an Lungenentzündung.
Bünde. Am 26. Januar starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Prüssner** im Alter von 42 Jahren an Lungenentzündung.
Burg 5. W. Am 25. Januar starb plötzlich unser Kollege **Albert Pohlmann** im 46. Lebensjahre an Gehirnblutung.
Duisburg-Ruhrort. Am 26. Januar scheidet der Kollege **Konstantin Behrend** im Alter von 26 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Göten A. W. Am 28. Januar starb unser treuer Kollege **Fritz Voss** aus Carlshof im Alter von 22 Jahren an Bluthrombosen.
Wisselvie: Am 20. Januar starb infolge einer Kopfoperation unser Verbandskollege **Otto Schermer** im Alter von 19 Jahren.
Sarburg a. d. E. Am 22. Januar starb unser Kollege **Otto Traupe** im Alter von 22 Jahren an Lungenblutblut.
Liegnitz. Am 25. Januar starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege **Adolf Stark** im Alter von 58 Jahren.
Lufenswalde. Am 15. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Verbandsmitglied **Rich. Wolschläger** an Lungenentzündung.
München. (M. U.) Am 22. Januar starb unser Kollege **Michael Wankel** im Alter von 59 Jahren an Lungenleiden.
Milan. Am 15. Januar starb unser Verbandskollege **Karl Hank** im Alter von 27 Jahren an Lungenleiden.
Neuhäusel. Am 26. Januar starb unser langjähriger Verbandskollege und Kolporteur **Heinrich Barnick** aus Sapligen im Alter von 52 Jahren infolge eines Unglücksfalles beim Holzfall.
Neufelsk. Am 27. Januar starb unser treuer Kollege **August Rosenberg** im 56. Lebensjahre an Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Albert Kenkies, geb. 14. Dezember 1881, wird vom Zweigverein **Nordenham** um Angabe seiner Adresse ersucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, mögen ihn auf diese Anzeige aufmerksam machen. [M. 1,50] Der Zweigverein **Nordenham.**

Otto Röschke, geboren am 9. November 1874 zu **Kamenz i. S.,** wird von seinem Bruder wegen Erbschaftsregelung gesucht. Bei dem Aufenthalt des Genannten kennt, wolle dies an **Karl Röschke, Kamenz i. S.,** Weststr. 13, mitteilen. [M. 1,50]

Karl Prelle, dem am 5. Oktober 1909 in der **Mittelschen Wirtschaft in Hannover** ein Borkemännale mit M. 15 bis 16 Inhalt gestohlen wurde, wird um Angabe seiner Adresse beim **Zweigverein Hannover** gebeten. Er soll als Zeuge vernommen werden. [M. 1,50]

Abdressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Beauftragter, H Beauftragter, R Beauftragter, S Beauftragter, W Beauftragter, Z Beauftragter)

Kien a. d. N. V Wilhelm Müller, Rechte Gahnenbachstr. 6.
Neugersdorf i. S. V Bruno Diebner, Königsstr. 282 g.
K Ewald Neumann, Carolaftr. 37.
Neufals. K Hermann Trojisch, Breslauerstr. 6.
Schönebeck a. d. E. V Friedrich Schmöhl, Johannestr. 6.
K Hermann Schröder, Schulte 1.
K Franz Schöne, Feldebergstr. 6.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Neuenpinn. Bevollmächtigter Albert Borcher, Bergstr. 2.
K Wilhelm Neumann, Wilkenstr. 50.
Spandau. K Max Sings, Wilhelmstr. 156, S. 1.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 6. Februar.
Schivelbein, Nachm. 2 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Wäcker mitbringen.
Dienstag, den 8. Februar.
Berlin. Frühstücksbesuch. Abends 8 1/2 Uhr bei Goldmann, Engelstr. 12, part.
Buxtehude. Abends 8 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Wäcker mitbringen.
Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftssaal.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 13. Februar.
Berlin. Vorm. 10 Uhr bei Gonsch, Inselstr. 10. E. D. Quartals- und Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kassenangelegenheiten.